

föhrung dieser Bestimmung würde darauf hinauslaufen, den Vorstehenden zum Polizeibeamten zu machen.

Der Antrag erfuhr das verdiente Schicksal der Ablehnung gegen die Stimmen der Antikemilien, Konserpaliden und eines Teiles der Reichspartei.

Einen Seimarbeiter-Lohn-Gesetzentwurf hat bekanntlich kürzlich die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags eingebracht. Unter dem unabweisbaren Eindruck der Bedeutung dieser Frage sind die bürgerlichen Parteien nunmehr dem von den „Antikemilern“ gegebenen Beispiel gefolgt, indem sie entsprechende Anträge stellten. Die freisinnige Volkspartei stellt das absonderliche Verlangen, zwecks Vorlage eines Gesetzentwurfs zur Abschaffung von Mißständen in der Seimarbeit erst eine Enquete zu veranstalten. Als ob diese Mißstände nicht bereits allgemein bekannt wären! Der zweite Antrag ist von Vertretern des Zentrums, der Nationalliberalen, der Freikonservativen, der Konserpaliden, der freisinnigen Vereinigung, der Reformpartei, der Polen und der Wirtschaftlichen Vereinigung gemeinsam eingebracht. Er bietet, im Gegensatz zu dem sozialdemokratischen Antrag, fast nur Halbmheiten und mangelhafte Bestimmungen oder vielmehr „Gefühlsphrasen“, nach denen die Regierung bei „möglichst baldiger“ Vorlage eines Gesetzentwurfs sich richten soll. Gemeinsam mit dem sozialdemokratischen Entwurf fordert er Ausdehnung der Gewerbeaufsicht auf die Seimarbeit, Verbot gesundheitsgefährlicher Betriebe, Ausdehnung der Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung auf die Hausindustrie. Zusammenhänge würde auch die Annahme dieses Entwurfs einen Fortschritt bedeuten.

Auf die großartigen Massenemonstrationen, die am 21. Januar und am 18. März d. J. die Sozialdemokratie in Preußen gegen das Dreiklassenwahlrecht und für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht zum Landtag unternahm, hat die preussische Regierung am 22. März eine Antwort gegeben, die sich geradezu wie eine Verhöhnung des Volkes ausnimmt. Sie ließ dem Abgeordnetenhaus eine Vorlage zugehen, die eine neue Wahlkreis-einteilung bezweckt. Das ist die ganze „Reform“. Die Grundlage des bestehenden Wahlrechts, das „Dreiklassenwahlrecht“, der indirekte Charakter und die Defensivität der Stimmabgabe werden nicht angefaßt. Selbst das leitende nationalliberale Organ, die „Nationalzeitung“ erklärt: „Die Vor schläge charakterisieren sich im wesentlichen nur als Kleinliche Ausstattungs mittel; eine Wahlreform kann man das bei dem besten Willen nicht nennen. Die Forderung des Antrages geht in der Hauptsache dahin, bei den nächsten Wahlen eine Ostraktion der Sozialdemokratie, wie sie schon 1903 vielfach beabsichtigt und hier und da auch geübt wurde, von vorn herein unmöglich zu machen.“

Wber die Sozialdemokratie wird nicht aufhören, das Dreiklassenwahlrecht zu bekämpfen und für des Volkes Recht einzutreten.

Bei der am 20. März vollzogenen Reichstagswahl im Kreise Kaiserlautern erhielt der sozialdemokratische Kandidat Clement 7568 Stimmen (Sämtlich Vereingigte Liberale) 7568 Stimmen, Meißke (Bund der Landwirte) 6597 Stimmen und Kempf (Zentrum) 7784 Stimmen. Bei der Wahl 1903 erhielten die Sozialdemokraten im ersten Wahlbezirk 7009, die freisinnigen 8024, das Zentrum 4288, Bund der Landwirte 8114 Stimmen. Die sozialdemokratische Stimmzunahme ist recht erfreulich, sie beträgt 559 Stimmen. Clement kommt demnach mit dem Liberalen in Schwachs. Allerdings dürfte bei liberalen Kandidaten durch Unterstützung der übrigen Ordnungsparteien der Sieg sicher sein.

Die Reichstagsfraktion der freisinnigen Volkspartei hat am 20. März abermals einen Verlust erlitten. Der Abgeordnete Julius Lehmann, Vertreter des Wahlkreises Altena-Zerlöh, starb an den Folgen eines Schlaganfalles. Politisch rechnete er sich teils zur bürgerlichen Demokratie; auf sozialpolitischem Gebiete teilte er so ziemlich den Standpunkt Eugen Richters. Der Sozialdemokratie hat er als Vertreter in großen und schwierigen Prozessen öfters, besonders während des Sozialistengesetzes, schätzenswerte Dienste geleistet. Im Wahlkreise Altena-Zerlöh hat also eine Ergänzungswahl stattzufinden.

Die Opposition katholischer Arbeiter gegen die in Wahrheit arbeitserkämpfende Politik des Zentrums tritt immer härter hervor. Trägt doch die „regierende Partei“, deren Wahlspruch heutzutage „für Wahrheit, Freiheit, Recht“ lautet, hauptsächlich mit der Verantwortung für die sozialistische Verletzung der Lebensmittel, unter der die christlichen Arbeiter, besonders auch die der industriellen Bezirke Rheinlands und Westfalens nicht minder schwer zu leiden haben, als ihre „gottlosen“ sozialdemokratischen Massengenossen. Auch in den Kreisen des christlichen Proletariats erkennt man mehr und mehr, daß die agrarische Zoll- und Steuerpolitik, der das Zentrum zum Siege verholfen hat, nicht, wie dem Volke vorgeschwindelt worden ist, dem „Schutze der nationalen Arbeit“ dient, sondern im Gegenteil unserem ganzen wirtschaftlichen Leben die schwersten Schädigungen zufügt.

Jetzt ist in den christlichen Gewerkschaften am Niederrhein ein Flugblatt in zehntausenden von Exemplaren verbreitet worden, in dem u. a. folgendes ausgeführt wird: „Vor nahezu sieben Jahren erging der Ruf an die Arbeiter: Organisiert Euch! In Scharen strömten die christlichen Arbeiter heran, um sich in der Berufsorganisation zusammenzuschließen. In vielen wirtschaftlichen Kämpfen haben die Arbeiter selbst gegen ihre Arbeitgeber, um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen, zusammengehalten, und manche Erfolge sind der gewerkschaftlichen Organisation zu verdanken. Aber nun einmal die Gegenseite. Was nützt es den Arbeitern, wenn sie durch den gewerkschaftlichen Zusammenschluß 5 pZt. Lohnerhöhung erhalten, ihnen aber auf anderem Gebiete um 25 pZt. die Lebensmittel und die Wohnungsmiete verteuert werden? ...“

Wir christlichen Arbeiter haben keine politische Vertretung, wir streiten um die Dornen, die Rosen präckt der politische Kapitalismus. Jene, die sich bisher dem christlichen arbeitenden Volke als politische Vertreter aufgestellt, haben die Interessen des christlichen

arbeitenden Volkes mit Füßen getreten. Stiermit ist, weil die Sozialdemokratie für das christliche Volk nicht in Betracht kommt, unsere Zentrumspar tei gemeint.“ Es wird dann gesagt, die Wahlerkämpfe des Zentrums betöhe zu 80 pZt. aus dem werktätigen Volke, während die Abgeordneten entweder zu der besitzenden Klasse gehören oder doch von ihr abhängig seien. In den dritten Wahlkomitees habe man zwar einige Seimarbeiter, trotzdem tue die Zentralleitung, was sie wolle. Auf sozialpolitischem Gebiete habe die Zentrumspar tei in den letzten Jahren fast nichts geleistet, wohl aber die notwendigen Lebensmittel verteuert. Dazu wird bemerkt:

Im Jahre 1902, am Vorabend des heiligen Weihnachtsfestes, hat unsere Zentrumspar tei durch Annahme des Zolltarifs dem arbeitenden Volke eine Wunde geschlagen, die jetzt beim Antratreten der Handelsverträge bereits zu eitem anfängt. Die Lebensmittelpreise steigen von Woche zu Woche, immer trostloser wird die Lage des Arbeiters. Nicht einmal mehr ein Stückchen Fleisch erscheint heute auf dem wöchentlich zahlreicher Arbeiterfamilien. Dem arbeitenden Volke verteuert unsere Zentrumspar tei die notwendigen Lebensmittel, um des reichen Mannes Steuerzettel zu schüßen. Als das jetzt in Kraft getretene Zollgesetz vor drei Jahren im Reichstag zur Generaldiskussion kam, erklärten unsere Zentrumsabgeordneten im Reichstag sowohl wie vorher in allen Wählerversammlungen, durch das neue Zollgesetz würden die Lebensmittel nicht verteuert, das Auslandsfrage den Zoll. Ein hervorragender Agitator von der Zentralstelle des katholischen Volksvereins erlaube sich sogar zu behaupten, wenn noch sechsmal soviel Gold eine Wane kostete, deshalb würde die Ware nicht teurer.

Der jetzige Reichstagsabgeordnete Stiebert ist aus dem Kreis der Agrarier und erklärte dort, die christlichen Arbeiter seien bereit, der mittelebenden Landwirtschaft den Zoll zu bewilligen.“

Stieberts wird beschuldigt, nicht berechtigt gewesen zu sein, diese Erklärung im Namen der christlichen Arbeiter abzugeben. Pflicht dieser Arbeiter sei es, die Vertreter des Kapitalismus abzuwählen und Männer aus dem Volke zu wählen. Immer neue Steuern bewillige das Zentrum, wie gerade jetzt wieder die neuen in direkten Steuern in der Steuerkommission. Die Zentrumspar tei habe der obersten christlichen Grundgedanke dem Vernein die Hilfe zuerst, aber Verdor geworden und beachte nicht, was im katholischen Staatsismus siehe: die Inerdrückung der Armen, Winnen und Wägen sei eine Sünde, die zum Himmel schreie. Durch die Steuerpolitik treibe das Zentrum das christliche arbeitende Volk der Sozialdemokratie in die Arme.

Das Flugblatt schließt mit folgender Mahnung: „Christliche Arbeiter, christliche Gewerkschaftler, laßt Euch nicht länger einflößen, allein auf gewerkschaftlichen und gewerkschaftlichen Gebiete Eure Lage verbessern zu können; das sagen nur jene Leute, welche die politische Gleichberechtigung des arbeitenden Volkes nicht anerkennen. Christliche Arbeiter, wahet Euch bestmöglichst vor dem bürgerlichen Recht, Euch durch selbständige politische Streben an der Gesetzgebung beteiligen zu können. Streben wir, innerhalb der Zentrumspar tei eine christliche volkstümliche Politik zum Durchbruch zu bringen, damit die Lebenslage des arbeitenden Volkes nicht noch mehr verschlechtert wird.“

Wenn die Massen der christlichen Arbeiter erst einmal wirklich zum selbständigen politischen Denken gelangt sind, so befinden sie sich auf dem Wege, der zum selbständigen politischen Handeln auf dem Boden der sozialdemokratischen Prinzipien und Forderungen führt. Die Möglichkeit einer selbständigen Arbeiterpar tei ist nur zu regeln mit der Sozialdemokratie. Wer unter „christlicher“ Politik eine Politik der Gerechtigkeit und Humanität versteht, und wenn es Ernst ist um deren Verwirklichung, der kann hochgeweiht gar nicht anders, als die Bestrebungen der Sozialdemokratie unterstützen.

Maurerbeziehung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht. Zug von Mauern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

- Schleswig-Holstein:**
 - Barnstedt (Sperre über Rathjens, in Hemdingen), Itzehoe (Streik der Bauarbeiter), Lauenburg (Sperre über Basedow), Schleswig (Aussperrung angedroht);
- Mecklenburg:**
 - Schwerin (Sperre über Ferd. Stange);
- Pommern:**
 - Gollnow (Sperre über Küster), Jarmen (Sperre über Brandt und Heidschmidt), Stralsund (Sperre über Hasselmann und Albrecht), Lütz (Streik), Treptow a. d. Rega (Sperre über Paul Wittke);
- Ost- und Westpreussen:**
 - Könitz (Aussperrung), Marienwerder (Differenzen), Königsberg (Sperre über Tiets);
- Posen:**
 - Schneidemühl (Aussperrung);
- Schlesien:**
 - Rauschwalde b. Görlitz (Sperre über Unternehmer Paulo), Waldenburg (Sperre über die Spiegelhütte auf Kolonie Sandberg), Ohlau (Sperre über Nippert in Baumgarten);
- Brandenburg:**
 - Spandau (Sperre über die Unternehmer Led und Rösch), Strassburg i. d. Uckermark (Sperre über Döring), Freienwalde (Sperre über Unternehmer Reuss);
- Braunschweig:**
 - Blankenburg a. Harz (durch Zimmererstreik in Mitleidenschaft gezogen);
- Provinz Sachsen:**
 - Halberstadt (Massregelung), Wittenberg, Bez. Halle (Aussperrung angedroht);

Königr. Sachsen:

Leipzig (Gesperre sind die Firmen Marien & Kunze, Bahnhofsbauten, Karl Wilhelm Thormann, Leipzig-Anger, Wiebelstr. 9, Karl Feist in Wahren, Hallesche Strasse, M. Klenke in Mökern, Hallesche Strasse, R. Hippe in Leipzig-Anger, Weissenburgerstrasse, Bernhard Schammelt, Ecke Bayerische und Hardenbergstrasse, Otto Dietze, Wahren, Hallesche Strasse), Würzen (Sperre über Lehmann in Püchau), Hirschberg (Aussperrung), Grossenhain (Partieller Streik), Meissen (Sperre über das Kollreppwerk), Neusörnitz bei Meissen (Sperre über Kundisch);

Thüringen:

Erfurt (Sperre über Wagner), Coburg (Differenzen), Eisenach (Sperre über Wagner), Gera (Sperre über Hirsch), Arnstadt (Streik);

Rheinprovinz und Westfalen:

Benrath bei Düsseldorf (Sperre über Judick), Gütersloh (Aussperrung), Gerresheim bei Düsseldorf (Sperre über die Heyesche Glashütte), Dortmund (Sperre über das Eisenwerk Hösch), Ahweiler-Neuenahr (Streik);

Bayern:

Bamberg (Sperre über Hartmann); Hannover, Oldenburg und Lipp: Burgdorf (Sperre über Allending), Visselhövede (Sperren über Cohrs und Köster), Fyrmont (Streik), Melle (Partieller Streik);

Hessen:

Witzenhausen (Sperre über Maurermeister Oehm, Grossalmerode), Mainz (Sperre über die Kupferwerke in Gustavsburg);

Baden-Pfalz:

Kaiserslautern (Sperre über den Unternehmer Neurohr), Mundenheim (Sperre über die Fabrik Giulini), Schifferstadt (Streik);

Elsass-Lothringen:

St. Ludwig (Differenzen bei der Firma Matter aus Strassburg).

In Dortmund haben nun auch die Kollegen, die auf den industriellen Werken beschäftigt sind; angefangen, für eine Verbesserung ihrer Lage zu wirken. Zunächst sind sie genötigt gewesen, bei der Firma Hösch die Arbeit niederzulegen. Gefordert werden 8 1/2 Schilling. Der Zugang ist von den ganzen Werken streng ferngehalten.

Auf der Heyeschen Glashütte in Gerresheim bei Düsseldorf legten am Dienstag, den 20. März, sämtliche dort beschäftigten 17 Maurer wegen Lohnhöhen die Arbeit nieder. Sie erhielten bis jetzt bei 8 1/2 Stunden täglicher Arbeitszeit einen Tagelohn von 4.50. In Gerresheim beträgt er 50-52 1/2 pro Stunde. Die Maurer wandten sich an den Baumeister Jakob, der ihnen auch 50 1/2 Lohn pro Stunde bewilligte; an anderen Tagen zog er jedoch seine Zugeländnisse zurück und wollte bei 8 1/2 Stunden täglicher Arbeitszeit nur einen Tagelohn von 4.75 bezahlen. Da dies eine Reduzierung des bisherigen Lohnes von 4 1/2 pro Tag bedeutet, so legten die Kollegen die Arbeit nieder.

Da selbst die unorganisierten Maurer und Bauhelfer von Unterbach, dem einzigen Orte, wo unser Zweigverein noch keinen Fuß fassen konnte, die Arbeit niedergelegt haben, so dürfte auch der Glasgigler gezwungen sein, in kurzer Zeit einen höheren Stundenlohn zu zahlen.

Die Sperre über Judick in Benrath besteht fort; bis jetzt ist es ihm nicht gelungen, weitere Streikbrecher zu erhalten. Da er eine größere Arbeit unbedingt anfangen muß, so dürfte er bald gezwungen sein, organisierte Maurer zu beschäftigen.

In Ahweiler, wo die Organisation noch sehr jung ist, haben die Kollegen Forderungen gestellt, die aber von den Unternehmern brüsk zurückgewiesen wurden. Am 26. März lag sie in den Streik eingetreten. Zugang ist selbstverständlich fernzuhalten.

Auf den Kupferwerken in Gustavsburg bei Mainz forderten die dort beschäftigten Maurer eine Lohnerhöhung von 40 auf 60 1/2. Alle Versuche, die Firma zum Nachgeben zu bewegen, scheiterten, so daß die Kollegen die Kündigung einreichten. Die Forderung deckte sich mit den dem „Mitteldeutschen Arbeiterverband“ vereinbarten Lohnsätzen. Zugang ist fernzuhalten.

In Bamberg sind bei dem Unternehmer Hartmann Differenzen ausgebrochen. Seit dem 17. März ist von den Steinmehlen über das Geschäft die Sperre verhängt. Drei Steinmehlen arbeiten als Arbeitswillige. Als nur im Laufe dieser Woche die von diesen hergestellte Streikarbeit von den Mauern verlegt werden sollte, weigerten sich diese, und wurden sie darauf hin am Samstag Nachmittag entlassen. Wir antworteten mit Verhängung der Sperre über 2 Bauten, die am Sonntagabend-Damm gelegen sind. In Betracht kommen 14 Kollegen; Zugang ist fernzuhalten.

In Arnstadt fordern die Kollegen 40 1/2 Stundenlohn. Da verschiedene an die Unternehmer gerichtete Schreiben ohne Antwort blieben, so werden die Kollegen versuchen, ihre minimale Forderung durch den Streik durchzusetzen.

Im Gau Mannheim. Im Gau Mannheim sind bisher Lohnbewegungen zum Abschluß gebracht in Straßburg (Elsas), Bixdorf, Frankenthal, Dürkheim, Rheingönheim, Neuhofen, Mutterstadt, Plankstadt, Labenburg und Söckspeyer. In diesen zehn Orten wurden Verträge abgeschlossen. Dabei wurden Lohnerhöhungen von 4 bis 8 1/2 pro Stunde erzielt.

In sechs Orten wurde die Arbeitszeit um eine Stunde verkürzt.

In Lampertheim haben weitere zwei Unternehmer den Tarif unter schriftlich anerkannt.

In Lambricht wurde eine vorläufige Vereinbarung getroffen, wonach die achtstündige Arbeitszeit eingeführt und ein Stundenlohn von 45 1/2 pro Stunde gezahlt wird. Die endgültige Regelung soll erfolgen, sobald die Arbeit besser im Gange ist.

In Schwenningen haben Unterhandlungen stattgefunden; jedoch konnte eine Einigung noch nicht erzielt

werden; Gefordert sind 50 % pro Stunde. Die Unternehmer wollen 1906 46 %, 1907 48 %, 1908 50 % zahlen. In den nächsten Tagen wird eine Versammlung unserer Kollegen zum dem Angebot Stellung nehmen.

Geschieht sind die Unterhandlungen in Gahloch und Bretten. Im letzteren Orte dürfte es in den nächsten Tagen zum Streit kommen. Eigentümliche Verhältnisse herrschen in Gahloch. Nach den Behauptungen der Unternehmer sind in Gahloch 21 Maurermeister vorhanden. Gahloch ist eine Landgemeinde mit circa 6000 Einwohnern. Von 64 Maurern sind jedoch nur 30 in Gahloch beschäftigt; 24 arbeiten außerhalb. Es kommt sonach auf jeden Unternehmer noch nicht einmal ein Maurer. Bei den Unterhandlungen am 17. März waren zehn Unternehmer gegen, die zusammen acht Maurer beschäftigen. Wird in Gahloch ein Stück Arbeit vergeben, so sind alle Unternehmer dahinter her; wie der Leufel hinter einer armen Seele. Die Arbeit wird dann zu einem Schandpreis übernommen, und dann müssen in 12 und 13 Stunden am Tage gewöhnt werden, und doch wird es in vielen Fällen nicht möglich sein, trotz 13 Stunden Arbeit, den üblichen Gehaltslohn herauszuschinden. Ist es doch keine Selbstenheit (wie die Unternehmer bei den Verhandlungen selbst versicherten), daß der Kubimeter Mauerwerk zum Preise von M 1,70 übernommen wird.

Als Gegenatz hierzu sei erwähnt, daß z. B. in Ludwigshafen der Maurer für den Kubimeter durchschnittlich M 3,50 erhält.

Da die Gahlocher Unternehmer nun aber durchaus nicht die Hand zu einer Verringerung bieten wollen; so werden wir den Maurern empfehlen, dies „Eckordrad“ zu meiden.

In St. Ingbert und Zweibrücken haben wiederholte Unterhandlungen auch noch zu keinem Resultat geführt. Eigentümlich war das Verhalten der sogenannten christlich organisierten und ihres Führers in St. Ingbert. Bei den ersten Verhandlungen waren die Unternehmer bereit, die zehntägige Arbeitszeit zu gewähren. Das zweite Mal erklärten jedoch die „Christen“, sie wollten keine zehntägige Arbeitszeit. Damit zeigten sie wieder einmal, daß sie unfähig sind, Arbeiterinteressen zu vertreten.

Zum Abschluß ist die Lohnbewegung auch in folgenden Fabriken gebracht worden: Chemische Fabrik Neufchlos, Badische Anilin- und Sodafabrik, Zellstofffabrik Waldhof, Chemische Fabrik Wohlgelagen, Gummi-Fabrik Medarau, Industriefabrik Medarau, Thonwarenfabrik Friedrichsfeld. In diesen Fabriken sind nahezu 500 Maurer beschäftigt. Es wurde eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 8 % pro Stunde erzielt, außerdem in den größten Fabriken für Ueberstunden 25 % für Nachtarbeit 50 % und für Feiertagsarbeit 100 % Zuschlag. Einige Fabriken harren noch der Regelung.

Außer den bisher genannten Orten sind noch in folgenden Orten Forderungen eingereicht: in Büsstadt, Fiehrnheim, Gebweiler, Colmar, Mes, Waldsich und Müllheim. In einigen weiteren Orten wird die Forderung in den nächsten Wochen eingereicht werden.

Zum Streit ist es am 21. März in Schifferstadt gekommen. Dort sind Mitte März Forderungen eingereicht. Die Unternehmer antworteten mit der Maßregelung von acht Kollegen; da zur Zeit nur 14 Maurer beschäftigt sind, so war der Streit unsererseits die beste Antwort. Arbeit ist genügend vorhanden, so daß die Schifferstädter Maurermeister bald einsehen werden, daß heute andere Zeiten sind.

Unentschieden ist auch noch die Lohnbewegung in Speyer. Dort hatten wir bekanntlich 1905 einen zehntägigen Streit. Das ganze Viretum und die Staatsmacht hand gegen uns. Der Kampf wurde mit einem Teilerfolg beendet. Im Januar 1906 fragten wir bei den Herren an, ob sie 1906 bereit wären, sich mit uns zu einigen. Der eine war hierzu bereit, ein zweiter antwortete ablehnend; die anderen schwiegen sich aus. Später kam dann die Mitteilung von der Unternehmer-Vereinigung, daß sie unterhandeln wollten; sie wollten jedoch vorher einen Tarif aufstellen und uns dann weitere Mitteilung machen. Ende Februar wurde unser Vorsitzender auf das Gewerbe-Inspektorat in Speyer bestellt. Dort wurde ihm eröffnet, die Unternehmer hätten dem Gewerbe-Inspektorat die Regelung der Sache übertragen. Das Inspektorat solle eine gemeinsame Sitzung veranstalten und hierbei den Vorsitz führen. Es wurde nun auf Mittwoch, den 28. Februar, Vormittags 9 Uhr, eine Sitzung anberaumt. Da die Lohnbewegung gemeinsam mit den Bauarbeitern geführt wird, so wurden zur Sitzung außer den Lohnkommissionen die Bauvorstehenden Fischer und Forster eingeladen. Beide erschienen Mittwoch früh in Speyer. Hier wurde nun mitgeteilt, daß am Tage zuvor Herr Höfinger vom Gewerbe-Inspektorat bei unserem Vorsitzenden gewesen sei und die Nachricht gebracht habe, daß um 9 Uhr mit uns nicht unterhandelt werden könne. Zu dieser Zeit wurde mit den Christlichen verhandelt. Wir könnten uns aber in der Nähe aufhalten; wenn wir gebraucht würden, sollten wir Nachricht erhalten. In einer gemeinschaftlichen Sitzung der beiden Lohnkommissionen mit den beiden Bauvorstehenden wurde über die Sachlage beraten und einstimmig beschlossen, gegen obige Mitteilung zu protestieren und unter solchen Verhältnissen nicht an Verhandlungen teilzunehmen. Zum besseren Verständnis sei erwähnt, daß vor dem Streit eine christliche Organisation in Speyer nicht bestand. Es hatten sich dann während des Streiks nach und nach 19 Streikbrecher angesammelt. Diese 19 Mann haben sich nun dem Streit dem christlichen Bauhandwerkerverband angeschlossen, und sind trotz unseres Protestes auch aufgenommen worden. Diese 19 haben während des Streiks zahlreiche Kollegen wegen Vagantellen ins Gefängnis gebracht. Diesen 19 gegenüber haben wir mit den Bauarbeitern zusammen 360 Mitglieder. Es ist selbstverständlich, daß wir mit Leuten, die sich in so schwerer Weise an der Arbeiterkämpferität vergangen haben, nicht zusammen an einem Tisch sitzen mögen. Wenn das Gewerbe-Inspektorat die Hand zu einem solchen Vorgehen geboten hat, so haben wir kein Vertrauen in seine Unparteilichkeit. Und wenn die Speyerer Unternehmer uns mit einem mit den christlichen Streikbrechern abgeschlossenen Tarif überumpeln wollen, so ist das kein ehrlich Spiel. Auf diese Weise ist der Frieden nicht herbeizuführen.

In Blankenburg am Harz sind durch den Zimmererstreit bereits 86 Kollegen in Mitleidenschaft gezogen. Die Unternehmer Speyer und Pöschke waren maßgebend, schickte damit zur Hand, obwohl nach Lage der Sache sehr wohl noch weiter gearbeitet werden konnte. Die Unternehmer mögen sich vorsetzen! Sie müssen sich nicht hundert; denn ihnen die Blankenburger Kollegen zu passender Zeit die Rechnung zur Begleichung präsentieren.

Gau Berlin. Ein Generalstreik im gesamten Bauwerke der Provinz Posen wird für diesen Sommer geplant. Dieser höheren Wobstimm läßt sich das Zentralblatt für das deutsche Bauwerk aus Posen berichten. Wenn diese Schauermer auf das richtige Maß zurückgeführt wird, so bleibt übrig, daß in einer Anzahl Orte, je nach dem Vorhandensein der Organisationen, die Bauhandwerker Forderungen auf Verbesserung ihres recht niedrigen Lohnes und auf Verkürzung der Arbeitszeit stellen. Von einem Generalstreik in der Provinz Posen kann also keine Rede sein, nicht einmal von einem gemeinsamen Vorgehen mehrerer Orte. Das weiß auch jeder, einseitlich der Arbeitgeber und ihres Zentralblattes für das deutsche Bauwerk.

Aber es handelt sich um etwas anderes. Den Herren Arbeitgebern in Posen und dem ganzen Osten wird die Gewerkschaftsbewegung recht unangenehm, sie gedenten mit Sehnsucht der Zeit, wo die Bauhandwerker behandelt werden durften, wie der polnische Schlichte noch heute mit seinen armen Kameraden umgeht. Die Organisation beginnt auch hier ordentlich einzugreifen. Die Arbeitgeberorganisation hat sich nun vorgenommen, die immer kräftiger werdende Bewegung mit dem in Königen Deutschland wiederholt in Anwendung gebrachten Mittel — der Aussperrung — entgegenzutreten. Auf ihren Arbeitgeberverlangen für den Osten ist das beschlossene; das preisen die Spagen bereits von den Dächern. So frage dieser Tage ein „Herr vom Bau“, der es auch wissen muß, einen Arbeitervertreter in einer der größten Städte in der Provinz Posen, ob er denn wisse, daß beschlossene sei, daß in allen Städten, wo Lohnforderungen gestellt würden, eine allgemeine Aussperrung erfolgen solle. Die in voriger Woche in Schneide in Uhl ist erfolgte Aussperrung ist der Anfang der neuen Taktik. Unter diesen Umständen wird die Ansicht, die mit dieser Notiz erudiert werden soll, ganz sonnenklar. Die Unternehmer wollen sich dem Publikum als die verfolgte Inskand zeigen, die von den bösen Arbeiterorganisationen furchtbar angegriffen und zur Schmachthat geführt werden soll. Wenn in diesem Sinne in der Öffentlichkeit Stimmung gemacht ist, so meinen sie, wird es leichter sein, für die geplanten Aussperrungen die „moralische Berechtigung“ herbeizuleiten. Wir haben nun der Frage die Stellen umgehängt und werden dafür zu sorgen haben, daß die Räume der Herren nicht in den Himmel wachsen.

Die Aussperrung in Schneide in Uhl ist nur fünf Arbeitgebern vorgekommen; es waren dort 12 Boltere, 75 Seelen und 53 Fertlinge beschäftigt. Zur Zeit sind noch 12 Boltere, 20 Seelen, 24 Italiener und sämtliche Fertlinge beschäftigt. Zwei Arbeitgeber haben nicht ausgesperrt. Es ist recht interessant, daß die Unternehmer mitten in der Verhandlung, wo unsere Leute noch täglich auf eine Antwort auf ihr letztes Schreiben warteten, wo sie weitere Verhandlungen vorzuschlagen und auch erwarten konnten, plötzlich ausgesperrt wurden und zwei Stunden später schon die Italiener eintrafen. Diese Tücke werden wir uns merken müssen.

In Sreimberg weigerten sich die Unternehmer, die am 1. März laut Vertrag fällige Lohnerhöhung einzutreten zu lassen. Sie wollten den höheren Lohn erst mit dem 1. April eintreten lassen. Grund: die Aufstellung der Rechnungen für ihre Auftraggeber sei zu schwierig, wenn in einem Quartal zweierlei Löhne zur Auszahlung gelangten. Tabelle! Die Kollegen konnten dieses Argument nicht für sichbaltig anerkennen. Nach einer Verhandlung mit dem Bauvorstand sigte sich der Arbeitgeber Mittag und zahlte den Lohn, während Handrick erst durch eine zehntägige Sperre zur Zumeinhaltung des Vertrages gezwungen werden mußte.

Beim Unternehmer Neuß in Frete n w a l d e legten am 19. März sämtliche Kollegen wegen schlechter Behandlung durch den Bolter und wegen der schlechten Waudube die Arbeit nieder. Beträge sind bis jetzt im Gau Berlin in folgenden Zweigvereinsbezirken abgeschlossen worden:

- 1. Grotzen a. d. Ober. 4 % Lohnerhöhung
- 2. Dreg-Neufst. a. d. Doffe 5 " "
- 3. Filsche 3 " "
- 4. Granee 5 " "
- 5. Guben 4 " "
- 6. Lüben 5 " "
- 7. Nepper 2 1/2 " "
- 8. Wittstod a. d. Doffe. 4 " "
- 9. Wusterhausen a. d. Doffe. 5 " "
- 10. Zehndorf 5 " "

In Posen haben die Kollegen den bestehenden Tarif genehmigt und eine Lohnzulage von 5 % gefordert. Bei dem gegenwärtigen Aussperrungstauel, woran die „Herren vom Bau“ in der Dinarak alle laborieren, ist es nicht ausgeschlossen, daß es deswegen zu einem harten Kampfe kommt. Unterstützt werden die Unternehmer durch den Umstand, daß in Posen vier Maurerorganisationen bestehen und zwar außer unserm Zweigverein die christliche, die Hirsch-Dundersche und die nationalpolitische. Von diesen dreien hat sich die letzte bereits zum Kotau bequemt; ob nicht die anderen beiden auch noch folgenmäßig werden, steht noch dahin.

In Gumbinnen antworteten die Unternehmer auf die Lohnforderungen der Kollegen im Januar dieses Jahres gar nicht. Als die Bauhilfsarbeiter am 19. März wegen Maßregelung eines ihrer Kollegen zu einer Arbeitseinstellung schritten, erklärten die Maurer solidarisch, und siehe da: nach einstämmigen Streik kam folgender Arbeitsvertrag für die Maurer zu stande: Zehntägige Arbeitszeit; bis zum 1. April 1906 37 %, vom 1. April bis 1. August 1906 40 %, vom 1. August 1906 bis 1. April 1907 42 % und vom 1. April 1907 45 % Lohn pro Stunde. Junggeblieben und Jubiläen erhalten pro Stunde 5 % weniger. Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit ist zu vermeiden, nötigenfalls aber mit 10 % Zuschlag pro Stunde zu vergüten. Bei Landarbeit, 3 Kilometer von der Stadt gerechnet, gibt es eine Zulage von weiteren 5 % pro Stunde. Daß sich die Sache so gestaltete, haben die Unternehmer wohl schwerlich gegahnt.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

„Arbeit und Kultur“. Die dritte Auflage des unter diesem Titel von uns herausgegebenen Buches ist fertig. Wir sind aber bereit, eine vierte Auflage des Buches herzustellen zu lassen, wenn noch genügend Bestellungen eingehen. Weitere Bestellungen erwarten wir recht bald.

Materialverand. Am Donnerstag, den 27. d. M., versandten wir an die Kassierer der Zweigvereine:

- a) ein Zirkular, betreffend Abrechnung etc. für das 1. Quartal;
 - b) ein Zirkular, betreffend Markenverand;
 - c) zwei Abrechnungsformulare;
 - d) eine Aufnahmefliste;
 - e) ein Zweigvereins- und Adressenverzeichnis;
 - f) ein Formular, betreffend Krankenunterstützung.
- Zweigvereine, die die vorgenannten Drucksachen nicht bis Montag, den 2. April, erhalten haben, werden ersucht, uns Mitteilung zu machen.

Sterbegeld darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausgezahlt werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu überfenden:

- a) das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und
- b) die Sterbeurkunde.

Außerdem sind anzugeben die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterstützung auszusahlen ist.

Unterstützungs-Anweisungen sind in der Zeit vom 18. bis 24. März für nachfolgende Mitglieder erteilt worden:

- Albert Wehlfase - Straßburg i. Elsaß (Frau), Verbands-Nr. 102 848; Frdr. Wiche-Göbe, 59 279; Joh. Peter Schmidt - Frankfurt a. M. (Frau), 20 978; Paul Hinge - Berlin (Frau), 7229; Wlth. Wehne-Bromberg (Frau), 56 672; Guf. Mambow-Stettin (Frau), 45 555; Otto Hölhe - Berlin, 106 127; Frdr. Weder - Gumbach (Frau), 70 742; Frdr. Klose - Wabenburg (Frau), 231 551; Joh. Mäger-Göln, 147 473; Chr. Bier-Jerbst (Frau), 109 651; Frdr. Kuhlgt - Krausnick (Frau), 81 887; Wlth. Sauerland-Nordhausen (Frau), 91 504; Gottfr. Boppel-Berlin, 9777; Anton Grunwald-Berlin (Frau), 8445; Wlth. Grunwald-Biere, 54 211; Kaspar Wirtz-Samober (Frau), 12 680; Herm. Volkbrecht-Stettin, 45 558; Fr. Mariniusen-Franz a. Prehm, 57 668; Heim. Voigt-Wittenberge, 119 536; Franz Schröder-Halberstadt, 76 261; Jafot Had-Mainz, 40 553; Franz Wolke-Zeltow, 103 795; Frdr. Zingheim - Samelch (Frau), 113 436; Jul. Heng-Berlin, 8989; Paul Fiebarth-Posen, 44 483; Aug. Bösch - Mathenow (Frau), 96 183; Frdr. Mpers - Samober, 82 728.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer J. K. B. H. er, Hamburg 7, Besendungsbox 56, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 20. bis 26. März 1906 sind folgende Beträge eingegangen:

- a) Für Beiträge und Eintrittsgelder. Zittau M. 150, Insterburg 54,72, Oßernang 2,25, Sebnitz 200, Erfurt 160, Stralund 129,40, Essen a. d. Ruhr 400, Stuttgart 500, Chemnitz 300.

- b) Für Verbandstags-Protokolle. Zittau M. 3, Insterburg 2.

- c) Für Futurale. Bremen und Umgegend M. 30.

- d) Für „Arbeit und Kultur“. Zittau M. 30, Bremen und Umgegend 150, Insterburg und Oßernang je 1,50.

- e) Für Einbanddecken usw. Berlin M. 16.

Vom Verbandsvorstande bekräftigt sind die neu-gewählten Vorstandsmitglieder aller Zweigvereine, die bisher das Wahlprotokoll eingelangt haben.

Als verloren gemeldet wurden die Mitgliedsbücher der Kollegen Jos. Meher - Wiesbaden (Verb.-Nr. 49 097), Abam Schuch-Wiesbaden (49 208), Joh. Wbhm-Gelber (295 439), Otto Thiele - Dranienburg (92 826), Carl Müller - Samober (238 676), Carl Duf - Fürstberg (70 316), Ignaz Schwarz-Danzig (225 253), Max Keil - Grimmisdorf (140 141), Frdr. Debus-Dortmund (180 317), Joh. Müller-Dortmund (83 554), Johs. Rommenmacher-Stuttgart (300 363), Otto Rärcher-Eutin-gart (47 901), Bernh. Mart. Koch-Fresden (162 894), Stefan Siebler-Würzburg (195 648), Peter Wenzel-Mannheim (140 625), Franz Klein-Mühlrad (184 548), Wlth. Nickel-Königsberg i. Pr. (81 822), Fritz Knopp-Königsberg i. Pr. (80 874), Franz Lindt-Königsberg i. Pr. (153 861), Ernst Kamofski-Königsberg i. Pr. (163 892), Joh. Malozof - Posen (44 491), Kaspar Wapels-Mitthenhausen (267 614), Franz Wehlfase-Essen (67 620), Herm. Rümme-Berlin (756), Aug. Grümmwälder - Warmen (135 668), Heim. Hünefeldt-Welle (285 773), Joh. Bellert-Leipzig (87 288), Guf. Frohberg-Greiz (167 463), Eduard Lepelt-Berlin (181 259), Karl Albrecht - Berlin (2941), Georg Engler - Berlin (7945), Karl Gärthig-Berlin (123 055), Alfred Herkert-Berlin (196 682), Franz Gogolin - Berlin (80 134), Karl Kreg - Göln (59 857), Heim. Steffen-Herford (247 845), Carl Brilla-Hamburg (64 569), Joh. Klein-Kaiserlautern (261 638).

Ausgeschloffen sind auf Grund § 27 b des Statuts des Zweigvereins Berlin: Wilhelm Hof (Verbands-Nr. 70 254), Paul Gärtner (129 240), Friedrich Mohr (4315), Werner-Koppin (4320), Erfurt: Alfred Müller (113 667), Karl Spangenberg (113 850), Ernst Wagner (53 888), Otto Waploff (252 394); M e i n s d e i b - E n n e p : August Scheber (256 550); vom Verbandsvorstande auf Antrag des Vertrauensmannes in

Chemnitz: Ferdinand Frank (88 998); auf Antrag des Vertrauensmannes in Leipzig: Paul Schwabe (88 488).

NB. Die Namen derjenigen Kollegen, welche wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekannt gegeben.

Aufforderung. Der Kollege Albert Söhnschild (Verb.-Nr. 217 248), wird hierdurch aufgefordert, seine Adresse an den Gewandvorstand Fris Schlögl in Dortmund, Lessingstr. 32, mitzuteilen.

Kollegen, denen der Aufsichtsbild Söhnschild bekannt ist, werden ersucht, an Kollegen Schlögl Mitteilung zu machen.

Der Vorstand.

Bekanntmachungen der Gewandvorstände.

Gau Ost (Danzig).

Die Wohnung des Kollegen Schwarz befindet sich ab 1. April: Marienstr. 18, part., in Langfuhr bei Danzig.

Jahresberichte der Gewandvorstände.

Gau Köln a. Rh.

Das Jahr 1905 war im allgemeinen ein gutes Baujahr. Allerdings steht die Zahl der beschäftigten Maurer in den einzelnen Orten in keinem Verhältnis zur Einwohnerzahl.

Einwohnerzahl Gegäste Maurer

Table with 3 columns: Ort, Einwohnerzahl 1900, Gegäste Maurer 1905. Rows include Köln, Düsseldorf, Eberfeld, Wannen, Barmen, Grefeld, Remscheid, M. Gladbach, Bonn, Solingen, Dillig, Wald, Böhlheid, Gräthel, Mühlheim a. Rh., Mheydt b. M. Gladbach, Odenkirchen.

In diesen zwölf Arbeitsorten resp. Lohnbezirken mit rund 1 1/2 Millionen Einwohnern sind nur 5158 Maurer beschäftigt worden. Im benachbarten Kolonnengebiet wurden beispielsweise in den zwölf Arbeitsorten resp. Bezirken: Essen (Stadt), Dortmund, Duisburg, Witten, Bochum, Gagen, Mühlheim a. d. Rh., Oberhausen, Gelsenkirchen, Kettlinghausen, Mülheim und Homberg mit rund 800 000 Einwohnern im Jahre 1900 rund 8000 Maurer beschäftigt.

Während in unseren Städten auf je 1000 Einwohner dreieinhalb Maurer kommen, entfallen im Kolonnengebiet noch mehr. Die Ursache liegt wohl darin, daß in unseren Orten, wie im Wuppertal, im Grefelder, Mühlheim a. Rh. und W. Gladbach und W. a. Gagen, die Textilindustrie vorherrschend ist, während wieder im Bergischen Lande die Stahlwaren- und Kleinmetallindustrie dominiert.

Am allerbedeutendsten war die Konjunktur im verflochtenen Jahre im Wuppertal. In den Hauptstädten Wannen, Eberfeld wurden noch 1904 1555 Maurer beschäftigt, wie oben schon erwähnt, im Vorjahre nur 768 Maurer, also nicht einmal die Hälfte.

In diesem Jahre wird im allgemeinen die gute Konjunktur wohl noch anhalten; es scheint auch, als sollte in den Wuppertälern wieder mehr Arbeitsgelegenheit kommen, wenigstens sind eine Anzahl städtischer Gebäude vorzusehen.

Mitgliederbewegung.

Die Mitgliederzahl ist im Berichtsjahre wieder gestiegen; allerdings nicht so stark, wie in den Vorjahren. Würde das Wuppertal durch die große Arbeitslosigkeit nicht so bedeutend zurückgegangen sein, wäre das Verhältnis wesentlich günstiger gewesen.

auch im Kölner Gebiet war die Entwicklung nicht zufriedenstellend. Es zeigte sich hier, daß lange Zeitverträge auch hemmend auf die Organisation wirken können, wenn nicht mit aller Macht an der Aufklärung gearbeitet und besonders die Kleinarbeit verrichtet wird.

Im Jahresdurchschnitt betrug die Mitgliederzahl in den einzelnen Jahren:

Table with 5 columns: Jahr, Zweigvereine, Poststellen, Durchschnittliche Mitgliederzahl, In Orten. Rows for years 1901-1905.

Die Zahl der Orte, wo Mitglieder des Verbandes, sei es in Zahlstellen oder unter Vertrauensleuten, Kassieren usw. vorhanden sind, ist gegen das Vorjahr nur um 6 gestiegen.

Table with 2 main columns for years 1904 and 1905, each with sub-columns for 1. Q., 2. Q., 3. Q., 4. Q. Rows list various districts like Wachen, Mülheim, Wannen-Eberfeld, etc.

Am Schluß des Jahres 1904 waren 3929 Mitglieder vorhanden. Im Jahre 1905 wurden aufgenommen 2878, zugerechnet sind 1403; zusammen 8205. Abgereicht sind 3100, wegen Schulden getrieben 268, gestorben 25, ausgeschieden 198, ausgeschieden 36, zum Militär eingezogen 30; zusammen 3657.

Finanziell ist wieder ein Fortschritt zu verzeichnen. Der Markenverkauf gestaltete sich folgendermaßen:

Table with 6 columns: Jahr, 1901, 1902, 1903, 1904, 1905. Rows for I. Quartal, II., III., IV., and Summa.

In 13 Zweigvereinsgebieten wird jetzt ein Aufschlag von 5 bis 20 % Zuschlag. Das Vermögen der Kolonnen betrug am Schluß des Jahres 1904 6500, am Schluß des Jahres 1905 rund 12 000.

Veranstaltungen wurden abgehalten im Jahre 1905: 119 öffentliche und 596 Mitgliederveranstaltungen. Vorstands- und Vertrauensmännerjungen fanden 742 statt.

An Postkarten gingen ein 477 Stück, und zwar 198 Briefe, 251 Postkarten, 23 Telegramme und 20 Drucksaften.

In Lohnbewegungen, Streiks und Streifungen hat sich im Berichtsjahre 32 zu verzeichnen. Sie verteilten sich auf die Zweigvereine Köln mit 14, Düsseldorf mit 8, Wannen-Eberfeld mit 4, Grefeld, Düren, Mheydt, Gladbach, Remscheid, Solingen und Wermelskirchen mit je 1.

Folgende Orte stellten Forderungen: Schwelm, Gahlingshausen, Köln (Kanalmaurer), Kall b. Köln, Grefeld, Düren, Düsseldorf, Rath, Werrath, Remscheid, Solingen und Wermelskirchen. In fünf Orten, Kall, Rath, Werrath, Solingen und Wermelskirchen, kam es ohne Streit zum Abschluß eines Vertrages, wodurch die gefühlte Arbeitszeit und die geforderten Löhne, sowie

frühere Verbesserungen festgesetzt wurden. In sechs Orten scheiterten die Verhandlungen resp. wurden Verhandlungen abgelehnt; in fünf davon kam es zum Streit. Es sind dies: Schwelm, Gahlingshausen, Köln (Kanalmaurer), Grefeld und Remscheid; in einem Orte kam es zur Auslösung (Düren). In einem Orte (Düsseldorf) verweigerten die Kollegen auf die Durchführung der Forderung. Aus dem Streit in Remscheid entwickelte sich ebenfalls eine Auslösung. Der Kanalmaurerstreik in Köln war nach dreitägiger Dauer mit vollem Erfolg beendet; der Grefelder Streit endigte nach gefühlvoller Dauer mit teilweiseem Erfolg; die Dürener Auslösung, hatte nach vierwöchiger Dauer dasselbe Resultat.

Im ganzen wurden acht Verträge abgeschlossen. Es bestehen nunmehr Verträge in 14 Lohnbezirken, und zwar für Köln für Kanalmaurer, Maurer, Ruder, Ruder und Kleinfleger; Mülheim für Maurer, Ruder und Ruder; Kall für Maurer, Ruder und Ruder; Kuppertke, Wiesdorf, Schlebusch, Opladen für Maurer, Ruder und Ruder; Grefeld, Düren, Rath bei Düsseldorf, Werrath, Gaan, Gilden, Solingen und Wermelskirchen für Maurer.

20 partielle Bewegungen wurden geführt, und zwar in Köln und Umgebung 12, in Düsseldorf 6, in Wannen-Eberfeld 2 und in Mheydt 1. In neun Fällen handelte es sich um Innehaltung des Vertrages, in den anderen Fällen um Mahregelungen, Lohnzahlung usw.

Von diesen Bewegungen wurden 16 mit vollem und 4 ohne Erfolg beendet.

Im ganzen sind 20 Bewegungen mit vollem, sieben mit teilweiseem, und fünf ohne Erfolg beendet worden.

Durch vorstehend bezeichnete Bewegungen wurde nachweislich erreicht: für 2008 Kollegen eine Lohnerhöhung von 1 bis 10 % pro Stunde, durchschnittlich 4,5 %; für 671 Kollegen eine Arbeitszeitverkürzung von einer halben bis eine Stunde. Außerdem wurde laut Verträgen in den einzelnen Gebieten der Lohn für 2732 Maurer um 2,77 % pro Stunde erhöht. In Düsseldorf legten die Unternehmer angelehnt der Lohnbewegung 2 % pro Stunde zu; hier kamen 1014 Kollegen in Betracht, so daß im ganzen für 6749 Kollegen eine Erhöhung von 3,24 % pro Stunde durchschnittlich herbeigeführt wurde.

Die ersten im Kampfe waren die Dürener Kollegen. Im Winter 1904 hatten die Zentrumsvorbereiter mit Unterstützung des katholischen Volksvereins im Landbezirk Düren eine größere Anzahl Bauhandwerker organisiert. Da wachten auch unsere Kollegen wieder auf, die seit 1901 schliefen. Sie suchten jetzt das Versäumnis nachzuholen, und dies auch mit gutem Erfolge. Im Frühjahr 1905 hatten wir rund 100 Maurer im Verband. Mit den Bauhilfsarbeitern und den Zentrumlern stellten wir gemeinsame Forderungen. Die Unternehmer, vom Oberstarbmaurer Kriemann aus Köln bearbeitet, gründeten einen Arbeitgeberverband und beschloßen in einer ihrer ersten Sitzungen die Auslösung, wie sie bei späterer Verhandlung erklärten; um dadurch der Bewegung von vornherein den Hals umzulegen. Die Herren erreichten jedoch das Gegenteil des beabsichtigten Erfolges. Ein seltener Einmütigkeit nahm die Direktion Bauarbeiterfähigkeit den Forderungen auf. Den Unternehmern gelang es nicht, "Arbeitswillige" zu erhalten, alle herangezogenen Stützen wurden wieder abgehoben. Schließlich legten sich der Landrat des Kreises und der Oberbürgermeister von Düren ins Mittel, und es kam nach langen, scharfen Verhandlungen zu einer Vereinbarung, wodurch den Kollegen die gefühlte Arbeitszeit und 4 1/2 % Mindestlohn zugesprochen wurden. Der 3. Mai wird in Dürener Arbeiterkreisen nicht vergessen werden. Nachts um 12 1/2 Uhr wurde im Rathaus auf dem Bureau des Oberbürgermeisters die Einigung vollzogen, während circa 200 Bauarbeiter und andere vor dem Rathaus standen, um das Resultat zu erfahren. Dies konnte denn auch noch mit oberbürgermeisterlicher Erlaubnis im Kaprellischen Saale bekannt gegeben werden. Um 2 Uhr Nachts trennten sich die Direktion Kollegen, nachdem sie noch in begeistertem Hoch die Einigkeit gefeiert hatten.

In Remscheid kamen wir durch den Zimmererstreik in Mitleidenschaft. Der Scharfmacher Essenhäuser verlangte von den Mauern und Hilfsarbeitern die Verrichtung von Zimmerarbeit und maßregelte acht Mann, die diese Arbeit verweigerten. Hierauf legten sämtliche Leute die Arbeit nieder und das Geschäft wurde gesperrt. Die Unternehmerorganisation drohte die Auslösung an, die auch von einem Teile der Herren vollzogen wurde. Wir spezialisierten die Geschäfte ebenfalls. In einem späteren Stadium des Kampfes erklärten die Kollegen den allgemeinen Streik, ohne dadurch das Resultat (teilweise Erfolg) zu ändern. Bei diesem Kampfe stellte sich die Behörde (im Gegensatz zur Dürener) vollständig auf die Seite der Scharfmacher. Das städtische Rathaus wurde hier als Streifbühnen eingerichtet und unsere Streikposten, in der denkbar schroffsten Weise von den Polizeibehörden behandelt; nichts wurde unversucht gelassen, um den Mauern das Streifen zu erleiden. Die Streikleiter wurden fast jeden Tag festgesetzt; es regnete förmlich Anklagen über Anklagen. Trotzdem hat der Streik den Unternehmern eine erste Lehre gebracht. Sie haben einsehen müssen, daß man dauernd die Arbeiterbewegung in Remscheid nicht zurückhalten kann. Wenn es auch nicht gelang, die Unternehmer vor vollen Anerkennung der Forderungen zu zwingen, so mußten die Herren sich doch bequemen, 50 % Stundenlohn zu zahlen. Auch hat man sich gebüht, die alte Gewohnheit, im Winter 4 bis 6 % pro Stunde abzugeben, wieder anzunehmen. Hoffentlich holen unsere Kollegen in diesem Jahre das übrige nach und bringen den Herren bei, daß berechtigte Arbeiterforderungen anerkannt werden müssen.

Bei dieser Gelegenheit sei noch erwähnt, daß die italienischen Streikbrecher in der freudigen Weise auftraten,

unser Streifen mit dem Revolver bedrohten und sich in jeder Art rüpelhaft benahmen. Es war dies nicht anders zu erwarten, da der Herr Oberbürgermeister die Subjekte in höchst eigenem Schutze nahm. Eine Interpellation der sozialdemokratischen Stadtratsmitglieder, warum ein städtisches Gebäude zum Streikbrecherhof hergegeben wurde, führte zu erregten Auseinandersetzungen zwischen diesen und der bürgerlichen Mehrheit im Stadtratskollegium. Der Oberbürgermeister und der Stadtbaurat begründeten ihre Maßnahmen damit, daß es Brauch im Baugewerbe sei, daß man die Arbeiter eventuell dort unterbringe usw., und die Herren von Bildung und Besitz spenden begeistertem Beifall. Die Herren, die sonst an nationalen Phrasen fast erkranken, konnten es gutheißen, daß ihre Landsleute monatelang ausgeperrt und ausländische Streikbrecher im städtischen Rathaus aufs wärmste aufgenommen wurden. Und das nennt sich dann liberal! Selbst den Seelsorger der Italiener, Kaplan Sonnenschein von Eberfeld, der die italienische Mission im Rheinlande hat, ließ man nicht zu den Streikbrechern und drohte ihm mit Bestrafung, als er denn doch einmal ins Rathaus hineingegangen war. Man befürchtete, der Herr könne die Gespräche zu solidarischen Handeln befehlen; fernermal die Religion doch nur dazu da ist, arbeitsgebulbige und willige Ausbeutungsobjekte zu erzeugen.

Hier zeigte sich der Klassenkampf in so nackter, brutaler Form, daß selbst ein christliches Mitglied der Streikleitung meinte, man müsse Sozialdemokrat werden, wenn man nicht noch das bishigen Religion hätte.

Arme, verirrte Menschen!

In Erfeld kam es im Juli zu Sperren bei einzelnen Unternehmern. Verhandlungen mit den Unternehmern scheiterten. Hieraus traten bei weiteren Unternehmern die Kollegen in den Streik; und nach einigen Wochen des Kampfes, als die Entscheidung noch nicht fiel, wurde zum allgemeinen Streik übergegangen. Das half zuletzt. Die Unternehmer verhandelten wieder und es kam schließlich zu einer Einigung. Sofort wurden 51 3 und ab 1. April 1906 53 3 bewilligt bei zehnstündiger Arbeitszeit. Hier erlaugten sich die Zenträmmer wieder einen jeitlichen Streik. In der Forderung war eine Prüferkommission vorgesehen, bestehend aus sechs Unternehmern und sechs Arbeitern; letztere aus je zwei Personen der drei Verbände. Als alles mit den Unternehmern vereinbart war, forderte Range-Göln, der Bezirksleiter des Zentrumsverbandes, daß seinem Verbande nicht zwei, sondern drei Vertreter zuerkannt würden, also eine Vierzweierkommission eingesetzt würde, wodurch die Unternehmer demnach auch noch einen Sitz erhielten. Er begründete das damit, daß sie jetzt auch Hilfsarbeiter organisiert hätten und für diese eine Vertretung haben müßten. Von unseren und den Vertretern des Hilfsarbeiterverbandes wurde das Ansuchen zurückgewiesen, waren wir doch dreifach so stark organisiert als das Zentrumsverbände. Es mußte ihnen die Christlichen fanden bei den Unternehmern Gegenliebe. Die Herren, die das christliche Element lieben haben, da es viel zäher ist als das freie, waren sogar bereit, in bezug auf die Akkorarbeit, die sie als ausdrücklich gestattet bezeichnet wissen wollten, noch die vorher strikte abgeleitete Konzeption zu machen, daß in einem Nachtrag bemerkt werde, sie (die Akkorarbeit) solle nach Möglichkeit vermieden werden. Da zu erwarten war, daß die Schwarzen eventuell den Vertrag ablehnen würden (bei den Herren war es Zeit, denn die Mitglieder wären ihnen sonst davon gelaufen), so willigten wir schließlich ein, hatten wir doch bei dieser Gelegenheit noch einen Erfolg für die Gesamtheit der Kollegen erzielt. Range und Konforten sind ihres Stieges auch nicht recht froh geworden; denn überall wurde dies hinterlistige Treiben der Schwarzen auf den Arbeitstischen verurteilt, und die Folge war ein weiteres Anwachsen der freien Organisationen. Die übrigen Streiks bieten nichts Bemerkenswertes, höchstens, daß die Zenträmmer in S a m e l m sowohl wie in H a l l i n g a u s e n abtreiben und uns die Durchführung des Kampfes überließen. Auf Vorkantungen wurden aus dem Aussperrungsgebiet einige Streikende gerufen, die jedoch am zweiten Tage bereits die Arbeit wieder aufnahmen. In H a l l i n g a u s e n kam eine Kolonne Massauer (Christliche) an, die die Arbeit bei einem Unternehme aufnahmen, trotzdem der Herr nicht bewilligt hatte. Jetzt liegt man in der Gewerkschaft, daß die Streikbrecher einen Erfolg erzielt hätten. Wir haben nichts davon konstatieren können.

In Düsseldorf wäre es im Herbst bald noch zum Streik gekommen, Streikluft war genug vorhanden, jedoch haben die Kollegen die Durchführung ihrer Forderung auf dieses Jahr verschoben. Im Jahre 1906 wird die Bewegung im ganzen Gau wohl groß werden, sind doch bereits aus fast allen größeren Orten Lohnbewegungen gemeldet. Im Vorort Gölz und Umgebung laufen am 1. Mai d. J. sämtliche Verträge ab; nur der Vertrag der Pfleislerläufer läuft weiter. In den bis jetzt gepflogenen Verhandlungen ist eine Einigung nicht erzielt worden. Die Schwarzen machen auch bereits wieder Seitensprünge. Zur Agitation wurde im Frühjahr die vom Hauptvorstande herausgegebene Broschüre benutzt. Die eingeleitete Hausagitation wurde in verschiedenen Vereinen sehr schlecht durchgeführt. Es scheint, als sollte es damit in diesem Jahr besser werden, wenigstens sind in den größeren Orten die Vorbereitungen besser getroffen worden. In Siegerland hat sich die Mitgliederzahl etwas gehoben. Es ist Aussicht vorhanden, in diesem Jahr dort mehr Einfluss zu gewinnen. Der Dillkreis soll von Sieben aus, von wo er auch leichter zu erreichen ist, bearbeitet werden. In H r t a l begann mit im Herbst mit der Agitation. Es gelang uns, in kurzer Zeit ca. 70 Maurer zu organisieren. Nun ging der Spektakel los. Die ganze bürgerliche Gesellschaft, Behörden, Unternehmer, Doktoren, Pastoren, alles, was nur einen Namen hat im Orte, schrie und tobte gegen die rote Motte, die sich erstreckt hatte, das friedliche Hrtal, in dem man bisher sich so schön an der Arbeitskraft der Winderbemittelten bereichern konnte, mit ihrem aufklärerischen Geiste zu erfüllen. Sofort wurden die Zentrumskolonien und Gewerkschaftler von Gölz und M. Glabbach hinfunktiert, um den roten Geist zu bannen. Range-Göln mußte sich in einer großen Versammlung in Albrecht, über die wir feinergerichtet, im Schweiß seines An-

gesichts, den Hrtalern das Grausen beibringen. Alle Viebesmisse war vergebens. Wohl wurden einige unserer Kollegen wankelmütig und traten in den Zentrumsverband ein, einige andere blieben überhaupt unorganisiert, aber das Gros blieb standhaft. Die Kollegen haben von Besprechungen gerade genug, sie wollen nunmehr raten sehen. Und dafür sind ja bekanntlich die Zenträmmer nicht zu haben. Allerdings hat die christliche Missionäre es gutgeheißen, den Zentralverbänden sämtliche Lokale abzutreten. Man hat sich dies sogar ein Stück Geld kosten lassen, aber man hat dadurch unsere Kollegen um so fester gemacht. Reiter nicht das Unternehmertum die Persönlichkeitsverträge aus; seine Antwort auf unsere Forderung ist eine freche Herausforderung für die Arbeiter. Selbst zu Maßregelungen von Kollegen, die fast ein Menschenalter bei einem Unternehmer gefronde haben, ist man geschritten. Mögen sie uns unterdrücken, bestimpfen, obdunkeln machen, hinausbringen werden sie uns nicht mehr aus dem Orte, soviel steht fest. Ueberhaupt haben wir einen immer erbitterter werdenden Gegner in den Zentrumsvereinigungen. Alle Bemühungen der Eltern, in den Hauptorten nennenswerte Fortschritte zu machen, waren bis jetzt vergeblich. Nur im Wadener Bezirk haben sie eine größere Anzahl Bauhandwerker und Hilfsarbeiter, Steinbrucharbeiter usw. im letzten Jahre organisiert. Doch auch hier hatten wir die Arbeit dazu gemacht. Im Holländischen haben wir die Kollegen ausgerollt; dann haben sich die Christlichen eingemischt und der Zentrums-Rang wurde dann die Leute organisiert. Auch im Wadener Bezirk werden wir, wenn die Kollegen sich erst von dem wahren Wesen der Zentrumsvereinigungen überzeugt haben, vorwärts kommen; eine erfreuliche Zunahme haben wir im letzten Jahre schon dort zu verzeichnen gehabt. Wenn es noch eines Beweises bedürft hätte, daß die „christlichen“ Organisationen Zentrumsgründungen sind und auch nach dieser Peise tangen müssen, so hat man ihn wieder im Wadener Bezirk erbracht. Gemeinsame Forderungen mit den freien Bauarbeiterverbänden zu stellen, löbten die Schwarzen ab, weil, wie Range sagt, sonst die Lohnbewegung in sozialdemokratischen Geruch kommt. Die Unternehmer wissen solche gännen Leute zu schätzen. Was man kaum für möglich hielt in Leuten, war vor einigen Wochen zu verzeichnen: die Unternehmer ließen Samstagtags 4 Uhr Feierabend machen, damit sich der Zentrumsverband mit dem Unternehmervorstande, 10 vSt. Lohnverhöhung (1), in einer Versammlung beschäftigen konnte. Und in Simpelveld (Holland) tags am 11. Februar d. J. eine gemeinsame Versammlung zum festen holländischen Zustellen, die zu dem Zweck einberufen waren, die Bauarbeiter über die Interessengemeinschaften der christlichen Gewerkschaften und den holländischen „Volksbond“ (Herliche Organisation) aufzuklären. Range-Göln erklärte in seinem Referate, die holländischen Kollegen müßten sich dem „Volksbond“ anschließen, da dies die Organisation für die ihre politischen Interessen in Staat und Kommune betreibe. Dann gab er bekannt, welche Vereinbarungen zwischen der Leitung des christlichen Verbandes und der holländischen Zentrumsorganisation getroffen seien. Wir lassen sie, weil sie sehr bescheiden sind, für die angeblich neutralen Zenträmmer folgen. Erstens: das Organ des Volksbundes, der „Volksbote“, wird den christlichen Mitgliedern für 1 Cent pro Woche zur Verfügung gestellt; zweitens: die christlichen Mitglieder haben genau wie die Mitglieder des Volksbundes ein Anrecht auf die Benutzung der Redaktionsstempel in Westfalen; drittens: der „Volksbote“ nimmt Artikel auf, die wir ihm zu senden; viertens: der „Volksbote“ veröffentlicht die Streiferei, die wir von Deutschland melden, damit nicht Kollegen aus Unkenntnis an Streikorte geschickt werden; fünftens: die Benutzung des holländischen Arbeitsnachweises; sechstens: verpflichtet sich der holländische Volksbond, in Holland verband und agitatorisch für die deutschen „christlichen“ Gewerkschaften einzutreten, und zwar in allen Grenzorten und im Winter, wenn die holländischen Bauarbeiter aus den deutschen Städten zurückkehren. Die Zentrale des Zentrumsverbandes muß an den Volksbond für alle holländischen Mitglieder, die anderthalb Jahre Mitglied sind und nicht als Mitglieder dem Volksbond angehören, pro Jahr und Kopf 25 3 zahlen.

In der Versammlung sprach auch der Herr Viktor Suren aus Westfalen, und heide Range und der Bilar, überboten sich gegenseitig in Versicherungen, daß der eine für den anderen tätig sein wolle und müsse. Hier sehen wir also eine „Personunion“, um im Baugewerkschaftsitz zu reden, wie man sie sich immer gar nicht denken kann. Und dabei sagten die Leute immer noch von Neutralität!

Zumerhin müssen wir beobachten, daß auf dieser Seite, was Mührigkeit in der Agitation anbelangt, sehr viel geleistet wird. Ja, in verschiedenen Orten sind unsere Kollegen nicht entfernt so eifrig als die Schwarzen. Bei unseren Mitgliedern hat sich in manchem Orte eine fatte Ruhe eingestellt. Sie sind nicht gern darin geföhrt, und während die Schwarzen unterwegs sind, um Woietracht zu fäen, hoden die unsrigen hinter dem Ofen. Allerdings gibt der Zentrumsverband für Agitation auch bedeutende Summen aus. Man muß sich oft wundern, woher die Leute das Geld nehmen, wenn man sieht, daß nach Orten, wo sie kaum ein Duzend Mitglieder haben, drei bis vier Referenten geschickt werden. In W i e t e n s e n fand vor kurzer Zeit eine Versammlung statt, in der Zumbrodt-Gelentzindern, Meißter-Düsseldorf, Ehler-Grefeld und noch einige Grefelder Agitatoren anwesend waren; dabei waren neben einem halben Duzend unserer Mitglieder noch zehn christliche Bauhandwerker und einige Duzend christlicher Textilarbeiter, Holzarbeiter usw. anwesend. Auch große Flugblätter mit den obligaten Beschimpfungen der freien Verbände waren in großer Zahl verteilt worden. Der Erfolg fand hier in gar keinem Verhältnis zu den aufgewandten Mühen und Kosten. Jetzt hat man sogar für den Bezirk Grefeld, Biersen und M. Glabbach einen Mann freigestellt, der die Auseinanderordnung als Geschäft betreiben soll. Goffentlich werden unsere Freunde eifriger als bisher an die Arbeit gehen, damit dem arbeitgeberverräterischen Tun der Schwarzen nach Möglichkeit vorgebeugt wird. In Rheinland-Westfalen wird die Entscheidungsschicht zwischen Zentrums und Sozialdemokratie, zwischen Finsternis und Licht, geschlagen werden; sorgen wir, daß bei unserer Bewegung nicht zu kurz kommt. Vorwärts, an die Arbeit!

Die Jahresabrechnung des Gaus sieht so aus:

Einnahme.	
Kassenbestand vom vorigen Jahre	M. 414,85
Beitrag auf Grund des Statuts	2184,99
Zuschuß vom Vorstand	1598,00
Für Streikleitung zweifach	567,51
Beiträge der Zweigvereine	881,80
Summa	M. 5591,74
Ausgabe.	
Gehalt	M. 1940,—
Arbeitsverhältnis	59,69
Däten	1496,20
Baßgeld	987,55
Bureauanteile	162,50
Druckfachen	65,26
Porto	29,65
Statistik	267,94
Agitationsjour Güttnann	168,55
Sonstiges	180,70
Summa	M. 5353,73
Einnahme	M. 5591,74
Ausgabe	5353,73
Kassenstand	M. 238,01

Der Gauvorstand. F. A.: Ernst Ruth.

Gau Dortmund.
In unserer Aufstellung über die Kosten der Aussperrung im Industriegebiet ist uns ein Fehler unterlaufen, der die Aufwendungen des christlichen Verbandes um tausend Mark größer erscheinen läßt, als sie in Wahrheit sind. Dort steht, daß die Christlichen für Fernhaltung des Zuges für Maurer M. 4584,64 und für Bauhilfsarbeiter M. 40,70 aufgewandt hätten; das trifft nicht zu. Die richtigen Zahlen sind: M. 3534,64 und M. 40,70. Die Schlusszahl für die Fernhaltung des Zuges ist also ebenfalls um M. 1000 niedriger, nämlich M. 3575,34. Die anderen Zahlen werden durch diese Wichtigung nicht berührt.
Der Gauvorstand. F. A.: F. Kahl.

Berichte.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man, sooft an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstags Morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß Bestellungen und Adressenveränderungen nur dann für die laufende Nummer berücksichtigt werden können, wenn sie Dienstags Vormittags in unseren Händen sind.

Ueber die Berichterstattung.

Neben dem politischen, sozialen und wirtschaftlichen Teile unseres Blattes ist der Teil, der die Berichterstattung über das Verbandsleben bringt, für den ganzen Verband von nicht zu unterschätzender Wichtigkeit. Der Bericht über den Stand der Organisation an einem bestimmten Orte ist nicht nur für die Mitglieder an eben diesem Orte bestimmt, ebensowenig wie der Bericht über den Stand eines Streiks oder einer Lohnbewegung besonders für die direkt daran beteiligten Mitglieder geschrieben ist. Für die sollten diese gedruckten Berichte eigentlich nicht erst notwendig sein. Diese Berichterstattung soll vielmehr jeden Leser des „Grundstein“ in den Stand setzen, sich ein eigenes selbständiges Urteil über den Stand unserer ganzen Bewegung zu bilden. Die Berichte von den Lohnbewegungen, aus den Organisationen, aus den Versammlungen, sie alle sollen ein getreues Spiegelbild des Ganzen sein. Und sie sind es ja auch; die Jahrgänge des „Grundstein“ sind gewissermaßen eine Enzyklopädie der deutschen Maurerbewegung der letzten zwei Jahrzehnte.

Mit der wachsenden Größe des Verbandes wird es aber dem „Grundstein“ immer schwerer, das zu bleiben. Die Orte, deren Berichte heute im „Grundstein“ erscheinen, haben sich in den letzten Jahren ganz enorm vermehrt, infolgedessen wächst natürlich auch der Raum, den diese Berichte in Anspruch nehmen. Ja er wächst herartig, daß wir uns in diesen Zeiten einmal recht bringen mit unsern Wünschen an die Kollegen wenden müssen. Obgleich der letzte Verbandstag die Vergrößerung unseres Fachorgans von 8 auf 12 Seiten beschlossen hat, waren wir doch wiederholt gezwungen, diese Grenze zu überschreiten, und trotzdem mußten wir oft zu unserem letzten Ausflussmittel greifen: nämlich Berichte zurückzustellen. Wir wissen, daß uns das besonders von den betreffenden Schriftführern als unshühbare Todsünde angerechnet wird, wir wissen es durch die oft mehr als nötig notwendigen Anfragen: „Worum kommt unser Bericht nicht zum Abdruck?“ „Wir gelten wohl nichts?“ usw. Und weil wir das wissen, darum ist die Zurückstellung von Berichten das allerbeste Mittel, um Platz zu schaffen. Aber es gibt noch ein anderes Mittel, nur steht es nicht uns, sondern nur den Zweigvereinsvorständen zu Gebote. Es heißt: **Wach halten!**

Es gibt eine Anzahl Zweigvereine, die glauben, ihre Pflicht nicht erfüllt (oder ihr Recht nicht ausgeübt?) zu haben, wenn nicht von jeder Versammlung ein Bericht im „Grundstein“ steht. Oft versuchen auch die Schriftführer, ein in der Versammlung gehörtes Referat in dem Bericht wiederzugeben. Andere wieder halten es für hoch notwendig, bei auhordnenden Kollegenchaft All-Deutschlands die familiären Namen der ge-

wählten Verwaltungsmittglieder oder auch sämtliche Punkte der Tagesordnung mitzuteilen. Etwas, was ebenfalls sehr häufig wiederkehrt, ist das herzerweichende Klagen, wenn einmal die Versammlungen schlecht besucht gewesen sind. Die Rede des „Grundstein“ kennen die Altgenossen zur Genüge. Das sie nichts helfen, weiß man überall, wenn man eine solche Aufmunterung für nötig hält, so muß sie am Orte geschehen, den lehren Raum in „Grundstein“ aber sollte man für wichtiger, die Allgemeinheit interessierenden Berichte freilassen. Wie oft müssen wir es uns besagen, dies oder jenes Wissenswerte zu bringen, weil der Raum ausgefüllt ist mit Berichten, die ruhig verschwinden könnten, ohne daß der Charakter des Blattes als Niederschlag unserer Bewegung auch nur wesentlich beeinträchtigt würde. Dagegen könnte für die Bereicherung des Wissens der Kollegenschaft viel mehr getan werden. Aus diesen Erwägungen heraus richten wir das dringende Ersuchen an die Zweigvereinsvorstände, mit der Einbringung von Versammlungsberichten Maß zu halten. Wenn nicht ganz besonders wichtige Sachen verhandelt worden sind, die für die Gesamtheit des Verbandes Interesse bieten, dann sehr man ganz davon ab.

Nun noch ein Wort über die Berichterstattung über Lohnbewegungen, Streiks, Ausperrungen usw. In diesem Falle sind die Wünsche der Redaktion anderer Art. Hier sind wir der Meinung, daß zu wenig Bericht erstattet wird. In unserem Streikregister befinden sich Orte bezeichnet, von denen uns oft drei, vier, ja noch mehr Wochen lang keinerlei Nachricht über den Stand der Bewegung zugeht. Wir tappen oft vollständig im Dunkeln, ob die und die Sperrung noch besteht oder nicht. Wird sie dann gestrichen, so ist auch das wieder nicht recht. Wir führen mitunter einen Streikort noch wochenlang im Streikregister, trotzdem wir keinen Bericht, weder von der Streikleitung, noch vom Gewerkschaftsverband erhalten, bis es schließlich dem Zweigvereinsvorstande einfallt, uns zu schreiben, daß der Streik über die Ausperrung längst aufgehoben sei. Derartige Fälle können nicht vorkommen, wenn man es mit der Berichterstattung genauer nimmt, als es bisher geschehen ist.

Es wäre uns am liebsten, wenn die Berichterstattung über die Streiks usw. von dem Gewerkschaftsverband befragt würde. Auch latente Gründe sprechen dafür. Von mehreren Gauen wird es ja auch schon so gehandhabt, aber bei weitem nicht von allen. Die Berichte der Gewerkschaften haben für uns den unschätzbaren Vorzug, daß sie auf jeden Fall zuverlässig sind, während die Berichte der dritten Streikstellungen manchmal — aus leicht erklärlichen Gründen — nach einer gewissen Richtung hin gefälscht sind. Wird diesem Wunsch der Redaktion Rechnung getragen, so bedeutet das keineswegs, daß die dritten Streikstellungen von der Berichterstattung ausgeschlossen sind; über plötzlich eintretende wichtige Ereignisse werden sie immer berichten müssen. Was wir damit bezwecken, ist nur, auf jeden Fall sicher über die Bewegungen informiert zu sein.

Bekanntlich besteht für den „Grundstein“ die Regel, alle Sperrn, über die länger als vier Wochen nicht berichtet worden ist, aus dem Streikregister zu streichen. Wir machen hier nochmals darauf aufmerksam, in Zukunft kann dabei keine Ausnahme mehr gemacht werden. Wenn es die Zweigvereinsvorstände nicht für nötig halten, einige Stellen darüber zu schreiben, so mögen sie es sich auch gefallen lassen, daß die Notiz ohne Sang und Klang wegschleift. Leider ist es auch noch immer nicht überflüssig, auf die Elementarregeln für jeden brauchbaren Bericht hinzuweisen. Trotz aller Ermahnungen im Briefkasten usw. kommen noch immer dieselben alten Fehler vor. Jede Woche kommen Berichte, wo das Papier auf beiden Seiten beschrieben ist. Nicht oft stoßen wir noch auf Orts- oder Personennamen, die bei allem graphologischen Scharfsinn der Redakteure, Sezer, Korrektoren usw. nicht zu entziffern sind. Weherja man das doch endlich! Jeder Arbeiter kann verlangen, daß ihm die Arbeit nicht unangenehm erschwert wird — auch die Proletarier am „Grundstein“!

So, nun haben wir unserm Herzen mal Luft gemacht; nun wollen wir sehen, ob's hilft.

Ungetreuer Gültkaffierer.

Der Maurer Paul Kusch, (geb. 23. 8. 1879) verkaufte in seiner Eigenschaft als „Grundstein“-Korrespondent Verlagsmarken an die Mitglieder des Zweigvereins V r e s l a u. Nachdem er einige Zeit hindurch abgemessen mit dem dortigen Kaffierer, Kollegen Widera, abgerechnet hatte, blieb er eines Tages (Juni 1905) eine Summe von M. 60 Schuldb. Davon bezahlte er nach und nach auch M. 33 ab. Mit der Begleichung der Restsumme nahm er es trotz mehrfacher Aufforderung nicht ernst, so daß schließlich Anzeige erstattet werden mußte. Das Schöffengericht zu Breslau verurteilte ihn am 19. März zu einem Monat Gefängnis.

Gau Berlin. (Konferenz-Bericht.) Am 4. März tagte im großen Saale des Berliner Gewerkschaftshauses die 9. Konferenz für den Gau Berlin. Dieselbe war — obwohl es 48 Zweigvereine auch diesmal nicht für nötig gehalten hatten, ihrer statutarischen Pflicht zu genügen — im Verhältnis zu den vorhergehenden sehr gut besucht; da 144 Zweigvereine durch 174 Delegierte vertreten waren. Außerdem nahmen, wie in früheren Jahren, die im Auftrag des Gewerkschaftsverbandes und des Ausschusses an den Verhandlungen teil. Als Gäste waren erschienen die Kollegen Kupke-Orbitz, Koch-Magdeburg, Mittel-

libel und Schauer-Sietz in sowie die Berliner Gewerkschaften des Zimmerer- und Bauarbeiterverbandes. Den Geschäftsbericht für die seit der letzten Konferenz abgelaufene Periode erstattete Kollege Silberkämmt. Auf die Jahresberichte in „Grundstein“ Nr. 11 Jahrgang 1905 und Nr. 9 d. J. verweisen führt er aus, daß es die im großen und ganzen gute Zusammenarbeit der letzten Jahre möglich gemacht habe, ohne besonders harte Kämpfe in einer großen Anzahl von Orten erfolgreich an die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu gehen. Eine harte Aufregung der Gewerkschaften dadurch zu zeigen, daß der an das Senftenberger Kohlenrevier angrenzende Teil der Provinz Sachsen, umfassend 8 Zweigvereinsbezirke mit 106 Orten, unserer Gau zugeteilt wurde. Die 1122 Kollegen, die dort nebst einer entsprechenden Anzahl von Lehrlingen bei 45 Arbeitgebern beschäftigt sind, bilden eine außerordentlich reichhaltige, der Agitation schwer zugängliches Element, so daß, trotzdem ein Kollege mehrere Wochen hindurch das Gebiet systematisch bearbeitete, ein nennenswerter Erfolg bis jetzt nicht zu verzeichnen ist. Die Bestimmungen des § 4 a Abs. 2 des Statuts konnten leider noch nicht überall durchgeführt werden, da der Sozialparteilismus in einer Reihe der in Betracht kommenden Orte unsere Kollegen noch nicht zur Einsicht kommen läßt, daß der Zusammenbruch einzellicher Interessenbezirke der möglichen Vereinigung der Gesamtsituation zu gute kommt. Zu beharren ist ferner, daß der Eier unserer Kollegen für die weitere Einführung der Konsumkassierung, deren praktische Wirkung im Interesse einer gerechteren Beitragsentrichtung unverkennbar ist, nachzulassen scheint. Bessere geeignete Mittel, die Stabilität der Mitgliedschaften zu fördern, muß uns so sehr angeben werden, als die Zahl der austretenden, ausgetretenen und wegen Schutten gestrichenen Mitglieder prozentual nicht sinken, sondern wachsen ist, und zwar von 7,70 pZt. im Jahre 1903 auf 8,83 pZt. und 9,45 pZt. im Jahre 1904 bzw. 1905. In Berlin, wo die Fluktuation in der Gips- und Zementbranche sehr ins Gewicht fällt, waren es 1905 sogar 12,84 pZt., die uns auf diese Weise wieder verloren gingen. Daß es bei der Lokalfisten 14,90 pZt. waren, ist für uns nur ein sehr tröstlicher Trost. Zur Bewältigung der sich immer mehr häufenden Geschäfte müßte wiederholt eine Ausschikskraft herausgezogen werden, um die Aufgabe der Zweigvereine besonders die schwachen Vereine durch praktische Anleitungen, Flugblätter und Referenten unterst. In besonders zurückgebliebenen Bezirken müßte ein Kollege eine längere Zeit mühevoller Agitation betreiben. Vor allem aber werden die Vereinsbezirke mit eis. respektive zehnjähriger Arbeitszeit vorwärts gedrängt und die mit unter 35 A Stundenlohn veranlaßt, Forderungen auf Lohnverbesserung zu stellen. Ueberhaupt ist der Kleinarbeit ein besonders ungünstig zugewandt worden; dies wird sich in Zukunft noch mehr nötig machen, umso mehr, als viele Vereine der Ansicht zu sein scheinen, die Pensionsagitation gehöre nicht mehr zu unseren Werbemitteln. — Die Mitgliederzahl erhöhte sich von 24.657 auf 33.473, was eine Zunahme von 36,5 pZt. bedeutet. Für den Zweigverein Berlin allein, der durch eine besonders gute Konjunktur begünstigt wurde, sind die entsprechenden Zahlen: 10.872, 18.751 bzw. 18.799 = 66,7 pZt. Eine Gegenüberstellung der Entwicklung der Lokalorganisation zeigt die härtere Werbetauf unserer Agitation; indem daraus ersichtlich, daß der prozentuale Anteil jener, an der Mitgliederliste beider Organisationen von 11,10 pZt. im Jahre 1903, auf 9,05 bzw. 8,14 pZt. im Jahre 1904 bzw. 1905 gesunken ist, in Berlin von 18 pZt. auf 13,70 bzw. 10,66 pZt. Die Quantität unserer Arbeit kommt jedoch in der Tatsache zum Ausdruck, daß in 155 Orten Lohnforderungen gestellt werden konnten, und daß es möglich war, für 7044 Kollegen eine Verfüzung der Arbeitszeit und für 44.869 eine Erhöhung des Stundenlohnes durchzuführen. Im ersten Jahre für 13.864 Kollegen $\frac{1}{2}$, im zweiten Jahre für 31.005 Kollegen $\frac{1}{10}$ A pro Stunde. Die Förderung des Bauarbeiterzweiges sieht nach wie vor auf den positiven Widerstand der Verbände, während man, wo es gilt, der Bewegung Knüttel zwischen die Beine zu werfen, oft mit wahren Feuerzweigen zu Werke geht. Getabelt muß werden, daß die Kollegen an diesen Orten der Pflege der Verfassungstiftung noch immer nicht das nötige Verständnis entgegenbringen. Im übrigen wickelte sich der Verkehr mit den einzelnen Zweigvereinen in zufriedenstellender Weise ab, was wohl vorwiegend der guten Konjunktur zu verdanken ist, die uns der Notwendigkeit entth. in die Lohnbewegung hinein einzugreifen. Auch das Zusammenarbeiten mit den Zimmerern und Bauarbeitern auf Grund des Kartellvertrages war sehr gut.

Dem von Lehmann gegebenen Kassenbericht ist lediglich zu entnehmen, daß, obwohl die weitaus große Mehrzahl der Zweigvereine ihre Beiträge richtig und pünktlich einrichtete, einzelne diese lobenswerten Eigenschaften vollständig vermissen lassen. Wenn eitle auch durch unglückliche Umstände nicht in der Lage sind, ihren Pflichten nachzukommen, so trifft dies beispielsweise bei Storkow in keiner Weise zu, wo man es bisher verstanden hat, auf die wiederholten Mahnungen zu reagieren. Im Zweigvereinsgebiet Groß-Berlin wo einige Poststellen noch eigene Lokalfisten führen und ihre Gewerkschaften selbst abzuführen haben, ist es die Zahllose Agitor, die sich mit seltener Halskarrigkeit weigert, ihrer Pflicht zu genügen. Nach kurzer Debatte wurde der Antrag Löwen-Brandenburg angenommen, der den Gewerkschaften beauftragt, in Zukunft nicht mehr mit den einzelnen Poststellen, sondern nur noch mit den Zweigvereinen abzurechnen. Die Maßnahmen sollen unter allen Umständen eingeleitet werden. Nach dem Bericht der Referenten wurde dem Gesamtvorstande die Decharge erteilt und dem Kassierer ein Manifest von M. 50 zugewiesen. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: Lohnbewegung, Streiks und Tarifverträge, referierte Silberkämmt. Lehner betonte, daß es nicht wundernehmen könne, wenn diese Materie uns auch in den nächsten beiden Jahren hervorragend beschäftigen werde. Mache doch die Lebensmittelpolitik der herrschenden Klassen eine Steigerung des Preises der Arbeitskraft unabwiesbar notwendig, wenn man verhindern wolle, daß der Kulturstand des deutschen Proletariats rückwärts gerührt werde. Im Gegensatz zu den letzten beiden Jahren dürfte jedoch in diesem Jahre die Bewegung sich unter hartnäckigen Kämpfen abspielen. Denn während voriges Jahr um diese Zeit bereits eine große Reihe von Orten ihre Forderungen auf dem Verhandlungswege durchgeführt gehabt hatte, so seien es zur Zeit erst fünf Orte bzw. Zweigvereine, die Verträge abgeschlossen haben, während bisher von 75 Vereinen Forderungen gestellt wurden. Seien auch die bei den Verhandlungen sich bemerkbar machenden Schwierigkeiten zum Teil auf den gelinden Winter zurückzuführen, so trete doch an einigen Orten das Verlangen des Unternehmertums, wieder einmal ein

Längchen mit uns zu wagen, unverkennbar hervor. Eine systematische Tätigkeit nach dieser Richtung entfalte der Arbeiterverband für den südlichen Teil des Regierungsbezirks Frankfurt a. d. O. Man dürfe daher gespannt sein, wie sich die Dinge nach den Verhandlungen der Generalversammlung des Arbeiterbundes für das Baugewerbe, die am 14. u. 15. d. M. in München tagen wird, gestalten werden: Die Schachmachereitheorien, die man so gerne praktisch verwirklichen möchte, seien jedoch nicht neu und wir werden ihnen gegebenen Falles zu begnügen wissen. Deshalb sei es aber nötig, die in früheren Kämpfen gemachten Erfahrungen mehr denn je unserer Taktik zu grunde zu legen. Lehner entwickelte namentlich die Grundsätze, nach denen im allgemeinen verfahren werden müsse, ohne eine Schablonisierung für jeden einzelnen Fall festzulegen. Im Vordergrund müsse stehen die Abschaffung der Unfälle, die Forderungen möglichst lange vorher einzureichen, während man dem Gewerkschaftsverband erst Mitteilung mache, wenn die Karte verfahren sei. Bismarck müsse dieser schon bei Formulierung der Forderungen zu Rate gezogen werden, um möglichst einheitliche Entwürfe, die frei sind von allem unnützen Ballast, zu Stande zu bringen. Von der Gepflogenheit, zu den Verhandlungen einen Vertreter des Gewerkschaftsverbandes heranzuziehen, sollte, wenn irgend möglich, nicht abgegangen werden. Besonders Gewicht sei darauf zu legen, daß bei eventuell sich notwendig machenden Streiks die Kollegen vorher genau über die ihnen zuzubehaltenden Rechte, sowie die ihnen obliegenden Pflichten informiert werden. Die größte Vorsicht sollte man bei Abschluß von Tarifverträgen walten lassen und bevor man den Arbeitern nachteilige Bestimmungen hineinbringen lasse, sich lieber entschließen, längere Zeit ohne Vertrag zu arbeiten. Unglücklich dessen, daß den Kollegen allerorts in ihrem Vertrauen, ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern, freie Bahn gelassen werden solle, müsse doch berichtet werden, daß man die je nach den Umständen zweckmäßige Taktik und vor allem die Ratschlägigkeit außer acht läßt.

Die lebhafteste Diskussion über diesen Punkt bewegte sich durchweg im Sinne des Referats. Staats-Polen müßte das Hauptgewicht der organisatorischen Disziplin bei, die soweit geteilt werden müsse, daß es möglich sei, den Kampf in jedem Moment kurz abbrechen, um jeden geeigneten Augenblick von neuem zu beginnen. Die Wortführer des Kollegen Buchholz, Berlin, der Gewerkschaften verfolge das Prinzip, bei Streiks in der Provinz die Kollegen so schnell wie möglich nach Berlin abzuschicken, wo sie nicht selten das Gepr der Arbeitslosen bemerken, werden von Lehmann und dem Referenten, als zu Unrecht erhoben, zurückgewiesen. Lehner betont, daß man sich bei Abschließung der Kollegen aus Streikorten immer von der Lage des Arbeitsmarktes in den übrigen Orten leiten lasse. Daß sich einzelne Kollegen in bestimmten Fällen, trotzdem ihnen anderwärts Arbeit nachgemeldet wurde, dennoch nach dem großen Sammelort Berlin wandten, ist nicht die Schuld des Gewerkschaftsverbandes. Die angelegtesten Grundsätze nochmals kurz referierend, spricht er die Hoffnung aus, daß sie im Interesse des Ganzen strikte eingehalten werden möchten. Des Referats über den dritten Punkt: „Agitation“ erstattete Otto Lehmann, der einleitend sein Bedauern darüber ausdrückte, daß die Beschlüsse der letzten Konferenz zu diesem Punkt noch zum großen Teil ihrer Durchführung baren, weshalb er wesentlich Neues nicht vorbringen könne. Wohl wäre es möglich, in Polen trotz der schwachen Konjunktur die Zahl der Zweigvereine von 13 auf 17 und die der Mitglieder von 1086 auf 1449 zu erhöhen, während gleichzeitig die „Christen“ einen etwa gleich starken Mähdang ihrer Mitgliederzahl zu verzeichnen hätten; an eine wissenschaftliche Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen konnte jedoch noch nicht gegangen werden, insbesondere soweit die Verfüzung der Arbeitszeit von elf auf zehn Stunden in Betracht kommt. Zur Belebung der Agitation, der nicht nur das Unternehmertum, sondern auch Polizei und Pfaffen in seltener Einmütigkeit (Die Einmütigkeit dieser drei ist nun gerade nicht selten. O. Red.) hindern entgegenstellen, soll im Frühjahr wieder eine besondere Bezirkskonferenz nach Polen einberufen werden, um über die zur Führung des Bezirks geeignet erscheinenden Maßnahmen zu beraten. Aber auch im übrigen Teil des Gaues war es bei weitem nicht möglich, das aufgestellte Programm durchzuführen. Wohl ist die Zahl der Bezirke mit einheitlich geregelten Lohn- und Arbeitsbedingungen von 82 auf 113, die der in Betracht kommenden Unternehmer und Gesellen von 1319 bzw. 20.015 auf 1609 bzw. 35.798 gestiegen, während gleichzeitig die Zahl der Bezirke mit ungleichen Bedingungen von 67 mit 643 Unternehmern und 8145 beschäftigten Gesellen auf 46 bzw. 881 bzw. 4233 gesunken ist. Deshalb ungeduldet sind die Errungenschaften gerade in den letzten Bezirken nicht weniger als zufriedenstellend. Die Tatsache jedoch, daß sich die Vorzüge dieser Bezirke niemals über ein sehr bescheidenes Maximum erheben können, ohne die Randgesellen mitzuziehen, drängt uns immer wieder vor die Alternative, entweder mit allem Eifer an die Gewinnung dieser „Mitzugewinnamen“ zu gehen, oder die mühsam erlangten Positionen einer ständigen Gefahr auszusetzen. Daß letzteres möglich sei, beweise beispielsweise der Kreis Crossen a. d. O., wo durch systematische Agitation die alte Arbeiterliste im ganzen Bezirk befüllt wurde und der Lohn bei der 24. Baue unternehmern auf die gleiche Höhe gebracht wurde wie in der Stadt. Die Mehrzahl der Kollegen schreite daher vor der Schwierigkeit der notwendigen Agitation zurück. Es müsse aber, und zwar einheitlich, betrieben werden, indem überall auf die Verfüzung der Arbeitszeit das Hauptgewicht gelegt werde. Nicht nur, daß die 21. Bezirke, in denen noch die 86 Unternehmern für 1365 Gesellen und 393 Lehrlinge ohne Unterschied die 11- oder gar mehrstündige Arbeitszeit besteht, in den Kampf um den zehn Stunden Tag gedrängt werden, auch der weiteren Verfüzung von 10 auf 9 Stunden, vor der sich besonders die Kollegen in der Umgebung Berlins zu brüden suchen, müsse man ernsthaft näher treten und in den Köpfen der Kollegen prinzipielle Auffassung über den kulturellen Wert der Arbeitszeitverfüzung schaffen. Hand in Hand damit müsse das Vertrauen gehen, den Aufzug der halbständigen Mittagspause während der Wintermonate zu befestigen. In diesem Punkte steht, wie eine statistische Erhebung ausweist, die Provinz Brandenburg mit der Metropole Berlin gegenüber anderen Landesteilen unendlich weit zurück. Während zum Beispiel in der Provinz Schleswig-Soltau inf. Hamburg und Lübeck mit 90 Lohnbezirken im Winter fünf drei Bezirke die arbeitsfähigen Stunden, für 84 die einständigen und nur für drei die halbständigen Mittagspause besetzt, haben von den 182 Bezirken der Markt Brandenburg um die gleiche Jahreszeit nur 92 eine

Stunde Mittag; während sich in 90 Bezirken, inkl. Berlin, die Kollegen, allen hygienischen Fortschritt zum Lohn, noch mit einer halbtagigen Mittagspause begnügen. Selbst die Provinz Polen könne und in dieser Hinsicht als erstrebenswertes Vorbild dienen, denn in 20 dort befragten Bezirken habe es eine Stunde, ein Viertel, und einer Stunde Mittag. Zu verstehen sei nicht, daß das mangelhafte Interesse unserer Kollegen gerade auf diesen Gebieten zum Teil auf die schlechten Wohnverhältnisse zurückzuführen sei, die einen längeren Aufenthalt darin als Strafe erscheinen lassen. Daraus resultierte unmittelbar, daß auch der Frage des Bauarbeiterlohnes überhaupt in Zukunft mehr Beachtung geschenkt werden müsse. Die festere organisatorische Zusammenfassung und prinzipielle Schulung der Kollegen in den einzelnen Zweigvereinen werde also auch in den nächsten zwei Jahren noch den Kernpunkt unserer Agitation bilden müssen, um sie auch für die ihre wirtschaftliche Existenz nur mittelbar bestimmenden, deswegen aber nicht minder wichtigen Fragen empfänglich zu machen. Wenn von 16 Vereinen, denen Lokale zur Verfügung standen, im verflochtenen Jahre sieben nur vier und neun noch weniger Versammlungen abgehalten haben, die dazu auch noch vielfach durch Kleinigkeiten aufgehalten wurden, anstatt mit ernst, das Allgemeininteresse betreffenden Dingen, so mußte das notwendig zur Desorganisation führen. Sache der leitenden Kollegen müsse es deshalb sein, in regelmäßigen Vorstandssitzungen zunächst in den eigenen Kreislagen darüber zu schaffen, wie die Versammlungen interessant und nutzbringend zu gestalten seien. Das wird nur gelingen, wenn man mit Eifer daran geht, die Arbeiterwohnungen enghäufig von der Schuldliteratur zu reinigen, der Arbeiterpresse überall Eingang zu verschaffen und weiteres Bildungsbedürfnis durch Einrichtung guter Bibliotheken zu wecken. Daß jeder einzelne die Pflicht habe, auch auf politischen Gebieten seinen Mann zu stehen, ist selbstverständlich. Aber auch das Dunkel, das noch über die Fragen der Sozialgesetzgebung gehobelt ist, müssen wir zu verzeichnen suchen, damit unsere Kollegen sich vornehmendfalls nicht noch um ihre ohnehin so spärlichen Rechte pressen lassen. Mit der praktischen Durchführung der gemeinsamen Probleme müssen schon in den nächsten Wochen, bei Vereinerung der vom Hauptvorstand herausgegebenen Agitations-Broschüre, auf der ganzen Linie begonnen werden. Redner empfiehlt als Leitfaden die schon auf der letzten Konferenz verteilte Resolution (siehe Nr. 14 d. GrSt.) Jahrg. 1904) mit folgender Ergänzung zu Abs. 3: „In Bezirken mit verschiedenen Lohn- und Arbeitsbedingungen haben die Vereinsvorstände sofort eine fräftige Agitation zu entfalten, damit es in nächster Zeit möglich ist, für alle Maurer bei allen Unternehmern die gleichen Bedingungen durchzuführen. Die Bezirke, die bei gegenständlicher Arbeitszeit einen Stundenlohn von 50 $\frac{1}{2}$ haben, sind verpflichtet, bei weiteren Lohnforderungen auch gleichzeitig Anträge auf Verkürzung der Arbeitszeit zu stellen.“ Er schließt mit dem Appell, nicht zu ruhen und zu rasten; bis das aufgestellte Programm, allen reaktionären Wadenstücken des Gegners zum Trost, praktisch durchgeführt ist. In der Diskussion wies Schulz-Hofen darauf hin, daß die Agitation in seinem Bezirk, mehr noch als durch die Christenmenschen- und andere falsche Arbeiterfreunde, durch die gemeinsame Gemeinwesenpolitik des Staates erkauft werde, die in letzter Zeit eine neue, vom politischen Nationalpatriotismus getragene Organisationsform ins Leben gerufen habe. Bäumler wandte sich zunächst gegen die von seinem Kreismittler eingebrachten Anträge, die außer dem Spandauer, der die agitatorisch fähigen Kollegen zur prinzipiellen Aufklärung der Mitglieder über das Wesen des Arbeitssystems verpflichtet, und deshalb selbstverständlich angenommen werden müßten, teils überflüssig sind, teils der Kompetenz des Verbandes unterliegen. In Bezug auf die Arbeitsschicht, die zu beämpfen alle, nicht nur die Referenten, verpflichtet sind, müsse aber auch ausgedrückt werden, daß leider viele von denen, die bei jeder Gelegenheit über das System wüthen, es nicht ganz richtig meinen. Sobald ihnen Gelegenheit geboten sei, zu puzen, schauten sie sich nicht, selbst dem Afford zu fröhnen. Ja, sie empfinden es nachher recht unangenehm, wenn in ihrer Gegenwart über ihre schlechte Begeleiterschuldung geredet würde. Die Bestimmung der Arbeitsschicht sei nicht eine Frage des Kampfes mit dem Unternehmern, sondern eine Frage der inneren Ueberzeugung unserer Mitglieder. Zweck prinzipieller Aufklärung über den Wert der Arbeitszeitverkürzung werde außer dem Frühjahrsflugblatt im August noch eine Broschüre verbreitet werden. Dies Ziel müsse überall mit Hochdruck erreicht werden, um so mehr, als die Lehrlingszählerei in der Provinz Brandenburg durch zu einem Herde der Maurerproduktion ein großes Hemmel. Bei eintrittendem Niedrigstand müsse das geradezu ersordernde Arbeitslosigkeit zur Folge haben. Im übrigen wäre es aber eine Schande, wenn wir bei dem 25jährigen Bestehen des Verbandes noch Orte hätten, wo länger als 10 Stunden gearbeitet wird. Man dürfe sich auch seiner Kaufung hingeben, daß die mit der gewaltigen Ausbreitung unserer Organisation parallel laufende Ausbreitung und Festigung der Unternehmervorgänger über kurz oder lang einen Kampf herbeiführen müsse, demgegenüber die bisherigen als Rinderpiele erscheinen würden. Deshalb müßten wir nicht nur eine schärfere Ausbreitung der Organisation, sondern weit mehr noch deren innere Festigung ins Auge fassen. Das Klassenbewußtsein müsse jedem einzelnen so fest eingeprägt werden, daß sein Opfermut auch den größten Anforderungen gewachsen sei. Die von Schulz empfohlene Resolution wurde nach seinem kurzen Schlusswort nebst dem Antrag Spandau einstimmig angenommen. Als Hauptvorstand wurde wiederum der Kollege Silberhümbt einstimmig gewählt, nachdem die Konferenz sich damit einverstanden erklärt hatte, daß er entsprechend einer Anregung Bäumlers auch dem Hauptvorstand zur Vermeidung der Unzulänglichkeit erforderlichenfalls zur Verfügung steht. Infolge dieser notwendigen Tätigkeit hatte sich Silberhümbt auch vorher bereit erklärt, von seinem Posten als zweiter Vorstandsber der Generalkommission zurückzutreten. Des weiteren wurden gewählt: Otto Lehmann als Kassierer, Leop. Angel als Schriftführer, Wils. Frisch und Otto Sanke als Beisitzer, als Reduzierten: Anton, Kemm und Adolph. Hierauf erfolgte nach einem kurzen Schlusswort Silberhümbts Schluß der Konferenz.

Mörsberg. Am 11. März fand hier eine allgemeine Maurerversammlung statt, in der Kollege Werfel einen lehrreichen Vortrag hielt über: „Unsere nächsten Aufgaben im Kampf ums Dasein.“ Kollege Werfel legte den Kollegen in verständnisvollen Worten die Lage der Arbeiter,

insbesondere der Bauarbeiter, vor Augen und ermahnte sie, sich zu organisieren, nicht nur gewerkschaftlich, sondern auch politisch, damit wir uns mit beiden Händen gegen Unterdrückung und Ausbeutung wehren können. Daß Kollege Werfel den Anwesenden in die Augen seines Referats zu teil wurde, durch eine hübsche Anzahl Frauen war anwesend, was sehr zu loben ist. Die Versammlung war sehr gut besucht. Einige Kollegen beteiligten sich an der Diskussion im Sinne des Referenten. Nachdem vom Vorstehenden noch zum Beitritt eingeladen war, wurde die impulsive Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf den Zentralverband der Maurer Deutschlands geschlossen.

Mugsbürg. Wenn in dem ununterbrochenen Kreislauf der Kräfte alljährlich wiederkehrend der Frühling mit all seiner Pracht und Herrlichkeit als stolzer Sieger über die Herrschaft des Winters seinen Einzug in die Lande hält, dann regt sich auch in der Menschenbrust ein übermächtiges Gefühl, ein sehndes Verlangen nach Sonnenschein und Lebensfreude, nach Glück und Bollendung, Kraft und Entfaltung; denn im Wesen der Natur personifiziert sich der Mensch, und gleich wie dort, so bildet auch im Menschengeschichte die freie Entfaltung der Kräfte die Grundbedingung jeder geistlichen Entwicklung. Von diesem idealen Gesichtspunkte aus mag insbesondere der Befreiungskampf der Arbeiterklasse aus dem drückenden Joch der Unfreiheit und Ausbeutung beurteilt werden, jener Kampf, welcher als tiefe soziale Empfindung einer freibewegten Arbeiterklasse mit jedem wiederkehrenden Frühling in erhöhtem Maße in Erscheinung tritt. Vor allem das Baumgewerbe entfaltet infolge der um diese Zeit naturgemäß eintretenden günstigen Konjunktur eine rege Tätigkeit, und durchdrungen von dem Gefühl der Einheit und Solidarität schließen sich die Scharen der baugeverbliebenen Arbeiter immer enger um die sieghafte Fahne ihrer Organisation zur Erlangung menschenwürdiger Lohn- und Arbeitsbedingungen. Von dem jung-frischen, kampfbereiten Geiste, der die Arbeitermassen aller Unternehmertätigkeit zum Trabe durchzieht, legte die am Donnerstag, 15. März, Abends, im „Wittelsbacher Hof“ abgehaltene Mitgliederversammlung des hiesigen Zweigvereins wiederholt ein glänzendes Zeugnis ab. Was auf den letzten Platz waren die geräumigen Lokalitäten des „Wittelsbacher Hof“ bezeugt, und viele der noch nachkommenden Kollegen mischten sich mit einem „Stehplatz“ begnügen. Neben einem Referat des Genossen Hanselmann über: „Die Lohnverhältnisse in Augsburg und der Holtzart“, lag der Versammlung eine umfangreiche Tagesordnung über verschiedene Verbandsangelegenheiten zu grunde, unter welcher letzteren besonders das „Baubelegiertensystem“ einen weiten Raum einnahm. In instruktiver Weise behandelte Referent Hanselmann die heutigen Lohnverhältnisse der Arbeiter, sie als nicht ausreichend bezeichnend. Die Bemessung des hiesigen ortsüblichen Tagelohnes in Höhe von 2.30 bezeichnend Referent als Kistfand kommunal-sozialpolitischen Verhältnisses. Seit einigen Jahren mache sich schon eine empfindliche Steigerung der Lebensmittelpreise fühlbar, eine ausgleichende Steigerung der Löhne sei aber bis heute noch nicht eingetreten. Diese systematische Steuerungslosigkeit müsse immer mehr zu einer Unterdrückung des heillosen Volkes führen. Daß der Holtzart eine weitere Vertueuerung der Lebensmittel am Trische der Arbeiter bedeutet, habe sich bereits an den ungemünzten hohen Fleischpreisen bewiesen, und der Schweinebraten sei bereits zur unerschwinglichen Delikatesse geworden. Zur Erhaltung einer Arbeiterfamilie seien Frau und Kinder zum Miterbienen genötigt, und das stolze Wort vom deutschen Familiengeld und Hausfrieden sei am furchtbaren Wohlstand der Zeit längst zu einer hohen Phrase herabgesunken. Durch die Steuerungslosigkeit der herrschenden Regierungen gezwungen, müßten sich die Arbeiter insgesamt aufraffen und durch Schaffung eines entsprechenden Lohntarifes die Wirkungen des Holtzartes abzumildern suchen. Daß eine freiwillige Verbesserung der Löhne nicht erfolge, haben die letzten Jahre eident bewiesen, und deshalb sei es Pflicht der Arbeiterschaft, sich bis auf den letzten Mann zu organisieren, sich aufzuräumen zum Bewußtsein ihrer Menschenwürde und zur Erkenntnis ihrer Menschenrechte, und postend auf dieselben energisch Front zu machen gegen die unerlässlichen Ausbeuterelastigkeiten eines vorherrschenden kapitalistischen Herrtums. Mit einem kräftigen Appell an die Kollegen, zur Erreichung dieses Zieles auch innerhalb des Maurerhandes den letzten Mann den Fleiß der Organisation einzuführen, schloß der Redner sein von reichem Beifall begleitetes Referat. Im weiteren Fortgang der Tagesordnung nahm die Versammlung Stellung zu verschiedenen internen Verbandsangelegenheiten, unter denen insbesondere das Baubelegierten-system einer gründlichen Revision und Neuregelung unterzogen wurde. Zur Erleichterung des Massenwesens wurde für die Wortorte *D u r i n g e n*, *S t e p p a c h* und *S t a d t b e r g e n* eine Hilfszahlstelle errichtet. Beschluß Ausbreitung der gewerkschaftlichen Idee und Stärkung der Organisation findet am 25. März eine allgemeine Flugblattverteilung statt. Auch der treuen Gelferin im gewerkschaftlichen und politischen Kampfe, der Arbeiterpresse, wurde aus der Mitte der Versammlung gedacht, und in diesem Sinne jedem Kollegen die Unterstützung der am hiesigen Orte als einzig tatkräftig und furchtlos für die Arbeiterinteressen eintretenden „Schwäbischen Volkzeitung“ zur ersten und ersten Pflicht gemacht. Nach nunmehr erschöpfter Tagesordnung schloß der Vorstehende die in allen Teilen impoiante, vom besten Geiste für die Verbandsfrage getragene Versammlung, die alles in allem ein Bild frisch pulsierenden Lebens innerhalb der hiesigen Maurerkräfte erkennen ließ.

Werkst. Donnerstag, den 15. März, hielt die Zahlstelle *C h a r l o t t e n b e r g* eine Mitgliederversammlung ab, in der Genosse *A. D. Stern* einen Vortrag über: „Die Religion des Kapitalismus“ hielt. In interessanten und prägnanten Ausführungen verstand es der Redner, das Auditorium mit den Lehren des Vortrages vertraut zu machen. Langanhaltender Beifall wurde ihm dafür zum Lohn. Die Diskussion bewegte sich im Sinne des Referats, gab jedoch dem Referenten Gelegenheit, in seinem Schlusswort einige gewerkschaftliche Fragen erledigt. Der Kollege *B. Lajtha* ist angeschuldigt, in Afford gearbeitet zu haben; da er jetzt aber dem Zweigverein *Gr. Käpfen* angehört, wurde dem

genannten Zweigverein die Regelung der Angelegenheit überwiesen. Den Beschluß der Vorstandssitzung sanktionierte die Versammlung, wonach wir uns verpflichtet haben, 300 Jahresberichte der hiesigen Gewerkschaftskommission unter den Kollegen zu verteilen. Ein Exemplar kostet 10 $\frac{1}{2}$. Den Kollegen wurde empfohlen, sich einen solchen Bericht, der ein Spiegelbild des gesamten Gewerkschaftslebens am Orte ist, anzuschaffen. Hierauf erstattete Kollege *Schwieemann* den Bericht von der Vertreterversammlung vom 13. März. Einwendungen wurden nicht erhoben, jedoch machte sich eine größere Unruhe bemerkbar, als Kollege *Schwieemann* mitteilte, daß von der Zahlstelle Berlin ein Antrag eingegangen sei, wonach die Arbeitszeit der im Zweigvereinsbureau angestellten Kollegen acht Stunden betragen soll; außerdem ist beantragt worden, diesen Kollegen einen acht- bis vierzehntägigen Urlaub zu gewähren. Auch soll der Unfallversicherungsfrage nähergetreten werden. Da diese Frage aber in einer der nächsten Vertreterversammlungen eingehender behandelt werden soll, wurde — trotz verschiedener Einwände — auch von der Diskussion dieser Frage Abstand genommen. Zum Schluß nahm man Stellung zu den Vorgängen, die sich auf dem Neubau des Schillertheaters abgespielt haben. Man hatte dazu um so mehr Anlaß, als bereits in der letzten Stadtvorordnetenversammlung der Herr Oberbürgermeister Schübter diese Vorgänge glaubte heranziehen zu können, um seine ablehnende Stellung zur Feuerungsanlage für die städtischen Beamten und Arbeiter begründen zu können. Er hat dort die Behauptung aufgestellt, daß es keinen Posten gebe; denn das beweise der Berliner Großindustriellist und der Streik der Maurer am Neubau des Schillertheaters, wo die Maurer aus Uebermut, der seinen Ursprung in dem hohen Lohn von 75 $\frac{1}{2}$ pro Stunde habe, wegen einiger Kolonnen die Arbeit einstellen und nun streikten. Mit erschütternder Entschiedenheit nahm die Versammlung diese Mitteilung entgegen. Das Verhalten des Herrn Oberbürgermeisters wurde als eine große Entstellung von Tatsachen gekennzeichnet. Ob dieses nun bewußt oder unbewußt sich so gestaltet hat, konnte nicht festgestellt werden. Aber anheim wurde es dem Herrn gegeben — nur schade, daß er nicht antwortend war — sich in Zukunft besser zu informieren und nicht Behauptungen in die Welt zu schleudern, die sonst als Verleumdung einer ganzen Kategorie von Arbeitern aufgefaßt werden können. Sollte Herr Schübter aus keine Weisheit von Herrn Maurermeister Baetge aus Spandau, dem die Maurerarbeiten übertragen sind, erhalten haben, so ist es ganz erklärlich, wenn er zu einem solchen Urteil gekommen ist, trotzdem der Zeitbedarf ganz anders ist. Über Herr Oberbürgermeister: „Eines Mannes Weisheit ist keine Rede, man soll sie hören alle Neude.“ Dem Herrn Baetge sind die Maurerarbeiten, laut Aussage einiger Kollegen, von einer Münchener Firma übertragen worden; er hat sie also nicht von der Stadt übertragen bekommen, sondern von einem Zwischenunternehmer. Der aus den Knochen der Arbeiter herauszuschindende Verdienst ist also zu teilen. Die städtische Bauverwaltung verlangt gute und solide Arbeit, die auch von den Maurern, die in ihrer großen Mehrzahl dort bis 15 Wochen beschäftigt sind, geliefert wurde. Dies ging aber dem Herrn Baetge gegen den Strich. Er jammerte, daß nicht genügend geliefert werde, und daß er jede Woche Geld ausgeben müsse. Die Regel, daß sich „gut“ und „viel“ nicht vereinbart, scheint dieser Herr verheßen zu haben; er soll es denn auch mit der Qualität der Arbeit nicht so sehr genau genommen haben, wenn mal der Herr Baetge nicht zugegen war. Er soll dann mehr auf das Quantum, d. h. auf seinen Profit geachtet haben. Die Maurer konnten aber Herrn Baetge in dieser Beziehung nicht näher entgegenkommen, weil sie sich, und zwar mit Recht, sagten: Aus dem Steuerfädel der Stadt, werden die Gelder für den Bau entnommen, unsere Vorgesetzten sind dort auch dabei, folglich sind wir ebenfalls Bauherren. Wir haben nun als Bauherren, auch wenn wir selbst, wie in diesem Fall, auf dem Bau als Maurer beschäftigt sind, für unser Geld gute und solide Arbeit zu verlangen, also auch herzustellen, so wie sie von der Bauverwaltung verlangt wird. Herr Baetge glaubte nun, sein Ziel erreichen zu können, indem er vor längerer Zeit einige Maßregelungen vornahm. Infolge Eingreifens der Verbandsleitung wurden die Maßregelungen wieder rückgängig gemacht, und Herr Baetge erklärte sich im Laufe der Verhandlungen bereit, in Zukunft alle Beschwerden seinerseits den Maurern erst zu unterbreiten und nicht gleich das schärfste Mittel, die Entlassung, in Anwendung zu bringen. Ob Herr B. nun so verfahren hat, ergibt sich aus folgendem: Über nicht nur das Arbeitsquantum gab Anlaß zu Differenzen, sondern auch der Mangel an Aufstieg, der sich um so mehr fühlbar machte, je weiter der Bau fortschritt. Es sind dort bereits fünf Unfälle vorgekommen, die alle auf die Mängel des Gerüstbaues, der Abdeckungen und der Schuttdächer zurückzuführen sind. Die Maurer sind wiederholt wegen Abstellung der Mängel vorstellig geworden. Sie müßten wiederholt den Polier resp. Unternehmer darauf aufmerksam machen, daß hier und dort noch Bedeutesendes an der Rüstung fehle, nicht abgedeckt und kein Schuttdach vorhanden sei. Und wie stellte sich Herr B. zu dem wiederholten Vorstelligwerden? Er bezeichnend dieses als Schikanierung. Sonnabend, den 10. März, bekamen nun alle 68 Maurer ihre Entlassung mit der Aufforderung, die Ruhe zu räumen und das Gefährlich eventuell in die Zementtische zu stellen, es kämen am Montag Affordmurer; diese trafen denn auch am Montag ein. Herr Oberbürgermeister! Wo ist hier eine Arbeitseinstellung? Wo ist hier ein Streik aus Uebermut? Nein, das Gegenteil ist der Fall: es ist eine Auspersung, wie sie krasser nicht gedacht werden kann. Hat nun auch Herr Baetge das getan, zu was er sich seinerzeit bereit erklärt hat, hat er den Maurern offen und ehrlich seine Beschwerden unterbreitet? Nun ist es selbstverständlich, daß, nachdem die Maurer ausgepersert sind, sie auch den Bau sperren und Streikposten stellen. Herr B. scheint dies sonderbar vorzukommen; denn er fragte telephonisch bei der Verbandsleitung an, warum die Maurer die Arbeiter von der Baustelle fernhalten. Weiter wurde das bekannte schmeidige Vorgehen einiger Polizeibeamten den Streikposten gegenüber „Lobend“ hergehoben. Während man in anderen Fällen — man denke an den Raubmörder Hennig — nicht sehr viel Schweiß hat, gelingt es hier den Beamten mit verbüßender Geschwindigkeit, drei Streikposten hintereinander aufzuführen

und bis zu zwei Stunden auf der Wache zu behalten, trotzdem absolut keine Gründe zum Einweichen vorhanden waren. Anders verfährt man mit den Afformauern, obgleich jeder Preuze vor dem Gesetz gleich sein soll. Man höre: Der Kollege N. ließ sich mit einigen Arbeitern über die bestehende Differenz in einen kurzen Disput ein. Einige Afformauer kamen mit hinzu, auch ein Beamter erschien, und im Weisheit des Beamten sagte ein Afformauer zu dem Kollegen N.: „Du Strolch, mach daß Du wegstommst, sonst reißen wir Dir die Knochen auseinander.“ Der Kollege N., der ebenfalls kurz vor dem Sittiert worden war, verlangte nun auch die Entziehung dieses „Menschen“; der Beamte kam aber diesem Verlangen sonderbarerweise nicht nach. Dieser Fall beweist vieles, zeigt auch, was Geistes Sinder die dort nun beschäftigten Afformauer sind. So schäbig wie ihre Moral ist, so schäbig ist auch ihre Arbeit. Würde von den Afformauern eine gute Arbeit hergestellt, so ist dies bei den Afformauern nicht der Fall. Wer ihre Praktiken kennt, weiß ganz genau, daß sie nur bestrebt sind, eine hohe Zahl Steine zu verarbeiten, ohne hierbei Rücksicht auf die Qualität der Arbeit zu nehmen. Im Höchstfalle legen sie noch etwas Gewicht auf das Aussehen der Arbeit, den sogenannten „Schnitt“. Ob aber die Steine richtig in Mörtele gelegt und die sonstigen Regeln der Kunst beachtet werden, ist Nebensache. Es muß doch dann entsprechend mehr Mörtele weid gemacht werden, das Weichmachen aber erfordert Zeit, und Zeit ist bei einem Afformauer mehr als wo anders Geld. Die Versammlung stellte sich nun auf den Standpunkt, daß in diesem Falle unbedingt von den städtischen Körperlichkeiten eingegriffen werden müsse. Es liege im Interesse des Baues und der bruta auf die Straße geworbenen Maurer, daß die Afformauer von der Baustelle entfernt und die entlassenen Lohnmänner wieder eingestellt werden. Die Versammlung erwartet daher von der Stadtverordnetenversammlung eine Prüfung der Angelegenheit und ihre Regelung in gewünschter Weise. Folgende Resolution, die der Stadtverordnetenversammlung unterbreitet werden soll, gelangte einstimmig zur Annahme: „Die Versammlung nimmt mit Entrüstung davon Kenntnis, daß auf dem Bau des Schillertheaters am Sonnabend, den 10. d. M., sämtliche Lohnmänner, 68 an der Zahl, entlassen und an deren Stelle Afformauer eingestellt sind. Da dem Grundgesetz auszugehen, daß die Praktiken der Afformauer nicht dazu angetan sind, eine solide und gute Arbeit herzustellen, so wie sie von den Lohnmännern seitens der Bauverwaltung verlangt wurde, erucht die Versammlung die Stadtverordnetenversammlung, unerbittlich dafür Sorge zu tragen, daß die Afformauer entfernt und die entlassenen Lohnmänner wieder eingestellt werden.“ Selbstverständlich und erklärlich ist es, daß das Beharren des Herrn Oberbürgermeisters und das des Herrn Baetge, sowie das Vorgehen der Polizei einer entsprechenden Kritik unterzogen worden ist.

Bunzlau. Am 17. März hielt der hiesige Zweigverein seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Genosse Schlüter hielt einen Vortrag über Gewerkschaften und Genossenschaften. Redner forderte am Schluß seiner mit Beifall aufgenommenen Ausführungen die Kollegen auf, Mitglieder des hiesigen Konsumvereins zu werden. Hierauf wurden die Delegiertenwahlen zur Konferenz vorgenommen; gewählt wurden die Kollegen Gloge und Winter. Sodann wurde über die Maßfater beraten, deren Ergebnis die Annahme eines Antrages war, der besagte, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern. Der Vorsitzende schloß hierauf die Versammlung mit der Mahnung, rege zu agitieren, damit dieser Beschluß auch fruchtbar durchgeführt werde.

Crefeld. Die Maurer und Bauarbeiter in Biersen fühlen das dringende Bedürfnis, ihre traurige Lage zu bessern. Im vergangenen Herbst schlossen sie sich den Organisationen der Maurer und Bauarbeiter an, um geordnete Zustände im Gewerbe zu schaffen. Wenn Löhne von 38 A bis 45 A gezahlt werden, so erfordert die Forderung nach mehr Lohn nur zu gerechtfertigt. Auch die 11 bis 12 stündige Arbeitszeit soll abgeschafft werden. Am 4. März tagte nun in Biersen eine öffentliche Bauarbeiterversammlung, um den von der Organisation vorgelegten Tarifentwurf zu beraten. Der Redner, Kollege Mühl, schilderte den zahlreich erschienenen Maurern die traurige, unbillbare Lage der baugewerblichen Arbeiter. Zur Begründung unserer Forderung (53 A Mindestlohn, 10 stündige Arbeitszeit, Wegfall der Kündigungs-, wöchentliche Lohnzahlung, sowie bessere Baubedenk-Arbote und andere Verbesserungen) wies Mühl überzeugend nach, daß wir wohl durch die unsumme Wirtschaftspolitik der herrschenden Klassen ein festes Steigen der Lebensmittelpreise konstatieren könnten, die Arbeiterlöhne dagegen seien gar nicht oder sehr wenig gestiegen. Was erreicht wurde, hätten wir der Organisation zu danken. Auch gebe es Tausende von Arbeitslosen, weshalb wir Verklärung der Arbeitszeit forderten. Nach längerer sachlicher Begründung unserer Forderung referierte Kollege Mühl, daß alle Mann sich organisieren müßten, um die Forderung durchzudrücken. Den Ausführungen folgte lebhafter Beifall. In der Diskussion sprach Pfeffer von den „Armonischen“. Dem Mühl wurde es wieder eingepreßt, daß er Parteipolitik getrieben habe. Ziel gekämpft habe es ihn, Pfeffer, wohl, daß unsere Kollegen die Christlichen unbedacht ließen. Hier sei eingeschaltet, daß es Vorstandsmittglieder der Christlichen fertig brachten, total betranken in unsere Mitgliederversammlung zu kommen, um Lärm zu machen. Pfeffer meinte noch, man müsse auch den Gehaltsengang der Unternehmer berücksichtigen. Es müßten zivile Preise gefordert werden. Redner verlangte dann Anerkennung seiner Organisation. Der christliche Maurer (N) gab, ein Führer der Afformosten und Mitbestelliger am Stenium auf unsere Mitgliederversammlung, behauptete, sie hätten noch keinen Tarif entworfen. Die „freien“ Moten müßten sehen, ihre Forderung durchzudrücken. Auf beauf: Wir ahmen den Röhner Lumpen nach, indem wir weiterarbeiten. Unser Flugblatt wurde von Zagen als signierisch bezeichnet, während sein Kumpan Pfeffer zugab, die betreffende Verbesserung eines christlichen Redners in der Kesselfabrik-Versammlung sei gefallen. Die Tatsache besteht also, daß am Freitag am Gladbach. (Wir haben den Harnes schon in Nr. 9 des „Grundstein“ kennen gelernt.) Er protestierte gegen den ihm von unserem Kollegen Vogl zugelegten Titel Arbeitswilligen, konnte aber seinen Verrat nicht wegleugnen. Ein „Pflui“ nach dem anderen aus der Versammlung beehrte ihn, lieber ruhig zu sein. Dies geschah auch bald, und unsere Kollegen konnten die Äußerungen der christlichen Redner zurückweisen. Der Kollege Vogl erinnerte den Zagen daran, daß die deutschen

„Vollblätter“ in Biersen schon vor vier Wochen eine Lohnforderung des christlichen Bauhandwerkerverbandes publiziert hätten. Ergo habe Zagen gelogen. Dem Klingel wurde gefagt, er wäre wert, von seinen eigenen Kollegen angepöndelt zu werden, da er in Gladbach die Beweise seiner „Agilität“ erbracht habe. Allerdings müßte Klingel beim Kabi anfragen, ob überhaupt auf seiner Ehre noch etwas zu reparieren sei und den Versuch machen. Kollege Pfeffer mußte auf seine „Unentwegtheit“ hören, doch er sich während der Aussprechung immer ziemlich weit vom Bau, wo Streikbrecher waren, gehalten, den Streikbrechern geflissen und gewinkt habe, doch einmal nach ihm zu kommen. Drum sei es unbillig, meinte Vogl, heute, wo wir zur ersten Beratung verammelt wären, durch radikale Lüge von Beiseitschieben ihrer Gewerkschaft den Unternehmern den Rücken zu stärken. Unser Tarif sei noch nicht eingereicht. Wollten sie (die Christlichen) ihn mitberaten, hätten wir nichts dagegen. Pfeffer verurteilte eine Mißberatung, doch ohne Erfolg. Der Genosse Sempel wandte sich stark gegen die Zerstückelungsakt der Christlichen, A. B. in Biersen. In seinem Schlusswort reagierte Mühl auf Pfeffers Anwort. Man könne keine Lohnforderung begründen, wenn die wirtschaftlichen Zustände nicht berücksichtigt wären. Er habe keine Partei genannt oder empfohlen. Sodann besprach Redner noch den sachlichen Fall, wo die Christlichen beschloßen hätten, mit uns nicht zusammenzugehen. Er empfahl nochmals allen Anwesenden, sich den freien Gewerkschaften anzuschließen. Nachdem noch der Vorsitzende Vogt einige zündende Worte zum Zusammenhalten und zur Einheit an die Kollegen gerichtet hatte, schloß er die Versammlung. Die Wirkung der Versammlung läßt sich dahin zusammenfassen: Unser Kaffaker hatte Arbeit, um eine Anzahl Kollegen aufzunehmen, während die Christlichen wegen Nichtbewilligung von Eintrittsgeldern freitren, d. h. gezwungen. Guten Willen zeigen unsere Biersener Kollegen. Mögen sie so weiter agitieren, dann werden wir auch in Biersen den Unternehmern zusetzen können: Wis hierher und nicht weiter.

Darmstadt. Von der Zahlstelle Ober-Darmstadt wird uns geschrieben: In diesem Jahre soll wieder, wie im vorigen Jahre auch, ein Lokalauflauf von 6 A, zusammen 10 A, im Zweigverein Darmstadt eingeführt werden. Begründet wird diese Maßnahme von dem Kollegen Delp damit, daß wir für das Jahr 1906, in dem unser Vertrag abläuft, rüsten müßten, um in der Lage zu sein, eine bessere Streikunterstützung zahlen zu können, wenn es zu einem Kampfe kommen sollte. Wie wir erfahren haben, sind verschiedene Zahlstellen Gegner dieses Lokalauflages, wie wir auch. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Vertragspflicht statutarisch zu regeln ist. Genügen die jetzigen Beiträge nicht, so muß das Statut geändert werden. Unsere Kollegen zahlen gern einen erhöhten Beitrag, wenn eine dementsprechende Streikunterstützung gesichert wird. Unsere Kollegen im Zweigverein Darmstadt, die wie statutarisch festgelegt ist, seit acht Wochen arbeitslos und in bitterer Not sind, trotzdem aber seit dem 1. März gehalten sind, Marken für Arbeitslose zu leben, wünschen, daß auf der nächsten Generalversammlung Stellung zu der Angelegenheit genommen oder eine Abstimmung darüber herbeigeführt wird.

Dortmund. Am 21. März tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung machte der Vorsitzende bekannt, daß die Bauarbeiter über Müller & Kuhlmann mit vollem Erfolg besendet worden sei. Im Punkt „Maifester“ schilderte Kollege Willaß dann die Bedeutung des 1. Mai. Er wies darauf hin, daß es der Feiertag des Proletariats sei. Er legte weiter den Kollegen ans Herz, soviel wie möglich zu feiern und den Ausflüg mitzumachen. Es wurde beschlossen, daß die Kollegen zwei Waimarken und die Feiernende eine Marke zu 60 A zu leben haben. Im Punkt „Gewerkschaftliches“ machte der Vorsitzende bekannt, daß am 24. März ein Regitationsabend stattfindet. Es sei Pflicht aller Kollegen, zu erscheinen. Es wurde sodann noch zwei Kollegen eine Unterweisung von A. 30 bewilligt. Abdam erfolgte Schluß der Versammlung.

Esgein. Am 18. März fand eine Mitgliederversammlung statt. Da der Vorsitzende nicht anwesend war, so wurde die Versammlung von den Mitgliedern abgehalten. Trotzdem ein Votum zum Vorsitzenden geschickt wurde, hielt er es nicht für nötig, zu erscheinen. Er gab auch keine Gründe an, weshalb er verhindert war. Anwesend waren acht Mitglieder, ein Kollege wurde neu aufgenommen.

Hamburg. (Situationsbericht für das Winterhalbjahr.) Die Bauläufigkeit war in der Vorzeit mit Ausnahme des Monats Februar ebenso gut wie im Sommer. Die milde Witterung gahatete es, daß unsere Kollegen vollumfänglich beschäftigt werden konnten, um aber im angehenden Frühjahr dafür büßen zu müssen, indem fast alle Winterbauten fertiggestellt wurden und der Beginn der Frühjahrsbauten durch den allfälligen Stimmangel verzögert wird. Die Tätigkeit der Zweigvereinsleitung blieb dadurch gleich groß wie im Sommer, da sich die Differenzen unserer Kollegen mit den Unternehmern wegen Dichtung der Bauten, Heizung der Baubuden usw. nicht verminderten. Die in der Vorzeit abgehaltenen fünf Versammlungen enthielten außer zweien des Interesses der auswärtigen Kollegen. In einer dieser Versammlungen, die Ende November stattfand, wurde das Zweigvereinsregulativ beraten. Die wichtige Veränderung, die daran vorgenommen wurde, ist, daß die Wahl des geschäftsführenden Ausschusses nicht wie bisher in der Generalversammlung, sondern nach dieser durch Abstimmung in den Zahlstellen, Sektionen und Bezirken vorgenommen wird. Die anderen Veränderungen waren weniger wichtiger Natur. Die zweite wichtige Versammlung tagte am 11. März d. J. und beschäftigte sich mit einem Angebot des Bundes der Maurer- und Zimmermeister von Hamburg. Diese wünschten, mit den organisierten „Bauarbeitern“, d. h. den Maurern und Zimmerern, einen Tarifvertrag abzuschließen. Unseres war man geneigt, einen Vertragsabschluss zuzustimmen, wenn er annehmbarere Bedingungen bieten würde. Nach langwierigen Verhandlungen der beteiligten Verbände mit der Beratung und Beschlußfassung vorgelagt werden konnten. Das Angebot der Unternehmern lautete auf eine dreijährige Vertragsdauer und vom 1. Juli 1906 an eine Erhöhung des Stundenlohnes von 75 auf 80 A. In dieser Versammlung wurde nach einem eingehenden Referate des Vorsitzenden, Kollegen Hartwig, folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die am 11. März 1906 im Lokale des Herrn Springborn tagende, von 2900 Personen besuchte Versammlung des Zentralverbandes der Maurer, Zweigverein Hamburg, nimmt Kenntnis von den Verhandlungen, die von dem Vorstand des Bundes der Maurer- und Zimmermeister Hamburgs veranlaßt sind. Ein Angebot, den Stundenlohn ab 1. Juli d. J. um 6 A zu erhöhen, die überragende Arbeitszeit bezuschulden und dann auf eine Reihe von Jahren einen Tarifvertrag abzuschließen, scheint der Versammlung unannehmbar aus folgenden Gründen: 1. Ein Tarifvertrag in diesem Sinne würde schwer mit dem prinzipiellen Standpunkt der Organisation in Einklang zu bringen sein; 2. ist auch die augenblicklich herrschende und voraussichtlich noch für mehrere Jahre anhaltende außerordentlich gute Konjunktur nicht danach angetan, Tarifverträge mit solchen geringen Vorteilen für längere Jahre abzuschließen; 3. würde ein Tarifvertrag, bei dem nicht die Bauhülfsarbeiter einbezogen sind, keine Garantie für den dauernden Frieden im Baugewerbe bieten. Sollte es aber den Arbeitgebern unter allen Umständen auf einen Vertrag ankommen, so erklärt die Versammlung, nur dann darauf eingehen zu können, wenn gleichzeitig die Bauarbeiter als Kontrahenten mit aufgenommen werden und in dem Tarifverträge eine Verzückung der Arbeitszeit unter neun Stunden und eine dementsprechende Lohnerhöhung festgelegt wird. Der Termin, von wann ab die Arbeitszeit verkürzt werden soll, kann durch weitere Verhandlungen, die anzubahnen sind, noch vereinbart werden.“

Es ist zu erwarten, daß auf Grund dieser Resolution weitere Verhandlungen mit den Unternehmern vom Bunde gepflogen werden und daß die von der Gesellschaft geforderte Arbeitszeitverkürzung mit diesem auf gutlichem Wege durch Vertrag geregelt wird.

Weiter sei hier am Schluß noch kurz erwähnt, daß wiederum Mitglieder der „Freien Vereinigung“ an dem gesperrten Bau des Unternehmers Niehoff, Mannmannstraße, die Maurerstreiker martiniert und dadurch für 60 unserer dort beschäftigt gemessenen Kollegen den Kampf um eine gerechte Sache erschweren.

— (S a h r e s b e r i c h t für 1905.) In der am 16. März stattgefundenen Generalversammlung gab der Vorsitzende Hartwig eine ausführliche mündliche Erläuterung zu dem gedruckt vorliegenden Jahresbericht. Aus diesem Bericht ist die schon an anderer Stelle besprochene, hier in Tabellen und amtlichen Veröffentlichungen geschilderte rege Bauläufigkeit hervorzuheben, die aller Wahrscheinlichkeit nach auch noch in den nächsten Jahren anhalten wird. Die unter Lohnbewegung geschilderten Vorgänge sind schon in Nr. 44 vom Jahrgang 1905 eingehend erörtert, so daß eine Wiederholung an dieser Stelle nicht nötig ist. Außer der Lohnbewegung fanden 33 Arbeitsstellenöffnungen statt, wovon 18 in Sperren führten.

An diesen Arbeitsstellenöffnungen waren 437 Kollegen befristigt. Von den Sperren verliefen 10 zu unseren Gunsten, während 7 verloren gingen. In drei Fällen waren es unsere Auskollegen, Mitglieder der „Freien Vereinigung der Maurer Hamburgs“, die die Bauten gleich oder nach Verlauf einiger Tage befestigten, während in den anderen Fällen andere Personen gleicher Gesinnung den Streikbruch überließen. Der letzte Fall betrifft einen Tarifbruch einiger Mitglieder der „Freien Vereinigung“ in der Zahlstelle Niehoffen; diese edlen Seelen blieben natürlich auch nach Verhängung der Sperre am Bau. Bemerkenswert ist hierbei noch werden, daß bei der Sperre über den Bau des Unternehmers Niehoff im Bezirk Mothenburgstr. der Maurer Karl Paries, wohnhaft Schumannstraße 67, 2. Et., Vorstandsmittglied der „Freien Vereinigung“, sogar nach Verhängung der Sperre von dem Unternehmer die Fertigstellung der Bauten in Afford übernahm und dann von verschiedenen Bauten Leute aus der Arbeit nahm und so eine größere Streikbrecherkolonne zusammenstellte. Die Streikbrecherlaufbahn der „Freien Vereinigung“ führt zu immer größeren „Ergebnissen“.

Eine recht eigentümliche Erscheinung machte sich im Berichtsjahre bemerkbar, nämlich: daß die meisten Sperren wegen Nichtzahlung des Lohnes resp. Affordgeldes erfolglos blieben. Und ist dieses wohl hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß sich in den letzten Jahren recht viele unansehnliche Elemente dem Bause aufgemischt haben. Den Sperren nach zu urteilen, beschränkt sich der Bausewandel auf Hamburg. Aus Altona und den übrigen Nachbarorten sind solche Klagen nicht laut geworden, jedenfalls waren Sperren, um die Löhne von Bausewählern zu erlangen, dort nicht notwendig. In drei Fällen zahlten die Unternehmer die Kosten, die der Organisation bei Durchführung der Sperren entstanden waren, an uns zurück.

Gaben sich die Differenzen, die aus Arbeitsstellenöffnungen führten, gegen das Vorjahr bedeutend vermehrt, so sind auch naturgemäß die übrigen Differenzen gestiegen. Bar doch noch in weiteren 510 Fällen ein Ausbittlungsbüro des Zweigvereinsgebües tätig, um die aus dem Arbeitsverhältnis entstandenen Streitfälle zu sichten. Leider muß auch diesmal wieder hervorgehoben werden, daß die Affordarbeit einen großen Teil dieser Differenzen verursacht hat; an verschiedenen Bauten hatten die Kollegen die Solidarität vollständig vergessen. In 16 Fällen wurden Sektionen mit den beteiligten Kollegen abgehalten. Nach unserer Meinung ließen sich viele dieser Differenzen vermeiden, wenn sich die Kollegen mehr befehligen würden, bei auftretendem Streit sich die Sachen ruhig und sachlich zu überlegen. Vor allem sollten sie auf dafür Sorge tragen, daß nur solche Kollegen als Bauselegierte gewählt werden, welche die nötigen Fähigkeiten dazu besitzen. Dieses ist leider nicht immer der Fall, oft wird es sogar ganz verkannt, überhaupt einen Delegierten zu bestimmen.

Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des Berichtsjahres 4948 gegen 4107 im Jahre 1904; das ist ein Mehr von 841 Mitgliedern. Hiervon sind 12 Invaliden, 62 Ehrenmitglieder und 204 Ausländer. Von den Ausländern sind 8 Italiener und 16 Böhmer. Die Fluktuation war im Berichtsjahre außerordentlich groß, was seine Ursache darin hatte, daß eine große Anzahl Kollegen aus Streit- und Aussperrungsarten vorübergehend hier gearbeitet haben. Aber auch sonst war der Zu- und Abzug sehr erheblich. Im August hatten wir die größte Mitgliederzahl zu verzeichnen: 5978. Hinzu kommen noch 200 bis 300 Kollegen, die aus der Umgegend hier arbeiteten, sich aber nach 8 A des Statuts nicht annehmen brauchten. Alles in allem arbeiteten im Hochsommer über 6300 Verbandskollegen in Hamburg und Umgegend: Nach unserem Verzeichnis sind 1078 Mitglieder neu eingetreten, 1514 haben sich an- und 1274 abgemeldet. Aus dem Vergleich der Zahlen ist zu ersehen, daß eine ganze Anzahl Kollegen abgereist ist, ohne sich abzumelden. Am Jahresfchluß hatten 82 Pkt. der Mitglieder ihre Beiträge voll bezahlt, was eine kleine Steigerung gegen das Vorjahr bedeutet. Es ist aber zu hoffen, daß dies Resultat noch

besser wird, da für das neue Jahr die vierzehntägige Kasserung voll durchgeführt ist. Die aufgenommenen Statistiken über die Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei und über die Verbreitung der Parteiliteratur unter den Mitgliedern des Zweigvereins ist schon in Nr. 43 vom Jahre 1905 veröffentlicht. Die beiden Sektionen (Blattentwerfer und Zementierer) nebeneinander erfreulicher Aufschwung; es ist sicher zu erwarten, daß diese noch manches gute für ihre Mitglieder erringen werden, wenn diese Entwicklung noch weiter anhält. Außer den regelmäßigen Zahlstellenberathungen und den zahlreichen Bezirkszusammenkünften fanden 21 Zweigvereinsberathungen statt, wovon sich drei mit der Lohnbewegung beschäftigten. Die übrigen Versammlungen beschäftigten sich mehr oder minder mit Differenzen an den Bauten, geschäftlichen Angelegenheiten etc. Das Mandaterteilnehmer entsprach immer noch nicht dem, was notwendig zu erwarten wäre. Wenn auch in der Hochkonjunktur 200 und mehr Delegierte angemeldet waren, so ist das im Vergleich mit der Anzahl der Baustellen immer noch sehr unbefriedigend. Delegationsleistungen fanden neun statt, in denen besprechende Vorträge gehalten und vor allem notwendige geschäftliche Angelegenheiten besprochen wurden. Die Tätigkeit des Vorstandes war, wie schon erwähnt, ziemlich unsuffizient. Außer der Teilnahme an Sitzungen anderer Körperlichkeiten und denen in den Zahlstellen, Sektionen und Bezirken, hielt der Vorstand für sich noch 67 Sitzungen ab. Davon 24 Sitzungen des Zweigvereinsvorstandes und 43 des Geschäftsführenden Ausschusses. Die Bureaukratie hat sich gegen das Vorjahr wiederum ganz erheblich gehiebert, so daß fast für das ganze Jahr, außer den beiden Bräumen, ein Kollege als Hilfsperson notwendig war. Die Korrespondenz ergibt sich aus folgender Aufstellung:

Eingänge:		Ausgänge:	
Briefe	1499	Briefe	1702
Karten	1180	Karten	1504
Druckdraden	821	Druckdraden	7109
Telegramme	6	Telegramme	27
Poste	24	Poste	59
Geldsendungen	32	Geldsendungen	37
Insgesamt	3062	Insgesamt	10438

Mit Zirkularen, Versammlungseinladungen usw. wurden außerdem noch 1744 Exemplare angefertigt und befördert. Die persönlichen Ausgaben der Verwaltung pro Mitglied betragen im Berichtsjahre M. 1,63, im Jahre 1904 M. 1,44 und 1903 M. 1,74.

Auskunft in gewerblichen Streitigkeiten wurde im Bureau in 166 Fällen erteilt. Von diesen liefen sich 80 auf gültigem Wege resp. durch Vermittlung eines Ausschusses erledigen, während es in 86 Fällen zur Klage kam und Rechtschutz gewünscht wurde. Von diesen 86 Klagen, wovon die meisten aus der Affordarbeit entstanden waren, wurden 81 vor dem Gewerbegericht und 5 vor dem ordentlichen Gericht geführt. Von den Gewerbegerichtsklagen sühnten 4 zur Verurteilung bei dem Landgericht; während hierauf von Ungunsten der Kläger 2 ausfallen, sind 2 noch nicht entschieden. Klageschriften wurden im ganzen 62 angefertigt, in 38 Fällen wurde die Vertretung der Klagen von einem Mitgliede des Ausschusses übernommen. Die Klagenliste hat in diesem Jahre eine ganz bedeutende Höhe erreicht, sie betrug M. 24 345,76. Die Klagen hatten folgendes Ergebnis: Zu Gunsten der Kläger durch obliegenden Urteil wurden 37 Klagen mit M. 15 721,26, durch Vergleich 15 mit M. 2651,36 erledigt. Zu Ungunsten der Kläger fielen 9 aus, während von 10 der Ausgang nicht bekannt geworden ist und 4 wegen Unzulänglichkeit zurückgewiesen wurden. Die Summe, die bei diesen Klagen für die Kollegen erreicht wurde, betrug also insgesamt M. 18 372,74.

Von einem ganzen Teil dieser sogenannten Baulöhnen war trotz wiederholter Forderung der obgenannten Lohn resp. das Affordrecht nicht bezugbar. Insgesamt löbten eine Anzahl dieser Herren unseren Kollegen noch M. 4969,13. Ob diese Summe für immer verloren ist, wird die Zeit lehren müssen. Aus dem Kassenericht sind folgende bemerkenswerte Zahlen anzuführen. Die Einnahme und Ausgabe für die Kasse betrug M. 12 496,15. Die größeren Posten in der Ausgabe sind für Sterbeunterstützung M. 8807,15, für Krankenunterstützung M. 7517,55, für Meistunterstützung M. 1688,50, für Rechtskosten M. 760,67. Der Lokalposten waren zu überwiegen M. 28645,72. Die Einnahme der Lokalposten ist im Bestand betrug M. 79233,62, die Ausgabe M. 38586,52. Hierfür für Unterhaltungen M. 7218,98, für Agitation M. 1360,15, für die Verwaltung M. 8083,22, für sachliche Verwaltung M. 4056,33 und für sonstige Ausgaben M. 17868,74. Das Gesamtvermögen des Zweigvereins beziffert sich mit den Kassenerträgen in den Zahlstellen auf M. 85564,75. Die Diskussion zu dem Jahresbericht war nur kurz, nennenswerte Ausstellungen wurden nicht gemacht. Dem Kassierer wurde sodann auf Antrag der Revisoren Decharge erteilt. Hierauf wurde nach einem Bericht der Wahlkommission die von dieser aufgestellte Kandidatenliste zum Geschäftsführenden Ausschuss von der Versammlung genehmigt. Die Wahl selbst fand am 18. März in den Bezirken statt. Als Revisoren wurden die bisherigen einstimmig wiedergewählt. Am Schluß des Berichts mag noch ein Ausdrück finden, nämlich, daß die Mitglieder dem neu zu wählenden Vorstand die gleiche und noch größere Unterstützung angeheißt lassen mögen wie bisher, dann wird die Organisation weiter blühen und gedeihen, uns zum Glück, den Unternehmern zum Trutz!

Die am 18. März stattgefundene Neuwahl des Geschäftsausschusses ergab folgendes Resultat: Abgegebene gültige Stimmen 869, hiervon erhielten Harwig, bisheriger Vorsitzender, 721, Harms, bisheriger Kassierer, 686, Göde, als zweiter Vorsitzender 464 und Koch als Schriftführer 459 Stimmen. Zur Wahl des zweiten Kassierers ist noch eine Stichwahl notwendig.

Gesellschaftlichen. (Zahlstelle Gladbeck.) Hier in Gladbeck geht es recht lustig zu. Einen Tarif haben wir zwar, aber wie sieht es mit seiner Innigkeit aus? Sehr traurig! Besonders geizig sind hierbei die Maurer der Firma Braunsteiner aus, es sind dies sogenannte „Christliche“. Statt die anderthalbstündige Mittagspause einzubehalten, wird Mittags schon um 1 Uhr angefangen, es wird also 1 1/2 Stunden gearbeitet, angeblich, um Regenfeiern herauszubringen. Diese Kollegen müssen jedenfalls kein Salz in ihrem Hausbrot haben, sonst würden sie doch den Tarif einhalten können, denn sie im vergangenen Jahre so zugebeutelt haben, wo sie sich verpflichteten, für seine strenge Innigkeit und Durchführung zu sorgen. Das ist nun die berühmte christliche Gewerkschaftsarbeit! Recht lustig geht es auch beim Neubau der Kolonie der staatl. Jüdische „Vereinte Gladbeck“ zu. Die Arbeit ist

der Firma Wilhelm Alffens in Osterfeld übertragen. Bei der genannten Firma ist ein Kolier Höfcher beschäftigt, der es sich zu seiner Aufgabe gemacht hat, unsere Verbandkollegen auf jede mögliche Art und Weise „christlich“ zu machen. So hatte ein Verbandmitglied vier Kollegen aufgenommen, da verlangte Höfcher von ihm, er solle ihm die Namen nennen, und äußerte: „Wenn es Ausländer sind, so gehe ich zum Kommissar und zeige sie an, dann werden sie aus Deutschland ausgewiesen.“ Dieser ehrenwerte Christenpolier sollte doch Besseres tun, als sich um Sachen kümmern, die ihn durchaus nichts angehen. Möge er doch seine Pflicht tun und dafür sorgen, daß die Wollentagen abgedeckt werden, daß die Baubude größer wird, damit nicht die Arbeiter ihre Freistünd usw. im Stehen verzeihen müssen, daß der Abort in einen befriedigenden Zustand kommt, und daß die Zahlung, wie im Tarif vorgeschrieben, des Mittwochss stattfindet, und nicht, wie am Donnerstag, den 15. März, wo sie erst Abends um 9 1/2 Uhr begann, so daß die letzten Arbeiter erst gegen 10 Uhr ihren Lohn erhielten. Ferner, daß die Abschlagszahlung geregelt am folgenden Mittwoch nach der Abnahme stattfindet und nicht erst am darauf folgenden Samstag. Offenlich genügen diese Feilen, um dem Herrn einen Fingerzeig zu geben, was seine Angelegenheiten sind, andernfalls gehen wir uns veranlaßt, noch deutlicher zu sprechen.

Gau Hannover. (Konferenzbericht.) Am 11. März hielt der Gau Hannover in Hannover seine Konferenz ab. BURGARD, D. E. M. O. L. D. G. R. O. S. F. R. E. D. E. N. und Stadtkollegen waren nicht vertreten. Die Tagesordnung lautete: 1. Geschäftsbericht des Vorstandes, 2. Lohnbewegungen und Streiks, 3. Agitation, 4. Anträge der Delegierten und Wahl des Vorstandes. Zum ersten Punkte führte BARNHOF aus, daß auf der vorigen Konferenz in Aussicht gestellt worden sei, die Gauen Braunschweig und Hannover zu verschmelzen; aber daraus sei nichts geworden. Ferner sei beschlossen worden, in den nächsten Jahren eine richtige Agitation zu betreiben. Infolge dieses Beschlusses sind seit der letzten Konferenz in Bünde, Lönneberg, Stadtkollegen und Winnen Zweigvereine neugegründet worden. Aufgelöst haben sich die Zweigvereine in Wodenerode und Rethem a. d. N. Die Mitgliederbewegung gestaltete sich wie folgt: 1905: 1. Quartal 4337, 2. Quartal 4460, 3. Quartal 6871, 4. Quartal 6272. Beitragsmatten wurden im ersten Quartal 22 073, im zweiten 29 591, im dritten 73 816, im vierten 67 609, in Summa 213 089 umgesetzt; macht pro Mitglied 35,70. Außerhalb ist der Vorhänge 1905 in 278 Orten tätig gewesen. Ferner führt weiter aus, daß wir im großen und ganzen mit der Entwicklung zufrieden sein können. Die einzelnen Zweigvereine haben, was anerkannt werden mußte, tüchtig gearbeitet; aber leider sehe es in einigen Zweigvereinen mit der Geschäftsführung und Kassenerführung, infolge des häufigen Wechsels des Vorstandes, nicht zum besten aus. Der Kassierer Dettmeier führte hierauf aus, daß es wohl überflüssig sei, den Kassenericht mündlich zu geben, da er gedruckt vorliegt. Obermeyer-Braunschweig weist auf den „Grundstein“-Bericht über die Verhältnisse in Braunschweig hin und empfiehlt die Verschmelzung Braunschweigs und Hannovers. Hiergegen erfolgt kein Widerspruch. Zum zweiten und dritten Punkte, die zusammengelegt wurden, referierte Bömelburg und sühnte in anschaulicher Weise den Wert der Haus- und Bauleistungen vor Augen. Von großen Werten sei es, daß die Kollegen ihr Wissen bereichern; denn die übergroße Mehrzahl sei in kleinen Orten groß geworden, wo die Schulbildung befamlich mangelhaft ist. Deshalb sei es Hauptaufgabe der Organisation, durch Anschaffen von Bibliotheken und Bezugsstellen von interessanten Verammlungen, den Bildungsgrad der Kollegen zu heben. Wir müssen immer mehr bestrebt sein, die Organisation zu festigen und unsere Kollegen als leistungsfähige Kämpfer zu erziehen, damit wir noch in erhöhtem Maße in der Lage seien, die wirtschaftlichen Verhältnisse unserer Mitglieder zu verbessern, weil die Arbeitgeber es versuchen, uns in immer größere Kämpfe zu verwickeln. Zu diesem Zwecke werde in Kürze eine Broschüre von 32 Seiten unentgeltlich herausgegeben werden. Diese soll vom 25. März bis 1. April betrieblen und damit zugleich eine Hausagitation betrieben werden. Ueber die Notwendigkeit der Lohnbewegung seien sich alle Kollegen klar; aber über die Verwertung der Arbeitszeit müsse mehr Klarheit geschaffen werden und diesbezüglich werde der Hauptvorstand im August eine Broschüre zu einem geringen Preise herausgeben. Hierauf wurde beschlossen, zwecks besserer Agitation Bezirkskonferenzen abzuhalten. Zu den verhandelnden Klagen bezuehe der Affordreisende bemerkt Bömelburg, daß diejenigen, die Afford annehmen in Orten, wo Affordarbeit unterjagt ist, aus dem Verbands ausgeschlossen würden. In den Vorstand wurden hierauf BARNHOF als Vorsitzender, Dettmeier als Kassierer, Dlighoff als Schriftführer, Busse, Kaufmann und Windolph als Beisitzer und zu Revisoren Dreves, Schilling und Bagmann gewählt. Eine längere Debatte entspann sich über den Antrag des Hauptvorstandes, das Gehalt des Vorsitzenden auf monatlich M. 170 mit rückwirkender Kraft vom 1. Mai 1905 festzusetzen. Während die hannoverschen Delegierten dagegen sprachen, waren die auswärtigen dafür. Es wurde der Antrag ohne den letzten Teil angenommen. Nach Erledigung der Anträge, wurde die Konferenz geschlossen.

Sohsenfalska. Die hiesigen Kollegen haben den Unternehmern eine Lohnforderung unterbreitet. Es hat auch schon eine Unterhandlung stattgefunden, eine Einigung ist aber nicht erzielt worden. Die Unternehmer setzten sich aufs hohe Pferd und drohten mit der Sezanzolung von Mauern aus Oberschlesien; diesen würden sie dann 50 % und eine Mark mehr geben als den hiesigen Gesellen. In dem drei Meilen von hier entfernten Orte Kruschwitz ist gegenwärtig eine gute Baukonjunktur und hier haben die Unternehmer bereits fremde Bauern herangeholt. In Kruschwitz sind sämtliche Kollegen christlich organisiert. Obgleich wir nicht schon in der „Wagenerzeit“ vor Zugang hier gewarnt und bekannt gegeben ist, daß hier Differenzen vorliegen, kamen doch zwei christlich organisierte Maurer in Kruschwitz zugereist, nahmen ihre Arbeit an und erklärten, noch mehr Maurer besäßen zu wollen, wenn solche verlangt würden. Das sieht den „Christen“ ganz ähnlich.

Leutenberg in Thüringen. In der am 18. März hier abgehaltenen Versammlung des Zweigvereins wurde über die Lohnfrage beraten. Aus dem Bericht der Wahlkommission ging hervor, daß der Stundenlohn am 1. April d. J. von 30 auf 33 bis 35 % und auf dem Lande auf 26 % erhöht und die zehnstündige Arbeitszeit eingeführt werden soll. Gefordert waren 35 %, in der Stadt, außerhalb der Stadt bis zu einer Stunde Entfernung 37 % und 40 % für weitere Entfernung. Der Vertrag soll auf zwei Jahre bestehen. Nach längerer Diskussion beschloß die Versammlung, den Vertrag anzunehmen. Der Vorsitzende ersuchte die Kollegen, nicht an den Versammlungen teilzunehmen und sich an der in nächster Zeit stattfindenden Hausagitation zu beteiligen.

Alfa. Am 8. März tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung zu der sich 55 Kollegen eingefunden hatten. Zunächst wurde die Lohnfrage beraten. Der bisherige Stundenlohn stand auf 24 %; beschlossen hatten wir, 40 % zu fordern. Diese Forderung war den Meistern auch unterbreitet worden. Durch Unterhandlungen ist es gelungen, einen Vertrag auf ein Jahr mit den Unternehmern zu vereinbaren, worin der Stundenlohn um 2 % erhöht wird, also 26 % beträgt. Junggesellen, die bei ihrem Lehrmeister weiter arbeiten, erhalten einen Stundenlohn von 25 %, und die älteren Kollegen sollen nach Leistung entlohnt werden. Der Kollege Kriebitz aus Schwelgau war im vorigen Jahre sechs Wochen Vertrag schuldig. Als ihn die Kollegen einmal daran erinnerten, gab er ihnen zur Antwort, er sei nicht mehr im Verbands. Als er dann in etwas höherem Zustande nach Hause kam, steckte er sein Mitgliedsbuch ins Feuer und verbrannte es. Auf diese Tat hin erfolgte sein Ausschluss aus dem Verbands.

Martenswerder. Sonntag, den 11. März, hielt der hiesige Zweigverein seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Die Tagesordnung lautete: „Was müssen wir tun, um die gelbe Gefahr bei uns im Keime zu erlöchen?“ In einem kurzen Vortrage leitete des Vorsitzenden wurde darauf hingewiesen, wie es unsere Kampfgesellen in Königsberg ergangen ist. Ferner betonte er, daß auch im Westen die christlichen Brüder zum Teil der Hemmschuh unserer gerechten Sache sind. Deshalb müssen wir hier im Osten mit allen erlaubten Mitteln gegen solche Schmutz- und Herrentrieber kämpfen, um sie im Keime zu ersticken. Der Vorsitzende schloß mit der Mahnung, hier am Orte stets auf unserer Hut zu sein. Sollte uns von irgend einer Seite Gefahr drohen, so müssen wir solange unser Feld bearbeiten, bis es wieder gefahrlos sei. Was jetzt ist hier am Orte nur ein Maurer, der der christlichen Sekte angehört. Er sieht aber kein Mittel, um unter dem Mantel der christlichen Liebe noch mehr Kollegen zu bekommen. Ebenfalls ist er ärgerlich darüber, daß er von uns im vorigen Jahr aus gewissen Gründen ausgeschlossen wurde. Na, vorläufig wünsch ich ihm viel Glück. Im zweiten Punkt: „Vereinsangelegenheiten“, wurde beschlossen, die Sperre über den Bau der höheren Lehrerschule solange zu führen, bis unser Vertrag von Unternehmer Hinz aus Thron anerkannt worden ist. Bis jetzt arbeitet kein Maurer an dem Bau. Jeder Versuch, andere Maurer anzustellen, ist gescheitert. Ueber kurz oder lang wird der spröde Herr doch auch mal weich werden. Die Arbeitslosgenheiten am Orte ist bis jetzt gut zu nennen. Mit einem begüterten Hoch auf das Blühen und Gedeihen des Verbandes, wurde die Versammlung, die nicht fast bejagt war, geschlossen.

München-Gladbach. Unsere Zahlstelle sowie der Zweigverein M. H. e. h. d. ist endlich wieder in der Lage, Mitgliederberathungen abzuhalten, da es jetzt gelungen ist, trotz der Polizei, ein Lokal festzusetzen. Es ist dies der neuerbaute Saal des Wirtes Pa. a. u. in M. H. e. h. d. Friedenstraße. Es dient nun allen Kollegen von M. H. e. h. d. O. b. e. n. f. i. c. h. e. n. und M. u. d. e. n. G. l. a. d. b. a. c. h. zur Nachricht, daß in dem neuen Lokal Sonntag, den 1. April, die erste Mitgliederberathung nachmittags 4 Uhr stattfindet. Es ist dringend erforderlich, namentlich angeht unsere Lohnforderung, daß alle Kollegen pünktlich erscheinen.

Nürnberg-Fürth. Dienstag, den 18. März, tagten im hiesigen Zweigverein drei öffentliche Maurer- und Steinbauerberathungen, die trotz des schlechten Wetters ohnehina besucht waren. Die Meisterte hatten die Kollegen Mertz, Engelhardt und Ziegler aus Nürnberg übernommen. Die Tagesordnung lautete: „Unser Tarifablauf und unsere Stellung hierzu“. Von allen Referenten wurde eingehend der Wert von Tarifverträgen erläutert und die Kollegen aufgefordert, mit allen Kräften dahin zu wirken, daß wieder ein Tarif zu Stande kommt, da unsere Vereinbarungen am 1. Juli d. J. ablaufen. Die Redner wiesen auch darauf hin, wie schädlich die Unternehmer mit Vereinbarungen umgehen. Gerade die Nürnberger Unternehmer hätten dies in letzter Zeit bewiesen. Sie gemieren sich nicht, kontraktbrüchig zu werden und sich an den Pfennigen, die sie den Arbeitern abzugeben, zu bereichern. Die Redner wiesen ferner auch auf die Lausheit unserer Kollegen hin, die sich in den meisten Fällen nicht getrauen, ihr Recht vor den Unternehmern zu verlangen, was darauf zurückzuführen sei, daß viele unserer Kollegen sich der Organisation noch nicht angeschlossen haben. Dies mußte aber sehr bald nachgeholt werden, wenn wir uns mit einem neuen Tarif beschäftigen wollten. Ferner wiesen die Referenten auf die Propagandaveranstaltungen hin und führten aus, daß solche nur geschädigt worden sind, um die Einigkeit der Arbeiter nicht allzu stark werden zu lassen. Die Anwesenden wurden aufgefordert, sich von solchen Sonderbildern den Kopf nicht verdecken zu lassen. Bekannter Beifall wurde dem Vorgehen einzelner Herren einer Kritik unterzogen. Hierauf forderten die Vorsitzenden zu einer regen Agitation auf und schloßen mit einem kräftigen Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung die Versammlungen.

Verichtigung. Ein Bericht in Nr. 12 des „Grundstein“ aus Nürnberg-Fürth gibt eine sehr unrichtige Darstellung über meine Ablehnung der Wahl zum ersten Vorsitzenden. Ich stelle hier fest, daß ich schon vor der Wahl ablehnte, also hätten mich die Kollegen schon im voraus überhaupt nicht wählen sollen. Außerdem war dann meine Begründung ganz anders wie angegeben. Nachdem sich eine Anzahl Kollegen schon im vorigen

Sahr mit meiner Person beschäftigt, wie es nicht sein sollte, wollte ich ihnen eine solche Gelegenheit nicht wieder bieten, deshalb habe ich abgesehen. Die in dem Bericht gegebene Darstellung, den Anforderungen nicht genügen" erachte ich als Diskretion für mich nach außen hin. Ein Urteil hierüber will ich nicht abgeben, das überlasse ich denen, die noch Denkfähigkeit besitzen. **Urban Engelhard.**

Döbeln. Im vorigen Jahre trieben sich hier einige Streikbrecheragenten herum, um für den hiesigen Unternehmer Paul Mohr "Arbeitswillige" anzukwerben. Es gelang ihnen auch, einige Dumme einzufangen, mit denen dann die Meise nach Kiel am 22. April d. J. angetreten werden sollte. Kurz vor Beginn Paul Koenigshaus und August Bodehnen die Kollegen abzuholen, daß sie den hiesigen Kollegen in den Mägen seien. Bei dieser Gelegenheit sollen sich die beiden Kollegen eines Vergessens gegen den § 153 der Gewerbeordnung haben zu schulden kommen lassen, indem sie die Leute bedroht, beleidigt und vor ihnen ausgepöbelt haben sollen. Wegen dieses Vergessens hatten sich die beiden Kollegen am 16. März d. J. vor dem Schöffengericht in D r e s d e n zu verantworten. Es war ein großer Zeugenapparat aufgestellt worden, um den Angeklagten ihre Schuld nachzuweisen. Aber der liebe Müß war wieder einmal unzufällig gewesen. Keiner der Zeugen konnte etwas Belastendes für die Angeklagten aussagen und so mußte denn die P r e s i d e n t der Angeklagten erfolgen. Die Kosten wurden der Staatskasse aufgelegt. — Nun etwas über die hiesigen Verhältnisse im allgemeinen. Die Bewusstlosigkeit scheint hier in diesem Jahre etwas besser zu werden, und da ist es ja ganz selbstverständlich, daß die Verhandlungsmittel alle aufzudecken, um die Organisation zu stärken. Das hat nun die ganze reaktionäre Gesellschaft, Polizei und Geistlichkeit, in einem gewaltigen Schreden versetzt. Es wird daher alles angeordnet, um die "rote Gewerkschaft" zu ersticken. Allen voran ist natürlich die Polizei; aber auch den "Christen" ist kein Mittel zu feil, um uns zu bekämpfen. Die Polizei bringt die überall beliebtesten Mittel der Sozialdemokratie und deshalb dirre uns kein Wort in seinem Lokal dulden. So treibt es hier die Polizei. Und das Unternehmer und Geistlichkeit in unserer Verfassung nicht zurücksetzen, bedarf es keiner längeren Darlegung. Fast jeder Maurer, der hier in Arbeit tritt, wird von den Bauherren und Politiken bedrückt. Es wird ihm gesagt, wenn er nicht Mitglied der katholischen Gewerkschaft werde, erhalte er keinen höheren Lohn. Um schlußendlich treibt es in dieser Hinsicht der Bauherr **Maurermeister Schmidt** und dessen Bolivere, wie der berühmte Streikbrecheragent **Kasporck**, **Schwitz** und andere.

Wresch. Eine gemeinschaftliche Mitgliederversammlung der Maurer und Zimmerer tagte hier am 15. März im Lokale des Herrn M. Götting. Der Gesellen-Ausschuß berichtigte über die Verhandlung mit den Unternehmern. Nach unserer letzten Versammlung, in der beschlossen wurde, wegen der absehbenden Fälligkeit der Unternehmer nun statt 50 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn 60 $\frac{1}{2}$ und 10stündige Arbeitszeit zu fordern, haben die Herren Meister sich bravem, uns ein diskretes Angebot zu machen. Sie bieten vom 16. März d. J. bis 15. März 1907 pro Stunde 50 $\frac{1}{2}$ und vom 16. März auf ein weiteres Jahr pro Stunde 53 $\frac{1}{2}$ als 10stündiger Arbeitszeit. In der Diskussion, an der sich auch die Gauleiter der Zimmerer und Maurer beteiligten, wurden sehr verschiedene Ansichten über das Angebot vertreten. Kollege **Kober-Hamburg** wurde darauf aufmerksam, daß unbedingt auf die Nebenforderungen mehr Bezug genommen werden müsse. Vor allen Dingen sollte man aber an die Bauhilfsarbeiter denken. Diese sollten wieder so sans facon bei Seite geschoben werden. Aus moralischen Gründen sowohl als auch im eigenen Interesse hätten wir darauf zu bringen, daß für die Bauhilfsarbeiter die Lohnfrage geregelt werde. Es erfolgte dann die Abstimmung über Lohn und Arbeitszeit und wurde das Angebot der Unternehmer mit keiner Majorität angenommen. Aber die Landarbeit wurde eine sehr lange Debatte geführt. Zum Schluß einigte sich die Versammlung über einige Abänderungsvorschläge. Hiernach wurde noch über die Lohnfrage der Bauhilfsarbeiter beraten und folgende Resolution angenommen: "Das Angebot der Unternehmer, für dieses Jahr bei zehnstündiger Arbeitszeit 50 $\frac{1}{2}$ Lohn und für 1907 bei neunstündiger Arbeitszeit 53 $\frac{1}{2}$ Lohn zu zahlen, wird von der Versammlung unter folgenden Bedingungen akzeptiert: 1. Die Lohnfrage muß mit den Bauarbeitern geregelt sein. 2. Ueber die Nebenbedingungen muß in der Lohnfrage eine Einigkeit erzielt sein. Solange diese beiden Punkte nicht geregelt sind, wird die Annahme als Provisorium betrachtet." Nachdem noch einige interne Angelegenheiten besprochen waren, erfolgte Schluß der Versammlung.

Honneburg. Eine Bauhandwerker-Versammlung tagte hier am 18. März im Restaurant "Zum Schwan". Die Tagesordnung lautete: "Zweck und Nutzen der Organisation". Zu Klare, verständliche Weise wies der Referent, Kollege **R. Koch-Beipitz** in einem 1 1/2stündigen Vortrage auf die entsetzliche Mißere durch die heutige Gesellschaftsordnung und auf den Nutzen der Organisation gerade in dieser bewegten, unter dem Zeichen des Hungerjahren stehenden Zeit, hin. Ferner applizierte er an die Anwesenden, sich an allen Gebieten der modernen Arbeiterbewegung eifrig zu beteiligen. Eine Resolution in dem Sinne, "bei irgend einem entscheidenden Kampfe, gleich welcher Verfassungsverhältnisse, selbsthalten an dem Fortschritt und strengste Solidarität zu üben", fand einstimmige Annahme. Der Besuch war gut, hätte aber viel besser sein können, auch von unseren Kollegen.

Neichenbach i. Schl. Am 15. März 1906 tagte hier eine öffentliche Maurer-Versammlung, zu der Kollege **Möller** aus Breslau erschienen war. Da die hiesigen Maurer dem Zweigverein Langenbielau angehören und hier eine eigene Zeitung nicht besteht, so erstattete Kollege **Möller** Bericht über die Verhandlungen mit den Unternehmern. Für den Kreis Neichenbach. Die Kollegen waren mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und wünschten, daß auch hier in Neichenbach Lohn- und Arbeitszeit "so" geregelt werden, wie

es in Langenbielau durch Vertrag geschehen ist. Im Laufe der Besprechung wurde noch mitgeteilt, daß verschiedene Kollegen eine Einladung von ihrem Unternehmer erhalten haben zu einer Versammlung über Lohn und Arbeitszeit für Freitag, den 16. März, Abends 8 Uhr im "Deutschen Kaiser". Es wurde nun den betreffenden Kollegen der Auftrag erteilt, unbedingt für den Langenbielauer Vertrag einzutreten und Dienstag, den 20. März, in öffentlicher Versammlung über die Verhandlungen Bericht zu erstatten. Nach Schluß der Versammlung ließen sich einige Kollegen in den Verband aufnehmen.

Freitag, den 16. März, fand nun die schon angekündigte Versammlung statt, zu der sich die hiesigen Maurer- und Zimmermeister einige Maurer und Zimmerer sowie Bolivere, ungefähr 25 bis 27 Mann, eingeladen hatten. Baummeister Förster eröffnete die Versammlung und erklärte, aus welchen Gründen die heutige Versammlung zusammen gekommen sei. Bekanntlich sei, so führte er aus, mit den Langenbielauer Maurern und Zimmerern ein Vertrag abgeschlossen, der die zehnstündige Arbeitszeit und einen Normallohn von 85 $\frac{1}{2}$ vorsehe. Die hiesigen Maurer würden wohl nicht zurückstehen wollen; aber er wolle doch auch die Meinung der Gesellen hören. Hauptächlich in Bezug auf die Arbeitszeit sei geteilte Ansicht vorhanden; die meisten wollten 11 Stunden arbeiten, andere 10 Stunden. Da wäre wohl ein Kompromiß das Beste, das jedem gerecht wäre; es sei daher die 10stündige Arbeitszeit einzuführen. Hiervon wurde die Diskussion eröffnet. Baummeister **Georg Klatt** griff an der Hand einer Tabelle das Lohverhältnis bei der 11, 10 1/2 und 10stündigen Arbeitszeit. Der Lohn sollte bei 11 Stunden 83 $\frac{1}{2}$, bei 10 1/2 Stunden 84 $\frac{1}{2}$ und bei 10 Stunden 85 $\frac{1}{2}$ betragen. Hiervon erhielt Kollege **Hauptfleisch** das Wort, der für die 10stündige Arbeitszeit und 85 $\frac{1}{2}$ Lohn pro Stunde eintrat und einen Vertrag empfahl, der von den beiderseitigen Organisationen abzuschießen sei. Damit waren die Meister nicht einverstanden. Sie brauchten keinen Parteipapier, der die Vereinbarungen überwahe. Diese Versammlung sei nur privatim, die Organisationen hätten nichts dabei zu tun. Da die Mehrzahl der hiesigen Maurer und Zimmerer nicht organisiert sei, könnte auch nicht mit den Organisationen ein Vertrag abgeschlossen werden. Als weiterer Redner erhielt das Wort **Zimmerpolier Koffera**, der für 10 1/2 Stunden und 85 $\frac{1}{2}$ eintrat. Er führte aus, daß bei 10stündiger Arbeitszeit und 85 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn keine großen Vorteile an Lohn zu verzeichnen seien; aber bei den teuren Lebensmittelpreisen wohl ein höherer Verdienst nötig wäre. Wir brauchten uns doch den Langenbielauer Verträgen der Arbeitszeit nicht anzuschließen. Es wurde hierauf zur Abstimmung geschritten. Es stimmten 21 für und 4 gegen die zehnstündige Arbeitszeit und 85 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn. Die weiteren Punkte im Langenbielauer Vertrag kamen ebenfalls zur Besprechung und wurden auch angenommen. Für Nacht-, Sonntag- und Feiertagsarbeiten wurde ein Zuschlag von 10 $\frac{1}{2}$ pro Stunde festgelegt. Ferner wurde auch die Leistungsfähigkeit der hiesigen Maurer kritisiert. Es wurde behauptet, daß in Rücksicht auf den Lohn viel zu wenig Arbeit geleistet werde; die fremden Arbeiter schaffen die mehr. (Die fremden Maurer, die hier waren, bekamen voriges Jahr 80 $\frac{1}{2}$ pro Stunde.) Kollege **Bruchter** trat wieder die Bedingungen entgegen und führte Beispiele dafür an, wie unzulässig diese Bedingungen der Unternehmer sind. Hiervon folgte Schluß der Verhandlung. Nach Verlesung des Protokolls wurde zur Unterschrift aufgefordert und betont, daß die heutigen Verhandlungen gedruckt und in den Tagesblättern und Bauhütten ausgehängt werden sollen. Die Verhandlungen hielten bis zum 1. April 1907.

Aus **Nöthenbach** bei Nürnberg erhalten wir eine Karte folgenden Inhalts:

"Weil Sie in Ihrer Verbandszeitung sogar den feindseligen Kirchenräubern das Wort reden, sehe ich und mehrere Verbandskollegen uns wirklich veranlaßt, Abtue zu nehmen. Hochachtungsvoll."

A. Jankens u. Co.
Auch wenn es sich hier wirklich um Verbandsmitglieder handeln sollte, meinen wir ihnen keine Ehre nach. Wir halten die Zurückdrängung des pfiffigen Einflusses in Frankreich für einen Kulturfortschritt — auf den wir lieber noch lange werden verzichten müssen — und werden das auch bei jeder passenden Gelegenheit freudig betonen.

Neustadt. Sonnabend, den 17. März, tagte die regelmäßige Mitglieder-Versammlung des hiesigen Zweigvereins, die zahlreich besucht war. Sie beschäftigte sich zunächst mit der Lohnfrage. Die Lohnkommission erstattete Bericht über die Verhandlungen mit den Unternehmern. Das Ergebnis war, daß sich von den hiesigen drei Unternehmern zwei bereit erklärten, den vorgelegten Lohnsatz anzuerkennen, wenn der Punkt "Der Weg zur Arbeitsstelle bei Uebelwetter" rechnet zur Arbeitszeit" gestrichen wird. Ferner wünschten beide Unternehmer den Punkt hinzuzufügen, daß sich die Arbeiter verpflichten, Arbeiten in eigener Lage nicht mehr zu übernehmen. Weiches wurde von der Versammlung anerkannt. Weiter wurden drei Mitglieder der Lohnkommission gewählt, die bei dem dritten Unternehmer vorzulegen werden sollen. Beim nächsten Punkt wurde beschlossen, am dritten Osterfeiertag ein Vergnügen zu veranstalten. Nachdem der Vorsitzende noch darauf hingewiesen hatte, daß es jetzt unsere Aufgabe ist, die uns noch fernstehenden 20 Kollegen der Organisation zuzuführen, wurde die Versammlung geschlossen.

Siegen. Die arbeitende Bevölkerung des Siegerlandes steht den großen Arbeiterfragen völlig indifferent gegenüber, dafür zeigt sie aber um so mehr zum Wortsparatismus, wozu sie durch allerlei Anlässe, die vom Klerus veranstaltet werden und durch die vom Klerus befehrichtet oder doch stark beeinflusst Zeitungen systematisch erzogen wird. Eine Folge davon ist, daß die Arbeitszeit übermäßig lang ist, die Löhne aber sehr niedrig sind. Kein Wunder also, daß die Unternehmer hier in recht angenehmen Verhältnissen leben und die bedürftigsten, arbeitslosen Arbeiter in allen Tonarten pressen. Der riesige Aufschwung der Eisenindustrie in den letzten Jahren, die besonders im Siegerlande eine riesige Ausdehnung angenommen hat, ist sehr gewinnbringend für die Unternehmer; riesige Profite fließen ihre Taschen, während die Arbeiter nichts weiter davon haben, als höchstens eine verlängerte Arbeitszeit. Daß diese Verhältnisse auch auf unseren Bezirk und unsere Organisation von bedeutendem Einfluß sind, ist klar, obgleich hier nur sehr wenig Maurer anständig sind. Die meisten Maurer kommen aus Hessen und Nassau, um hier im Sommer ihr Gewerbe auszuüben und im Winter wieder in ihre Heimat zurückzukehren. Demnach bezieht sich die Tätigkeit

der Kollegen auf höchstens zehn Monate aus, während sie zwei bis drei Monate ohne Arbeit in ihrer Heimat zubringen. Man sollte nun glauben, daß die Maurer bestrebt wären, ihren Stundenlohn resp. Jahresverdienst möglichst hoch zu gestalten. Aber die Mißbilligung der Kollegen und ihre Konsumtionslosigkeit, die sich in dem bekannten Satz äußert: "Ich, es nützt ja doch nichts, wenn der eine nicht tut, sind ganz andere da", machten es bisher unmöglich, an eine Erhöhung der Löhne und an die Verkürzung der Arbeitszeit zu denken, weil eben die Kollegen nicht für die Organisation zu haben waren. Die Vorgänge in anderen Städten, besonders die Ausperrung im Industriegebiet, haben nun auf die Anschauungen der Kollegen einen günstigen Einfluß ausgeübt, so daß heute eine größere Empfänglichkeit für die Fragen der Organisation bei ihnen vorhanden ist. Nun sind ja hier wie überall, wo die Tätigkeit des Verbandes erst anfängt, eine Menge Schwierigkeiten zu überwinden; besonders spielt die Lokalfrage eine Rolle. Aber das sind Dinge, die anderswo auch waren und überwunden wurden. Die Situation während der letzten Wochen hat uns gezeigt, daß auch hier vorwärts zu kommen ist, wenn man nur ernstlich will. Haben wir keine Lokale zu größeren Versammlungen zur Verfügung, so muß man eben in engeren Besprechungen Ausflüge in die Meilen der Kollegen tragen. Sind diese dann bestrebt, das Gehörte auf den Baustellen zu verbreiten, die gelesebenen Exemplare des "Grundstein" an indifferenten Kollegen weiterzugeben, dann werden wir auch hier im Siegerlande bald von einer starken Organisation leben dürfen. Wir werden dann auch die erbärmlichen Löhne verbessern, und die wahrhaft schauerhaften Zustände auf den Bauten. (eine regerichte Baubude ist hier eine so große Seltenheit wie ein zufriedener Unternehmer) beseitigen können. Die Rettung des Zweigvereins erheischt nun alle Kollegen des Siegerlandes, Hand ans Werk zu legen und mit ihr dafür zu sorgen, daß wir in den Besitz sämtlicher Adressen der in hiesiger Gegend arbeitenden Kollegen gelangen. Es ist dies notwendig, weil diese Adressen auf den Werken und in Fabriken beschäftigt sind und somit nicht bei der Arbeit aufgefunden werden können. Zu bemerken ist noch, daß der Vorstand in letzter Zeit neu gewählt ist. Alle Anfragen usw. sind an den Kassierer **Job. Kessel**, Poststraße 4, Siegen, Kösterstr. 4, zu richten. Also vorwärts, trotz alledem!

Schleiz. Hier wurde am 11. März eine Mitglieder-Versammlung abgehalten. Aus dem von dem Schriftführer verlesenen Protokoll einer Sitzung der Gewerkschaftskommission ist hauptsächlich hervorzuheben, daß beschlossen worden ist, von jedem Teilnehmer einen Beitrag von 5 $\frac{1}{2}$ pro Abend zur Deckung der Sozialkassen zu erheben. Durch den Kassierer wurden die Kollegen aufgefordert, doch den "Grundstein" recht eifrig zu lesen. Zur Verbreitung der vom Vorstand herausgegebenen Flugblätter und zur Verbreitung von Hauszitation in den umliegenden Ortschaften am 25. März wurden einige Kollegen bestimmt. Fünf Kollegen ließen sich in den Verband aufnehmen. Hiervon hielt **Genosse Langenbielau** einen Vortrag über "Verbandsmittelverwertung und die Notwendigkeit der Organisation." Hiervon wurde beschlossen, den 1. Kassierer als Geschäftsführer einzusetzen, so daß alle An- und Umbewegungen bei diesem auszuführen sind. Die nächste Versammlung, in der Herr **Schmidt** referieren wird, findet Sonnabend, den 7. April, Abends 6 Uhr im Gewerkschaftshaus; Unterwall 23, statt.

Schönebeck-Elbe. Sonntag, den 11. März, hielt der hiesige Zweigverein seine regelmäßige Mitglieder-Versammlung ab. Der Gausvorsitzende, Kollege **Koch**, hielt einen sehr lehrreichen Vortrag über: "Die Macht der Presse". Er wies darauf hin, daß es immer noch Kollegen gebe, die es nicht für nötig halten, ein Arbeiterblatt zu lesen. Er ermahnte die Kollegen, doch nun endlich daran zu denken, ein Arbeiterblatt zu lesen und sich der sozialdemokratischen Partei anzuschließen. Wenn die Kollegen nicht daran dächten, sich der Arbeiterbewegung anzuschließen, würden die Unternehmer Mittel und Wege finden, um uns den Fuß in den Nacken zu legen und uns die Löhne bis auf äußerste herunterzujagen. In "Verständnis" wurde vom Vorsitzenden angeregt, auf jedem Bau einer tüchtigen Baubedienten zu wählen, der etwaige Mißstände dem Vorstände zu unterbreiten habe. Die betreffenden Baubedienten brauchen keine Furcht zu haben, daß sie auf Straßenpflaster geworfen würden; sie sollten daran denken, daß die große Masse der Kollegen hinter ihnen stehe.

Tilfit. Am 18. März fand hier eine Demonstrationssammlung organisierter Maurer statt. Das Gewerkschaftshaus war bis auf den letzten Nagel gefüllt. Die Tagesordnung lautete: "Notwendigkeit und futureller Wert der Arbeiterorganisation". Kollege **Wygler** hielt hierzu das Referat. Er be sprach die langsame aber sichere Entwicklung der Organisation in den letzten fünfzig Jahren, beleuchtete auch das Handwerk im Mittelalter und in der Gegenwart. Den Hauptpunkt des Referats bildete die Schilderung des christlichen Verbandes, der mit Hilfe der Tilfiter Maurerpolizei und eines Herrn **Schöneck**, zur Zeit in Rönigsberg i. Pr. als Sekretär der Streikbrecherorganisation tätig, zu stande gekommen ist und dem alle anwesenden Maurer beitreten sollten. Hierdurch würden die Kollegen so in Aufregung versetzt, daß die Versammlung in fünf Minuten aufgehoben war. Grund hierzu war, daß **Genosse Lubwigkeit**, Vertreter des hiesigen Gewerkschaftsartells, während der Versammlung den Saal nicht betreten durfte. Als der Sturm losbrach, wurde **Genosse Lubwigkeit** sofort aufgefordert, das Wort zu übernehmen. Weil die Aufregung unter den Kollegen zu groß war, mußten die Herren aus und hoben die Versammlung auf. Herr **Schöneck**, ein noch sehr jugendlicher Herr, sah bestürzten Blickes seine Funktionen: "Gründung einer christlichen Maurerorganisation" schwinden und riefte einfach ab. Zu Punkt 2: "Die Affordfrage", wurde beschlossen, weil die Affordarbeit noch nicht aus der Welt zu schaffen ist, möglichst hohe Affordarbeit von den Meistern zu fordern. Hiervon wurde zu einer regeren Agitation für dieses Frühjahr ermächtigt. Ferner wurden noch einige Kollegen in den Verband aufgenommen. Der Vorstand ermahnte noch die Kollegen, in diesem Jahre recht wachsam zu sein. Hiervon wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die Organisation und den Verband geschlossen.

Torgau. Dienstag, den 6. März, tagte hier die regelmäßige Mitglieder-Versammlung, die zu unserem Erstaunen polizeilich überwacht wurde. Weßhalb dies geschah ist, bleibt für uns ein Rätsel. Wie wir erfahren, sollen nicht nur alle öffentlichen Versammlungen, sondern auch alle Mitglieder-Versammlungen mit der Entsendung eines Polizeibeamten besetzt werden. Nach unseren Mitteilungen freude wohl die Unternehmer dahinter, um zu erfahren, wer von den Kollegen sich

eröffnet, zu seinen Kollegen von besseren Löhnen zu sprechen. Nach Drohung verschiedener Pölerer soll und muß der Zweigverein gedrängt werden. (Da, wenn es beim Streik nur nicht in die Luft geht, beim Herunterfallen können wir die Herren sonst wohl tot fallen!) Nun, Kollegen, ein Lohn von 27 bis 33 \$ ist wohl nicht benutzend, das ist wohl jetzt schon mehr Gungelohn. Torgau ist eine Mißwirtschaft, die im dritten Herbstjahre steht; danach müßten wir einen Winterlohn von 45 \$ erhalten. Die Kollegen sollten deshalb ungenügend aus Wert gehen und neue Mitglieder anwerben, damit wir ebenfalls vorwärts kommen. Die Tagesordnung der Versammlung lautete: 1. Berichterstattung von der Gaufonferenz in Altenburg. 2. Wahl der Flugblattverbreiter. 3. Anträge. Nachdem Punkt 1 und 2 erledigt waren, entspann sich über Punkt 3 eine lebhafte Debatte, da Kollege Wendig im Namen anderer Kollegen den Antrag stellte, unsere Beiträge zur Hauptkasse zu erniedrigen. Der Antrag wurde vom Vorsitzenden zurückgewiesen mit der Begründung, daß noch einige Kollegen den Lohn von 35 \$ erhalten. Außerdem müßten wir dahin streben, unseren Lohn wieder dahin zu bringen, daß wir stattdem 35 \$ zahlen müssen. Schließlich wurde der Antrag bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt, um den Kollegen, die den Antrag gestellt haben, in der nächsten Versammlung Gelegenheit zu geben, sich darüber auszusprechen. Nach einer regen Diskussion über verschiedene Angelegenheiten erfolgte der nun schwach besuchten Versammlung. Nun, Kollegen, sorgt dafür, daß wir nicht wieder über schlechten Verlaufsbesuch zu klagen haben. Verlaßt die Führer nicht im Kampfe, dann wird auch der Meißner nicht ausbleiben.

Wassenburg i. Schl. Mittwoch, den 21. März, tagte hier eine gut besuchte Mitgliederversammlung. Die Tagesordnung lautete: 1. Die Sperre über die Spiegelhütte. 2. Die Gaufonferenz und Wahl von zwei Delegierten dazu. 3. Unsere Lohnfrage. Kollege Fürle gab nochmals eine Uebersicht über die Entstehung und den Verlauf der Sperre. Diefelbe wurde über die Spiegelhütte verhängt, weil die Direktion der Spiegelhütte, die die Maurerarbeiten in eigener Regie ausführt, den dort beschäftigten Maurern den Lohn von 35 auf 29 \$ reduzierte und auch nicht gewillt war, den Maurern den höheren Lohn wieder zu zahlen, sondern sie auf den Sommer vertröste. Mitterweile wären aber die nötigen Arbeiten fertig geworden. Deshalb legten die Kollegen Mittwoch, den 21. Februar, die Arbeit nieder. In Betracht kamen 35 Kollegen; davon blieben fünf als „Arbeitswillige“ stehen; am anderen Tage gestellte sich noch der Kollege Paul Schwarzger und im Laufe der Woche noch ein Streikbrecher zu ihnen, so daß also die Zahl der Streikbrecher sieben betrug. Jedoch sind noch sieben Mann aus Bayern dazugekommen. Die Streikbrecher erhalten pro Tag 7 nebst Verpflegung und Logis; da aber diese 14 Mann zusammen die Arbeit in der Spiegelhütte nicht bewältigen können, so hat sich die Direktion genötigt gesehen, die Arbeit dem Maurermeister Jäger zu übertragen, und so darf man wohl hoffen, daß die Sperre in kurzer Zeit zu unseren Gunsten beendet sein wird. Kollege Fürle gab dann noch den Zweck der Gaufonferenz bekannt. Als Delegierte dazu wurden die Kollegen Fürle und Glaubig gewählt. In Bezug auf die Lohnfrage gab Kollege Fürle bekannt, daß die Meister sich bereit erklärt hätten, einen Vertrag mit uns abzuschließen. Mit einem Hohn auf das fernere Mißhen und Gebeihen des Zweigvereins schloß Kollege Fürle die Versammlung.

Witzburg. Das „Fränkische Volksblatt“ sendet uns folgende Berichtigung: „Es ist unklar, daß das „Fränkische Volksblatt“ im Aussehen begriffen ist und an Abonnementstand nicht selbst. Im Gegenteil hat sich in den letzten drei Jahren der Abonnementstand nahezu um das Vierfache erhöht.“ Da hat sich also anscheinend unser Berichtsfahrer in Witzburg geteilt, als er das Gegenteil von dem behauptete, was die Berichtigung sagt. Wir halten diesen Irrtum für sehr entschuldigbar, sintermalen, nach anscheinend im „Volksblatt“ selber nicht genau weiß, wie es eigentlich damit steht. Die Berichtigung behauptet: Der Abonnementstand habe sich in den letzten drei Jahren um das Dreifache erhöht; in der Zeit wieder einmal besonders frummen „Maugerwirtschaft“ aber ist eine Korrespondenz aus Witzburg, der unseres Grundsatzes die Redaktion des „Volksblatt“ nicht sehr fern steht, darin wird behauptet, der Abonnementstand dieses Blattes habe sich in vier Jahren um das Dreifache erhöht. Das ist ein ganz gewaltiger Unterschied. Man scheint in Witzburg bei der vergleichsweise Darstellung der Abonnementziffern ein allzusehr abrimbendes Verfahren eingeschlagen zu haben.

Zentralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einigkeit.)

In der Woche vom 18. bis 24. März sind folgende Beiträge eingegangen: Von der dritten Verwaltung in Pankow M. 300, Alt-Glienick 200, Groß-Bichterfeld 200, Friedrichsberg 200, Alt-Wieslin 200, Groß-Schönebeck 150, Meiersberg 150, Alt-Summa 150, Hombörf 100, Saarnum 100, Grefschack 80. Summa M. 1830.

Zuschüsse erhielten: Scharnbeck M. 300, Bückeburg 200, Neu-Saiglow 150, Schindl 100, Mitteln 100, Gölzig 100, Driesen 100, Müncher (Oberlausitzer) 80, Torgelow 75, Langendreer 75, Heibelberg 50, Wöllfen 50, Eggenstedt 65, Summa M. 1445.

Aktiona, den 28. März 1906.

Karl Reich, Hauptkassierer, Wilschmstr. 57.

Vom Bau.

Anfälle, Arbeiterschutz, Submissionen etc.

Die Zweigvereinsvorstände werden dringend ersucht, über alle in ihrem Bezirk bekannt werdenden Anfälle, mit kurzer Ankündigung der Beteiligten umstände und der beteiligten Firmen, umgehend an den „Grundstein“ zu berichten. Ebenfalls über die aus Anfallen resultierenden Gerichtsverfahren, sowie über den Erfolg von Arbeiterschutzbestimmungen und über Submissionsergebnisse.

Berlin. Ein schweres Bauunglück hat sich Freitag Nachmittag, den 23. März, in Tempelhof ereignet. Der vom Maurermeister Baumgarten in der Mollstraße auf-

geführte Neubau war ziemlich zur Rohbauabnahme fertig. Ein Schornsteinfegermeister war mit zwei Gesellen damit beschäftigt, die Nischen der Schornsteine in Ordnung zu bringen. Als die drei Personen auf dem zum Boden führenden Rohsteg standen, um zur Spitze zu gehen, brach plötzlich dieser Rohsteg durch, durchschlug die übrigen Rohstege bis zum Keller und ließ zwei Leute mit sich in die Tiefe. Auf das Gespöler hin eilten die Maurer des Nachbarbaues hinzu, um die Verunglückten zu befreien und brachten dann dieselben in das in der Nähe befindliche Garnisonlazarett, wo die Ärzte schwere innere und äußere Verletzungen feststellten. Der Name des verletzten Meisters ist unbekannt, der des Gesellen ist nicht bekannt. Der dritte mit auf dem Unglücksrohsteg Befindliche konnte sich noch schnell irgendwo festhalten, bis er von den hilfsbereiten Arbeitern befreit wurde. Wen die Schuld an diesem Unglück trifft, muß erst noch genau festgestellt werden.

Bahrenst. Am 19. März ereignete sich bei den Ausschachtungsarbeiten am unteren Kanalbau ein Unfall, wodurch ein Bauarbeiter so schwer verletzt wurde, daß man an ihrem Auskommen zweifelt.

Chemnitz. Wie Bauunfälle entstehen und Menschenleben dabei zu Grunde gehen, beweist der Baunfall am Neubau des Unternehmens Haus, Bradelstraße. Am Dienstag Nachmittag waren drei Handarbeiter Karl August Mauersberger und zwei Arbeiter an der Kalklöche, die nur 1 bis 1/2 m vom Außengerüst entfernt war, beschäftigt, als plötzlich in der fünften Stunde ein 200 m langer Schußriegel von dem vier Stoch hohen Gerüst herunterfiel und den Mauersberger so unglücklich auf den Kopf traf, daß er bewußtlos zusammenbrach. Auf Anordnung eines herbeigerufenen Arztes wurde der Verletzte mittels Krankenwagens ins Krankenhaus gebracht, wo er infolge der erlittenen Gehirnerschütterung in der Nacht zum Mittwoch starb. Es wird hierzu berichtet, daß das heruntergefallene Pfostenstück vom Wind nach unten aus seiner früheren Lage gerückt war, bis es seinen Fall mehr fand und herunterfiel. Am das zu verhindern wäre es äußerst notwendig gewesen, daß öfter das Gerüst von Unternehmern oder vom Bauaufseher kontrolliert wurde; im weiteren ist es ja auch Aufgabe der städtischen Baukontrollen sowie der Berufsgenossenschaft, daß diese die Gerüste bezüglich der Sicherheit beaufsichtigen, damit Unfälle verhindert werden können. Das scheint aber in Chemnitz wenig der Fall zu sein, sonst müßten die dort künftigen Beamten gesehen haben, daß bei diesem Neubau das Gerüst bis zur Hälfte nur mit Stützen versehen ist. Es ist auch äußerst gefährlich, wenn mehrere Stützbäume, noch dazu am Außengerüst, im vierten Stockwerk aufeinandergeklippt werden, wie dies an dieser Arbeitsstelle zu beobachten ist. Vieles findet man bei Bauten, daß die Kalklöcher vom Neubau nicht genügend entfernt sind, und die daran Arbeitenden der Gefahr ausgesetzt sind, von herunterfallenden Holzstücken oder Mauerschutt, was sehr oft vorkommt, verletzt zu werden. Es muß immer wieder hervorgehoben werden, daß diese Mißstände nur dann beseitigt werden, wenn praktisch gelehrte Bauarbeiter den technisch gebildeten Baukontrollen zur Seite gestellt werden.

Forst i. d. R. Sonnabend, den 17. März, führte der Kollege Winkler aus Kasta bei Triel beim Kappenwäsen in den Keller und zog sich schwere Verletzungen zu. Der Verunglückte mußte nach Cottbus in die Klinik geschafft werden. Ein zweites Unglück ereignete sich Sonnabend, den 24. März, am Neubau Ede der Insel und Heinrichstraße. Hier führte ein Gerüst in der dritten Etage, das man gerade mit Steinen beladen hatte, in sich zusammen und riß vier Maurer und einen Bauarbeiter in die Tiefe. Alle erlitten schwere Verletzungen. Der Einbruch des Gerüsts wurde dadurch herbeigeführt, daß man leichtfertigweise einen Mensbaum, der als Hauptträger des Gerüsts diente auf einen mit nassem Steinen zugewässerten Wogen gelegt hatte, der die Last nicht zu tragen vermochte. Am dem Bau werden meistens nichtgenügend bewachte Arbeiter beschäftigt, doch gehören drei der Verletzten der Organisation an. Der Bau wird von dem Unternehmer Geap ausgeführt.

Submissionslisten. Bei den Submissionen der Eisenbahnabteilung in G. R. L. i. für Erd- und Maurerarbeiten zum neuen Rangierbahnhof bei Görlitz wurden unter anderen folgende Offerten abgegeben: Submission vom 17. März, Ros L. Firma: Rudolf-Vignitz Höchstgebot: M. 657 951. Firma: Schwäberr Witt-Breslau Mindestgebot: M. 246 727,50; Unterbietet: M. 311 228,50. Submission vom 20. März, Ros L. Firma: Niedermeyer & Göhe-Stettin Höchstgebot: M. 355 200. Firma: Wiltz, Bau-Verlin Mindestgebot: M. 235 455; Unterbietet: M. 119 751.

***Voraussetzung vor Gericht.** Bei dem Umbau der alten hölzernen Gynabriden in Posen ereignete sich am 4. August 1904, Nachm. 4 Uhr, ein schweres Unglück, durch das der Bauarbeiter O. Graunig zu Tode kam und die Arbeiter Knoll, Matuzjenski und Stenegeroffi verletzt wurden. Die Sache hatte am 20. März vor der Strafkammer in Posen ihr Nachspiel: Die Bauarbeiten an der Gynabriden waren von der Landesbauhauptschaft der Hoch- und Tiefbau-Vereinsgesellschaft in Danzig, die auch den Gynabriden am Residenzschloße in Posen ausführt, überwiesen worden. Leiter der Baufirma für Posen war damals der Baumeister Eward Baranowski aus Posen, der mit drei Süßbäckereien zu jener Zeit acht Neubauten zu leiten hatte. Am dem Unfalltag war B. in G. in G. wo er den Bau des Kreisstandeshauses beaufsichtigte. Doch wird er beschuldigt, auf Grund seiner Anordnungen als Bauleiter der Gynabriden, durch Fahrlässigkeit den Tod des Gr. und die Körperverletzungen der anderen drei Arbeiter verschuldet zu haben. Er hatte sich deshalb vor der zweiten Strafkammer zu verantworten. Baranowski bestritt jede Schuld, indem er behauptete, daß der Maurermeister Schlawar, der am Unfalltag die Bauarbeiten an der Brücke in seiner Abwesenheit leitete, von ihm nicht ernannt und auch nicht mit der Bauleitung beauftragt worden sei. Der Neubau der Gynabriden wurde Anfang Juni 1904 in Angriff genommen. Später wurde durch den damaligen Maurerpolier Kalinowski auf dem Hallengerüst der alten Gynabriden eine Rohbrücke errichtet, die aber nur für Fußgänger bestimmt war. Kalinowski als Zeuge sagte aus, daß diese Rohbrücke so schwach gebaut war, daß sie unter der Last von zwei beladenen Lokomotiven hätte zu-

ammenbrechen müssen. Als aber Kal. als Bauleiter durch die Angeklagten ersetzt war, geschah unter der neuen Leitung das folgenschwere Unglück. B. hatte nämlich angeordnet, daß auf der schwachen Rohbrücke noch Schienen gelegt werden sollten, damit nach dem Tode auf Synodra zu belegenden Ufer in Nowies Erdboden vom Domauer transportiert und dort aufgeschüttet werden könne. Als nun drei Lokomotiven hintereinander von Arbeitern über die Brücke gefahren wurden, wobei eine Lokomotive auf die andere prallte, brach ein Längsbalken, die Lokomotive um und stürzte, einen Teil der Brücke mitreißend, ins Wasser. Der 34jährige Arbeiter Gramtscha war durch den Sturz so schwer verletzt worden, daß er zehn Minuten nach dem Unfall bereits verstarb; die anderen drei Verunglückten waren teilweise heilungslos. Sie kamen einige Wochen ins Lazarett, haben aber keinen dauernden Schaden davongetragen. Andere, die sich auf der Brücke befanden, unter ihnen Schlawar, retteten sich durch Anklammern an Giebelstütze oder rechtzeitiges Ueberpringen auf das Ufer. Als Sachverständige gaben Regierungsbaumeister Sommermeier und Geh. Baumeister Sirtz ihr Gutachten ab. Danach wurde das Gewicht einer beladenen Lokomotive auf 23 Tonne angegeben, so daß diese Mehrbelastung in Verbindung mit dem Zusammenfallen einer Katastrophe herbeiführen mußte. Ein Mann von der Qualifikation des Schwarz hätte die gefährliche Situation nicht beurteilen können, das wäre die Aufgabe des Angeklagten als Bauleiter gewesen. Der Staatsanwalt hielt den Angeklagten der fahrlässigen Tötung für schuldig und beantragte mit Rücksicht darauf, daß er als Leiter von acht Bauten eine übergroße Verantwortung auf sich geladen habe, eine Gefängnisstrafe von zwei Monaten. Das Gericht maß dem Angeklagten die Schuld an dem Unfall zu, weil er die Brücke zu schwach konstruiert hätte; es verurteilte B. mit Rücksicht darauf, daß er noch nicht verurteilt ist, nur zu einem Monat Gefängnis.

Aus anderen Berufen.

Der Eisenarbeiterverband hielt vom 26. Februar bis 2. März in Stettin seinen neunten Verbandstag ab. Der Verband zählte am Schluß des Jahres 1905 17 716 Mitglieder. Bei der Eigenartigkeit des Berufes, besonders im Hinblick auf die unregelmäßige Beschäftigung, ist der Mitgliederwechsel außerordentlich groß. So wurden in den Jahren 1904 und 1905 17 848 Eintrittskarten verkauft, während der Verband nur einen Mitgliederzuwachs von 1482 aufwies; mithin sind in dieser Periode 18 866 Mitglieder wieder ausgeschieden. Die Mitgliedschaften verteilen sich auf 50 Ortsgruppen. Der Verband hat fünf bezahlte Bezirksleiter ange stellt, die für den ihnen überwiesenen Bezirk die Agitation für den Verband zu leiten haben. In der zweijährigen Berichtsperiode 1904 und 1905 befaßt sich die Einmache der Hauptkassen auf M. 657 199,95. Der Kassenbestand beträgt am Schluß des Jahres 1905 M. 38 092,96. Unter den Ausgaben figurieren für Streiks und Aussperrungen M. 213 928,05, Krankengeld M. 64 133,53, Sterbegeld M. 18 880, Unterstützung für Semagreglette und in Notfällen M. 11 912,65, Rechtsanwaltschaft und Gerichtskosten M. 6627,26. Auf dem Verbandstage machte sich eine starke Stimmung für eine Verschmelzung der übrigen vom Verbandsnaheliegenden Verbände geltend, während von einigen Rednern der Zeitpunkt als verfrüht erachtet wurde. Es kommen hier zunächst der Verband der Seelute, der Verband der Eisenbahner und der Handels- und Transportarbeiterverband in Betracht, deren Vertreter gleichfalls ihre Bereitwilligkeit bekundeten, den Zusammenschluß der Verbände zu fördern. Um eine engere Fühlung unter den beteiligten Organisationen herbeizuführen, wurde ein Kartellvertrag vereinbart, dem außer den genannten Organisationen auch der Verband der Eisenbahner und der Verband der Maschinen- und Feilerbeitzen. Das Verbandsorgan, „Der Eisenarbeiter“, wird nach einem Beschluß des Verbandstages nicht mehr vierzehntägig, sondern achttagig erscheinen. In der Stellungnahme zu den Beschlüssen des Kölner Gewerkschafts-Kongresses fand folgende Resolution gegen viele Stimmen Annahme: „Da das Für und Wider der Beschlüsse des Kölner Gewerkschafts-Kongresses an allen Orten Deutschlands in ausgiebiger Weise erörtert worden ist, bezichtigt der Verbandstag auf eine Diskussion. Grundföchtig werden die Beschlüsse des Kölner Gewerkschafts-Kongresses von den Delegierten anerkannt.“ Die Beitragsleistung wurde dahin geändert, daß an Stelle der 89 Wochenbeiträge fünfzig 44 pro Jahr zu entrichten sind. In das Streikreglement wurden einige Bestimmungen neu aufgenommen. Die Streikunterstützung wird auf M. 12 festgesetzt. Für die ersten drei Tage wird eine Unterstützung nicht gewährt. Uebersteigen die Kosten des Streiks M. 20 000, so hat jedes Mitglied einen Extrabeitrag von 50 \$ zu leisten; dieser Extrabeitrag wiederholt sich bei jedesmaliger Erhöhung der Streikkosten um M. 20 000. Bei einem Streik der Binnenschiffer soll den Streikenden die Rückreise in die Heimat bezüht werden. Jedoch müssen die Binnenschiffer so lange den Streikort weiden, bis die Leitung die Rückreise gestattet. Für den Hauptvorstand wurden die alten Beamten wiedergewählt.

Eingegangene Schriften.

Von der „Neuen Gesellschaft“, Sozialistische Wochenchrift, Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Alf Braun (Verlag: Berlin W 16. Preis für das Einzelheft 10 \$ pro Monat 40 \$, pro Vierteljahr M. 1,20; Probehefte werden auf Verlangen kostenlos geliefert) ist schon das 13. Heft des 2. Bandes erschienen. Aus dem Inhalt haben wir hervor: Ernst Reinhardt: Die kerale Gewerkschaftsfrage. Alf Braun: Bürgerliche Sozialreform und ihre Schlepptreger.

Ein neues Werk von Karl Marx über sozialökonomische Theorien ist für unsere ganze Partei ein höchst interessantes Ereignis, aus wenn es theoretisch und theoretische Untersuchungen enthält, deren Studium nur der kleine Kreis derer, die mit den drei Bänden des „Kapital“ gründlich vertraut sind, gewachsen ist. Erweitert der Inhalt auch nicht die theo-

tischen Grundlagen unserer Bewegung, so erklärt, vertieft und füllt er dieselben doch beträchtlich.

Wir sprechen von dem kürzlich im Diehischen Verlag erschienenen zweiten Band „Theorien über den Mehrwert“ von Karl Marx, in zwei schon ausgelassenen Bänden der Internationalen Bibliothek Nr. 86 und 87.

Aus dem nachgelassenen Manuskript „Zur Kritik der politischen Ökonomie“ hat Genosse Kaunitz das Material mit peinlicher Gewissenhaftigkeit und sachverständiger Zweckmäßigkeit gesichtet und zu einem organischen Aufbau zusammengestellt und herausgegeben. Aus seiner Vorrede läßt sich ersehen, welche Mühen und Ueberwindung von Schwierigkeiten das erfordert hat. Als wissenschaftlich bedeutende Ergänzung und Kommentierung namentlich des dritten Bandes „Kapital“ charakterisiert der Herausgeber das neu erschienene Werk und sagt, es sei jedem, der die drei Bände „Kapital“ schon kennt, aufs dringendste zu raten, sie durch dasselbe zu ergänzen. Nur auf diese Weise werde es ihm möglich sein, den Gedankeninhalt des „Kapital“ aufs tiefste auszuschöpfen.

Abrechnung

des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands für das vierte Quartal 1905.

Einnahme in den Zweigvereinen.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes items like 'Vom 3. Quartal 1905 am Orte verbleibende Hauptkassengelder', 'Stützmitglieder', 'Wöchentliche Beiträge', etc.

Ausgabe in den Zweigvereinen.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes items like 'An die Hauptkasse eingekandt', 'Für Streiks und Waisperrn', 'Für Reiseunterstützung im Winter', etc.

Einnahme in der Hauptkasse.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes items like 'Kassenbestand vom 30. September 1905', 'Von Einzelmitgliedern bei der Hauptkasse', 'Für Kalender pro 1905', etc.

Ausgabe in der Hauptkasse.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes items like 'Für das Fachorgan „Der Grundstein“', 'die Zeitung „L'Operaio-Italiano“', '„Oswiata“', '„Stavebank“', etc.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes items like 'a) sonstige Ausbinderarbeiten', 'f) 140 000 Quittungsmarken', 'g) Schreibmaterial', 'h) Stempel und Zuschörr.', etc.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes 'Einnahme', 'Ausgabe', 'Kassenbestand'.

Hamburg, 25. März 1906. J. Küster, Kassierer. Vorstehender Rechnungsabfchluß ist von uns revidiert, mit den Kassenbüchern und Belegen übereinstimmend befunden. Das Kassenvermögen ist uns nachgewiesen resp. vorgelegt worden.

Zur Beachtung!

Die Abrechnungsformulare für das 1. Quartal d. J., nebst dem neuen Adressenverzeichnis, sind an die örtlichen Verwaltungen versandt; sollten sie in einer Verwaltungsstelle noch nicht angekommen sein, so ersuchen wir um sofortige Benachrichtigung.

Briefkasten.

Wettersfeld, Fr. W. Ihnen war es wohl hauptsächlich nur um den Abdruck des einen, von Ihnen zitierten Satzes zu tun, weil Sie ihn so besonders hervorhoben. Wir haben die Aufnahme aber nicht wegen dieses einen Satzes abgelehnt, sondern deshalb, weil der Bericht im allgemeinen kein Interesse bot.

Wittenberg, R. G. Eine Beschwerde wird keinen Erfolg haben, da die Paß der Marken, die geklebt sein müssen, gesetzlich vorgeschrieben ist. Demmin, S. W. Eine solche Aufforderung können wir an die Berliner Kollegen nicht richten. Das müssen Sie schriftlich dem Zweigvereinsvorstand in Berlin mitteilen.

Gardelegen, G. B. Schreiben Sie nur ordentliche Berichte, dann werden sie auch veröffentlicht. Salferstadt, W. B. Nur im Falle von Maßregelung, wenn es vom Zweigvereinsvorstand beantragt wird.

Anzeigen.

Berlin.

Das Bureau der Wutur befindet sich vom 1. April ab Sophienstr. 6, Durchgang 7. Alle Sendungen sind an Aug. Keipin zu senden.

Gardelegen.

Vorstand des Zweigvereins in Fritz Richter, Brickerstraße Nr. 217. Der Kassierer Emil Brückmann wohnt Dörfstraße Nr. 72.

Das Bureau der Ritziger Maurer befindet sich vom 1. April an im „Volkshaus“, Zetzerstraße 32, 1. Et., Zimmer 1.

Aufforderung.

Kollege Walter Albert Hofmann, aus Steisdorf b. Eilenach, wird ersucht, zwecks Erbschaftsangelegenheiten seine Adresse seinem Bruder anzugeben. Kollegen, welchen der Aufenthalt des Kollegen Adolf Kitzler, Verb.-Nr. 71 688, bekannt ist, werden gebeten, mir umgehend dessen Adresse mitzuteilen.

Alwin Mann, geb. am 16. November 1883 in Hefring, Verb.-Nr. 195 184, wird ersucht, seine Adresse, sofort an seine Eltern gelangen zu lassen.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik werden alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Seite folgt in A.)

Dahn. Am 21. März verstarb unser treues Verbandsmitglied, Kollege August Radtke im Alter von beinahe 60 Jahren an Magenkrebs. Berlin. Am 17. März verstarb unser Mitglied Julius Glenz, 52 Jahre alt. - Section der Anger. Am 17. März verstarb unser Mitglied Fritz Ortel im Alter von 58 Jahren an Nierenerkrankung. Köln a. Rh. Am 14. März verstarb unser Verbandsmitglied Joseph Bürger im Alter von 63 Jahren an Halskrebs. Dresden. Am 19. März verstarb nach langem Leiden unser Verbandsmitglied, der Kollege Johann Friedrich im Alter von 48 Jahren an Magenkrebs. Driesen. Am 20. März verstarb nach langer Krankheit unser Verbandsmitglied Franz Teske aus Vorbam im Alter von 88 Jahren an Brustleiden. Friedland (Bez. Posen). Am 19. März verstarb unser Mitglied Ernst Hiltmann durch Unglücksfall. Gassen. Am 12. März verstarb nach schwerem Leiden unser Mitglied August Noack im Alter von 61 Jahren. Magdeburg-Schauzen. Am 20. März verstarb unser treues Verbandsmitglied Christian Habekost im Alter von 70 Jahren an Altersschwäche. München. Am 3. März verstarb im Alter von 83 Jahren unser treues Mitglied Michael Fent an Lungenleiden. - Am 7. März verstarb im Alter von 84 Jahren unser treues Mitglied Jakob Mändl an Lungenleiden. - Am 14. März verstarb im Alter von 66 Jahren unser treues Mitglied Sebastian Brändl an Gehirnleiden. - Am 20. März verstarb im Alter von 86 Jahren unser treues Mitglied Xaver Fischer an Lungenleiden. Oldenburg i. Gr. Am 28. März verstarb unser Verbandsmitglied Kollege Karl Krumland im Alter von 50 Jahren an Alzhimie. Schöneberg a. d. Weichsel. Am 17. März verstarb unser treues Mitglied Ferdinand Porsch im Alter von 55 Jahren an Magenkrebs. Teufschneckenb., (W r i c k u n g.) Der in Nr. 11 des „Grundstein“ als verstorben gemeldete Kollege heißt nicht Chr. Stöber, sondern Karl Knoblauch. Ehre ihrem Andenken!

Versammlungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Samstag, den 1. April. Hamburg. 8 Uhr bei Wohnl. Remond des Sektionsvorstandes. Nachm. 2 1/2 Uhr bei Bierberg. Mitglieder, die noch mit den Beil. tragen im Rückstand sind, müssen ihre Bücher mitbringen. Letschin. Nachm. 8 Uhr bei Neigel. Rheldt. Nachm. 8 Uhr bei Poland, Friedenstraße. Wittstock. Nachm. 2 Uhr im Vereinslokal. Dienstag, den 3. April. Itzehoe. Bei F. Leigt. Neusalz. Abends 8 Uhr im „Deutschen Kaiser“. Torgau. Abends 8 Uhr im Vereinslokal. Mittwoch, den 4. April. Berlin. Abends 8 1/2 Uhr im „Königshaus“, Gr. Frankfurterstr. 117. L.-O.: 1. Vertretung der Lebensmittel durch die Höhe und die Konsumvereine. 2. Abrechnung vom Mostenball. - Gruppe Magdabanner. Abends 8 Uhr bei Jannasch, Julestraße 10. L.-O.: 1. Vortrag. 2. Verschließendes. Guben. Abends 8 1/2 Uhr im Vereinslokal. Wittenberg. Abends 8 Uhr. Donnerstag, den 5. April. Glogau. Abends 8 1/2 Uhr im „Kassierer“. Mitgliederbücher sind mitzubringen. Gossau. Abends 8 Uhr im Vereinslokal. Sonnabend, den 7. April. Schlei. Abends 8 Uhr im Gemeindefesthaus, Gartenstraße 25. Nachm. 2 1/2 Uhr im Hotel „Kassierer“. Wichtige Tagesordnung. Neudamm. Abends 7 Uhr im Restaurant Dabitz. L.-O.: Abrechnung vom 1. Quartal. Verschließendes. Vandsburg. Abends 8 Uhr im Vereinslokal. Sonntag, den 8. April. Hohemölsen. Nachm. 3 Uhr. Die Mitglieder des Zweigvereins Leuzchen sind anwesend. Ohlau. Nachm. 3 Uhr im Gasthof „Zur Stadt Oels“. Roth am Sand. Nachm. 3 Uhr im Vereinslokal. Würzburg. Im Vereinslokal „Mattheschiller“. Öffentliche Maurerversammlungen. Sonntag, den 1. April. Roth am Sand. Nachm. 3 Uhr bei Stephan Reimwald. Central-Krankenkasse der Maurer usw. Sonntag, den 8. April. Neu-Ruppin. Nachm. 1 1/2 Uhr bei Demar, Wehmer & Chauffeur. L.-O.: Abrechnung vom 1. Quartal. Verschließendes. Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsgesellschaft Luer & Co. in Hamburg.